

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/2209)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 06. Oktober 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Vergabegesetz in der Fassung vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 29) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 3 und 4 wird aufgehoben.
2. Die §§ 5 und 6 werden aufgehoben.
3. Der bisherige § 7 wird § 5 und wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Das für Angelegenheiten im öffentlichen Auftragswesen zuständige Ministerium kann weitere Präqualifizierungsverfahren durch Richtlinien regeln."
 - b) In Absatz 3 werden nach dem Wort "Bieter" die Worte "unter der Berücksichtigung des § 6a Abs. 1 Satz 2 Teil A (VOB/A)" eingefügt:
 - c) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.
4. Der bisherige § 8 wird § 6 und wie folgt geändert:
 - a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

"Auch bei der Erteilung des Zuschlags auf das wirtschaftlichste Angebot können Umweltbelange berücksichtigt werden."
 - b) Satz 4 wird aufgehoben.
5. Der bisherige § 9 wird § 7 und Absatz 3 wird aufgehoben.
6. § 10 wird aufgehoben.
7. Der bisherige § 10 a wird § 8.
8. Der bisherige § 11 wird aufgehoben.

9. Der bisherige § 12 wird § 9 und wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Soweit Leistungen nach Absatz 1 auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer auch zu verpflichten, den Nachunternehmern die für Auftragnehmer geltenden Pflichten der Absätze 3 und 4 aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu kontrollieren."

b) In Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils der Verweis "§ 15 Abs. 2" durch den Verweis "§ 12 Abs. 2" ersetzt.

10. Der bisherige § 12 a wird § 10.

11. § 13 wird aufgehoben.

12. Der bisherige § 14 wird § 11.

13. Der bisherige § 15 wird § 12 und Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Hat der Bieter sonstige Nachweise oder Erklärungen nicht zum geforderten Zeitpunkt vorgelegt, entscheidet die Vergabestelle auf der Grundlage der Bestimmungen der Vergabeverordnung, der Unterschwellenvergabeordnung und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, ob das Angebot von der Wertung ausgeschlossen wird. Fremdsprachige Bescheinigungen oder Erklärungen sind nur zu berücksichtigen, wenn sie mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache vorgelegt worden sind."

14. Der bisherige § 16 wird § 13 und erhält folgende Fassung:

"§ 13
Sicherheitsleistung bei Bauleistungen

Im Anwendungsbereich der VOB ist bei einer Auftragssumme unter 250.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) auf Sicherheitsleistungen für Vertragserfüllung und für Mängelansprüche zu verzichten."

15. Die §§ 17 und 18 werden aufgehoben.

16. Der bisherige § 19 wird § 14 und in Absatz 4 wird die Zahl "150.000" durch die Zahl "75.000" ersetzt.

17. Der bisherige § 20 wird § 15 und wie folgt geändert:

a) Die Absatzbezeichnung "(1)" wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

18. Die bisherigen §§ 21 und 22 werden die §§ 16 und 17.

19. § 22 a wird aufgehoben.

20. Der bisherige § 23 wird § 18.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden ersten Kalendermonats in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Der Thüringer Mittelstand ist die Basis für Wachstum und Beschäftigung in Thüringen. Mehr Wachstum, größeren Wohlstand und zusätzliche Beschäftigung wird es nur geben, wenn die Thüringer Unternehmen gute Bedingungen haben, sich weiterzuentwickeln. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind daher zugunsten einer innovativen, wachstums-, wohlstands- und zukunftsorientierten Entwicklung der Unternehmen auszugestalten. Dies setzt insbesondere die Formulierung einfacher, klarer, transparenter und unbürokratischer Regelungen voraus.

Bereits seit 2011 mehren sich jedoch die Stimmen aus der Thüringer Wirtschaft, dass mit der Einführung vergabefremder Kriterien der bürokratische Aufwand erheblich gestiegen ist. Mit dem "Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften" im vergangenen Jahr verpasste es die Landesregierung, angemessen auf diese Stimmen zu reagieren. Stattdessen sind infolge der Änderung des Thüringer Vergabegesetzes bisher keine positiven Wirkungen auf den Wettbewerb um öffentliche Aufträge und das Bieterverhalten, insbesondere auch im Hinblick auf KMU, zu verzeichnen. Vielmehr haben sich Befürchtungen bestätigt, dass durch eine weitere Überlastung mit vergabefremden Aspekten für viele Handwerksbetriebe die Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen unwirtschaftlich wird und demzufolge abnimmt.

Gerade mit Blick auf die aktuelle Pandemiesituation sorgt die Vielzahl von Kriterien im Vergabeverfahren für erheblichen personellen Aufwand und birgt die Gefahr, dass die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage ist, die dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen mit einem vertretbaren zeitlichen Aufwand auszuschreiben und zu vergeben.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes soll das bestehende Gesetz von bürokratischen Hürden befreit werden. Ziel des Entwurfs ist es, ein schlankes, einfaches und unkompliziertes Vergaberecht für die Thüringer Wirtschaft zu schaffen. Damit soll den Interessen der öffentlichen Hand wie der Thüringer Wirtschaft, und damit auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rechnung getragen werden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen:**Zu Artikel 1**

Zu Nummer 1:

§ 4 Abs. 3 und 4 wird aufgehoben, da eine Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien im Rahmen des Gesetzes nicht erforderlich ist. Jeder Auftraggeber kann entsprechende Kriterien individuell für den Auftragsgegenstand formulieren.

Zu Nummer 2:

§ 5 wird aufgehoben als Folge der Aufhebung des § 4 Abs. 3 und 4.

§ 6 wird ebenfalls aufgehoben. Die technische Spezifikation bezieht sich auf die ökologischen Kriterien, die in § 4 alte Fassung benannt sind und im Ermessen des Auftraggebers liegen. Sie kann durch den Auftragge-

ber individuell festgelegt werden und bedarf keiner gesetzlich festgeschriebenen Normierung im Thüringer Vergabegesetz.

Zu Nummer 3:

Durch die Aufhebung der §§ 5 und 6 wird der bisherige § 7 zum neuen § 5.

- a) Die Neufassung des Absatzes 2 ist Folge der Streichung der Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien sowie der Definition und Spezifizierung im Vergabeverfahren nach § 4 Abs. 3 und 4 alte Fassung sowie §§ 5 und 6 alte Fassung.

Mit der Neufassung des Absatzes 2 soll sichergestellt werden, dass die Möglichkeit der Präqualifizierung in Zukunft nicht mehr durch das zuständige Ministerium in Form einer Richtlinie mit zusätzlichen Anforderungen, die über die anerkannten Präqualifizierungen hinausgehen können, vorgeschrieben wird. Dies dient auch einer bundesweiten Harmonisierung der Anforderungen an eine Präqualifizierung.

- b) Die Neufassung des Absatzes 3 hebt die Bedeutung des § 6a Abs. 1 Satz 2 Teil A (VOB/A), insbesondere der Bedeutung von Selbstreinigungsmaßnahmen bei der Beurteilung der Zuverlässigkeit, hervor und berücksichtigt damit insbesondere Vergabebestimmungen im Anwendungsbereich der EU-Richtlinie 2014/24.
- c) Die Aufhebung der Absätze 4 und 5 wird aufgrund der Streichung der Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien im Vergabeverfahren nach § 4 Abs. 3 und 4 alte Fassung erforderlich. Die Anpassung wurde notwendig, da nach dem Gesetz ökologische und soziale Kriterien nicht mehr für den Ausschluss eines Bieters angewendet werden können.

Zu Nummer 4:

Durch die Aufhebung der §§ 5 und 6 wird der bisherige § 8 zum neuen § 6.

- a) Die Neufassung des Satzes 3 ist Folge der Streichung der Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien sowie der Definition und Spezifizierung im Vergabeverfahren nach § 4 Abs. 3 und 4 alte Fassung sowie §§ 5 und 6 alte Fassung.
- b) Die Aufhebung des Satzes 4 ist Folge der Streichung der Berücksichtigung ökologischer Kriterien sowie der Definition und Spezifizierung im Vergabeverfahren nach § 4 Abs. 3 und 4 alte Fassung sowie §§ 5 und 6 alte Fassung.

Zu Nummer 5:

Durch die Aufhebung der §§ 5 und 6 wird der bisherige § 9 zum neuen § 7. Die Aufhebung von Absatz 3 ist Folge der Streichung der Berücksichtigung ökologischer Kriterien sowie der Definition und Spezifizierung im Vergabeverfahren nach § 4 Abs. 3 und 4 alte Fassung sowie §§ 5 und 6 alte Fassung.

Zu Nummern 6 und 8:

§ 10 wird aufgehoben; bestehende Tarifverträge sowie die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 machen es nicht mehr erforderlich, dass

der Gesetzgeber im Thüringer Vergabegesetz in § 10 die Tariftreue und Entgeltgleichheit regelt.

§ 11 wird aufgehoben, da die ILO-Kernarbeitsnormen bereits Bestandteil der deutschen Rechtsordnung sind und diese berücksichtigt werden müssen. Weshalb es einer expliziten Erwähnung in Paragraphenform nicht bedarf.

Zu Nummer 7:

Der bisherige § 10 a wird infolge der Aufhebung der §§ 5, 6 und 10 zu § 8.

Zu Nummer 9:

Durch die Streichung der §§ 10 und 11 wird der bisherige § 12 zum neuen § 9.

- a) Die Neufassung von Absatz 2 erfolgt aufgrund der Aufhebung der §§ 10 und 11.
- b) Die Streichung von Paragraphen im Thüringer Vergabegesetz und die damit verbundene Neunummerierung erfordert, dass in § 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 neue Fassung die jeweiligen Verweise auf § 15 Abs. 2 durch Verweise auf § 12 Ab. 2 ersetzt werden.

Zu Nummer 10:

Infolge der Aufhebungen wird der bisherige § 12 a zum § 10.

Zu Nummer 11:

Seit Inkrafttreten des Thüringer Vergabegesetzes kam es zu keinen Anwendungsfällen des § 13 auf Landesebene, weshalb der § 13 aufgehoben wird.

Zu Nummer 12:

Durch die Aufhebung von § 13 wird der bisherige § 14 zum § 11.

Zu Nummer 13:

Die Aufhebung der Nummern 1 und 2 in § 12 Abs. 1 erfolgt aufgrund der Änderung in § 4 neue Fassung sowie der Aufhebung der §§ 10 und 11.

Zu Nummer 14:

Die Neufassung soll gewährleisten, dass eine Sicherheitsleistung nach VOB erst ab 250.000 Euro verlangt werden darf. Die Regelung stellt besonders für kleine und mittlere Unternehmen eine Erleichterung dar.

Zu Nummer 15:

Die Aufhebung der §§ 17 und 18 folgen der Streichung der vergabefremden Kriterien im Gesetz. Die Kontrollen und Sanktionen waren auf die Einhaltung der im Gesetz normierten vergabefremden Kriterien ausgerichtet.

Zu Nummer 16:

Durch die Aufhebung der §§ 17 und 18 wird der § 19 zum § 14. Mit der Herabsetzung des Wertes auf 75.000 Euro soll mehr Transparenz erzielt werden.

Zu Nummer 17:

Durch die Aufhebung der §§ 17 und 18 wird der § 20 zum § 15. Die Aufhebung des Absatzes 2 erfolgt aufgrund der Aufhebung des § 10.

Zu Nummer 18:

Die Aufhebung des § 22 a erfolgt aufgrund der Aufhebung des § 10 alte Fassung.

Zu Nummer 19:

Redaktionelle Anpassung

Zu Nummer 20:

Redaktionelle Anpassung

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Region Thüringen

DIE FAMILIENUNTERNEHMER

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V., Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung

Ingenieurkammer Thüringen

Industrie- und Handelskammer Erfurt

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Landesbezirk Sachsen-Anhalt, Thüringen

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Thüringer Handwerkstag e.V.

Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen

DGB Hessen-Thüringen

Thüringischer Landkreistag e.V.

Prof. Dr. Zahradnik, Hochschule Nordhausen

Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.

Prof. Dr. Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband der Wirtschaft Thüringens</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lossiusstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Wirtschaft Thüringens	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lossiusstraße 1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verband der Wirtschaft Thüringens	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lossiusstraße 1										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Verband befürwortet eine Vereinfachung des Thüringer Vergabegesetzes. Das Vergaberecht ist aus unserer Sicht nicht der richtige Rahmen, um die Einhaltung anderer gesetzlicher Regelungen oder Verordnungen zu prüfen. Vergabefremde Kriterien sollten nicht zwingend Teil der Vergabe sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.08.2021	

**Stellungnahme
zu dem Beratungsgegenstand
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2209 -**

THUR. LANDTAG POST
17.08.2021 13:02

**sowie
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
- Vorlage 7/2475 -**

20734/2021

Wir begrüßen die vorgeschlagenen Änderungen am Thüringer Vergabegesetz.

Aus unserer Sicht erfüllen sie die Forderung nach einer schlanken, wettbewerbsfördernden und mittelstandsfreundlichen Vergabe öffentlicher Aufträge. Daher sollten die vorgeschlagenen Änderungen der CDU-Fraktion umgesetzt werden.

Das Vergaberecht ist aus unserer Sicht nicht der richtige Rahmen, um die Einhaltung anderer gesetzlicher Regelungen oder Verordnungen zu prüfen.

Wir gehen generell davon aus, dass Regelungen, welche zum Beispiel Entgelte, Arbeitsbedingungen sowie Sozial- oder Umweltstandards betreffen, eingehalten werden. Sollte es in Einzelfällen zu Verstößen kommen, sind diese auf Grundlage der jeweiligen Regelungen zu ahnden. Eine gesonderte Auflistung und Prüfung halten wir daher unverändert für entbehrlich.

Über Tarifverträge entscheiden die Sozialpartner, nicht die Politik.

Daher begrüßen wir besonders die Streichung des §10, der aus unserer Sicht einen indirekten Eingriff in die grundgesetzlich zugesicherte Koalitionsfreiheit darstellt.

Vergabefremde Kriterien können als Querschnittsziele in die Auftragsgestaltung einfließen, sie sollten aber nicht zwingend Teil der Vergabe sein.

Dies gilt umso mehr, als Ressourcen- und Energieeffizienz sowohl aus Gründen der ökologischen Verantwortung als auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen Kernelemente unternehmerischen Handelns sind. Insofern sind ihre explizite Benennung bzw. die zwangsweise Aufnahme wie im § 9 Abs. 3 aus unserer Sicht entbehrlich.

Eine besondere Betonung beispielsweise ökologischer Kriterien im Baubereich führt zwangsläufig zu steigenden Kosten. Hier sind die öffentlichen Auftraggeber gefordert, entsprechend mehr Geld bereitzustellen, wenn die Einhaltung dieser Kriterien gewünscht ist. Wir verweisen darauf, dass sich insbesondere die Thüringer Landesregierung der sechsten und siebten Legislatur sich mehrfach allgemein eine Vorbildfunktion auferlegt hat und auch konkrete Ziele ("klimaneutrale Landesverwaltung") gesteckt hat. Insofern sehen wir sie auch in der Pflicht, für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen.

Erfurt, den 11. Aug. 2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gewerkschaft NGG - Region Thüringen</td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Schmidtstedter Ufer 26</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gewerkschaft NGG - Region Thüringen	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schmidtstedter Ufer 26	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Gewerkschaft NGG - Region Thüringen	Gewerkschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Schmidtstedter Ufer 26										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Durchsetzung von Fibelnehmerinteressen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die von CDU und FDP geplanten Forderungen wären massive Verschlechterung für die Betroffenen. Beschäftigten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.08.2021	

NGG Thüringen | Schmidtstedter Ufer 26 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale
Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1

THÜR. LANDTAG POST
18.08.2021 08:20

20758/21

99096 Erfurt

Durchwahl / AnsprechpartnerIn: Unser Zeichen / Unsere Nachricht vom: / Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

Erfurt, den 18.08.21

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zur Änderung des Thüringer
Vergabegesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf die Einladung zum Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zur geplanten Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften.

Die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG), Region Thüringen, hat sich beide vorliegenden Entwürfe angeschaut und eine Meinung gebildet.

Die Gewerkschaft NGG lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und den dazugehörigen Änderungsantrag der FDP ab.

Wir vertreten die Interessen der Beschäftigten der Thüringer Ernährungsindustrie sowie des Thüringer Gastgewerbes, zu dem auch die Beschäftigten des Catering gehört.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist eindeutig gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet.

Es ist Aufgabe einer Landesregierung, dass öffentliche Ausschreibung und somit Aufträge gezahlt durch Steuergelder mit Kriterien, wie soziale und ökologische Punkte, vergeben werden. Der vorliegende Gesetzentwurf will diese Punkte und Kriterien vollkommen streichen. Die öffentliche Hand gäbe damit das Ziel, öffentliche Mittel gesamtgesellschaftlich verantwortlich einzusetzen, auf. Anstrengungen auf den Feldern Sozialpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Umweltpolitik, die aus gewerkschaftlicher Sicht eigentlich Konsens unter den demokratischen Parteien sind, würden dadurch konterkariert.

Der Vorschlag, den Vergabemindestlohn ersatzlos zu streichen, widerspricht nicht nur der eigenen Beschlusslage der CDU-Fraktion. Hier wird auch die bundesweite Entwicklung ignoriert. In Brandenburg, in der die CDU an der Landesregierung beteiligt ist, gilt ein

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Region Thüringen
Schmidtstedter Ufer 26
Telefon 0361-666440 Fax: 0361-6664415
region.thueringen@ngg.net

vergabespezifischer Mindestlohn in Höhe von 13 Euro pro Stunde. Die Regelung geht also deutlich über die Rechtslage in Thüringen hinaus.

Nur als Hinweis, die Tarifbindung im Thüringer Gastgewerbe liegt nach dem IAB-Betriebspanel von 2019 bei gerade mal 7 Prozent, die der Beschäftigten bei 22 Prozent. Somit kann keine Rede von der Durchdringung von Tarifverträgen sein. Da es sich um öffentliche Aufträge handelt, müssen diese Aufträge für die Beschäftigten armutsfest sein. Der derzeit festgeschriebene Vergabemindestlohn ist schon jetzt zu niedrig. Dieser müsste auf mindestens 13,00 EUR steigen. Die Änderung ist für uns nicht nachzuvollziehen.

Der vorliegende Gesetzentwurf besteht vor allem aus großflächigen Streichungen; 15 von 23 Paragraphen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) sollen vollständig oder in ihrem wesentlichen materiellen Regelungsgehalt entfallen.

Nahezu alle Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Aspekte in die Auftragsformulierung und die Vergabeentscheidung mit einzubeziehen, sollen nach Wunsch der CDU entfallen. Somit wird schlechten Arbeitsbedingungen und Umweltschäden infolge der öffentlichen Auftragsvergabe billiger Tür und Tor geöffnet. Unternehmen, die auf umweltschonende, innovative Produkte und Verfahren sowie das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft setzen, haben hierdurch das Nachsehen. Die Vergabe allein über den Preis ermöglicht Dumping und den Verzicht auf den Wettbewerb über Qualität. Längerfristig kann dies auch nicht im Interesse der Thüringer Wirtschaft sein. Sicher ist es nicht im Interesse von Arbeitnehmer*innen.

Der §10 Absatz 4 ist eine wirkliche Errungenschaft im ThürVgG. Der Gesetzgeber hat sich hier entschlossen, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe sein Gestaltungspotential für gute Arbeit, jedenfalls bei Aufträgen des Landes Thüringen, zu nutzen und Anreize zur Stärkung der Tarifbindung zu setzen. Die konstitutive Tariftreuregelung in Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die in bewährter Sozialpartnerschaft ausgehandelten Arbeitsbedingungen in ihrer Anwendung in Thüringen zu stärken. Das Land Thüringen sichert damit, dass während der Ausführung öffentlicher Aufträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite partnerschaftlich ausgehandelte Arbeitsbedingungen, wenn auch nur in Bezug auf das Entgelt, zur Anwendung kommen.

Hierin eine bürokratische Hürde zu erblicken, erhebt tarif- und mitbestimmungsfreie Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht als Partner*innen, sondern als kostenträchtige Verfügungsmasse betrachten und sich der Sozialpartnerschaft entziehen, in der Endkonsequenz zur Norm. Allerdings haben auch diese tarifungebundenen Unternehmen keine Nachteile bei der Auftragsvergabe. Möglicherweise anfallende Mehrkosten sind in die Kostenkalkulation einzuarbeiten und durch den Auftraggeber auszugleichen. Lediglich der Wettbewerb über gute Qualität und innovative Verfahren wird gestärkt, Schmutzkonzurrenz auf Kosten der Beschäftigten wird dagegen ausgeschlossen.

Dass die Fraktion der CDU in der Begründung auf „bestehende Tarifverträge“ als Grund für die Aufhebung verweist, erschließt sich nicht, wenn die Tariftreueklausel gestrichen werden soll.

Im Absatz 7 wird normiert, dass Kommunen und sonstige Auftraggeber die Regelungen des § 10 Absatz 4 anwenden „können“. Dies kritisieren die DGB-Gewerkschaften. An dieser Stelle ist eine Streichung angebracht. Da gerade Cateringausschreibungen mehrheitlich in Kommunen erbracht werden, wäre aus unserer Sicht eine verpflichtende Ausweitung der Vergaberichtlinien auf die Kommunen unverzichtbar. Daher ist die Ausnahme für Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in § 10 Abs. 7 zu streichen.

Weiterhin ist klarzustellen, dass das nach § 10 Abs. 4 „mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten“ zu zahlen bedeutet, tatsächlich die tarifvertraglichen Regelungen anzuwenden und sich nicht etwa auf die Vorgabe eines Mindestentgelts zu beschränken. Es müssen auch sämtliche andere „Softskills“ aus den anderen Tarifverträgen, wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sowie Zuschläge, Anwendung finden. Die 2018 neu gefasste Arbeitnehmerentsenderichtlinie ermöglicht ausdrücklich die Vorgabe allgemein wirksamer Tarifverträge.

Die Stärkung der Tarifbindung, mindestens aber der Einkommen der Thüringer Beschäftigten, ist dringend notwendig. Thüringen lag auch im Jahr 2020 beim Medianeinkommen auf dem vorletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern. Eine Ursache dafür ist, dass 2019, nach dem schon erwähnten IAB-Betriebspanel, nur noch 18% aller Thüringer Betriebe, mit 44% der in Beschäftigten, tarifgebunden waren. Im Gastgewerbe ist die Lage noch viel dramatischer.

Dabei liegen in tarifgebundenen Betrieben die Einkommen um ca. 9% über dem Durchschnittslohn in Thüringen, die der Beschäftigten in nicht tarifgebundenen Betrieben 8% darunter. Die Stärkung der Tarifbindung ist auch im öffentlichen Interesse, um die Binnennachfrage zu stärken und die Einnahmesituation der Sozialkassen zu verbessern.

Nach den aktuellsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit haben in ganz Thüringen binnen zwölf Monaten 4.400 Hotel- und Gastro-Mitarbeiter ihren Job gewechselt. Das wäre jeder siebte Beschäftigte im Gastgewerbe. Davon betroffen auch das Catering.

Da wir die gleichen Intentionen und Interessen wie der DGB Hessen –Thüringen haben, verweisen wir hiermit auf die Stellungnahme des DGB Hessen-Thüringen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DIE FAMILIENUNTERNEHMER o.V.</td> <td>o.V.</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DIE FAMILIENUNTERNEHMER o.V.	o.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	DIE FAMILIENUNTERNEHMER o.V.	o.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="width: 50%;">In der Aue 2</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	In der Aue 2	Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	In der Aue 2										
Postleitzahl, Ort											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;">99199 Walschleben</td> </tr> </table>		Postleitzahl, Ort	99199 Walschleben								
Postleitzahl, Ort	99199 Walschleben										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>		Postleitzahl, Ort									
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesgeschäftsführerin Thüringen „Die Familienunternehmer“ e. V.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Befreiung des Vergaberichts von vergabefremden Kriterien ebenso wie die Streichung eines vergabespezifischen Mindestlohns aus dem Vergabegesetz sind ausdrücklich zu begrüßen. Der Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion würde zu einer erheblichen Abtrakbivibets Steigerung öffentlicher Ausschaffungsverfahren führen und sollte angenommen werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Waldklee Sen, 25.08.2021		

THÜR. LANDTAG POST
18.08.2021 10:41

20789/21

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Landtag Thüringen zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Drucksache 7/2209) sowie zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Vorlage 7/2475)

Stellungnahme zum Fragenkatalog

1. Wie bewerten Sie die von der Fraktion der CDU im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen?

Zu Nr. 1 und Nr. 2: Die Befreiung des Vergaberechts von vergabefremden Kriterien ist aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen ausdrücklich zu begrüßen. Das Ziel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollte nicht die Durchsetzung einer sozial- und umweltpolitischen Agenda sein, sondern das Einholen des besten Angebots unter Wahrung der nötigen Haushaltsdisziplin. Eine Überfrachtung des Vergaberechts führt unweigerlich zu einer Verteuerung der Beschaffung und wirkt damit den gesetzten Grundsätzen haushälterischer Sparsamkeit entgegen. Mit der in der Vergangenheit erfolgten Einführung vergabefremder Kriterien ist der bürokratische Aufwand zudem gerade für mittelständische Betriebe in Thüringen erheblich gestiegen und eine Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen ist zunehmend unwirtschaftlich geworden. Im Ergebnis werden Aufträge an Firmen außerhalb Thüringens vergeben, die sich auf die Komplexität der Vergabeverfahren spezialisiert haben.

Zu Nr. 3: Die Absicht des Entwurfs, eine Vereinheitlichung der bei Bund und Ländern geltenden Verfahrensregeln anzustreben und damit das Vergabeverfahren zu entschlacken, ist positiv zu bewerten. Die angestrebte bundesweite Harmonisierung der Anforderungen an eine Präqualifizierung ist daher zu begrüßen.

Zu Nr. 4: Die in dem Entwurf eingeräumte Option, bei der Erteilung des Zuschlags auf das wirtschaftlichste Angebot ebenfalls Umweltbelange zu berücksichtigen, ist eine Verbesserung zu der starren bisherigen Regelung, laut der mind. ein umweltbezogener Aspekt vorgeschrieben wurde. DIE FAMILIENUNTERNEHMER schlagen jedoch vor, das Kriterium bei der Zuschlagserteilung ausschließlich auf den Aspekt Qualität zu legen.

Zu Nr. 6: Die Streichung des ehemaligen §10 zur Tariftreue und dem Mindestentgelt wird von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen ausdrücklich begrüßt. Ein vergabespezifischer Mindestlohn beschneidet zum einen die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, da die Verpflichtung zu einer erheblichen Verteuerung der Aufträge beiträgt. Zum anderen verursacht die Dokumentation zusätzlichen bürokratischen Aufwand, insbesondere, wenn Unternehmen Aufträge in verschiedenen Bundesländern mit jeweils länderspezifischen Mindestlohnregeln umsetzen müssen. Die Bindung des Mindestlohns an den Bundesmindestlohn ist daher

sinnvoll, da auf diese Weise nur noch eine vertragliche Vereinbarung für die Einhaltung erforderlich ist.

Zu Nr. 8: Der Verzicht auf die explizite Erwähnung der ILO-Kernarbeitsnormen wird begrüßt, da es zu einer Entschlackung des Vergabegesetzes führt und Bürokratie reduziert. Die ILO-Kernarbeitsnormen sind bereits außerhalb des Vergabegesetzes gesetzlich verankert, sodass es keiner erneuten Erwähnung bedarf.

Zu Nr.14: Die vom Entwurf angestrebte Änderung, erst ab 250.000 Euro eine Sicherheitsleistung nach VOB zu verlangen, wird positiv bewertet. Dies bedeutet zum einen eine erhebliche Kostenreduktion und einen deutlichen Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung. Zum anderen wird eine Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für viele kleine und mittlere Unternehmen attraktiver.

Zu Nr. 15: Die Streichung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten des Auftraggebers sind ausdrücklich zu begrüßen und ergeben sich aus der Befreiung des Vergaberechts von vergabefremden Kriterien.

2. Wo innerhalb des Vorgangs der öffentlichen Auftragsvergabe – auch unabhängig vom vorliegenden Gesetzentwurf – macht die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien den meisten Sinn?

Das Vergaberecht eignet sich nicht, um sozialpolitische oder ökologische Ziele umzusetzen. Die Absicht sowohl des CDU-Gesetzentwurfs als auch des FDP-Änderungsantrages das Vergabeverfahren von vergabefremden Kriterien zu befreien, ist aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER daher zu begrüßen. Eine frühere Einbeziehung umweltbezogener und gegebenenfalls auch sozialer Aspekte im Planungsverfahren, wie von der FDP gefordert, kann sinnvoller als die Einbeziehung im Vergaberecht sein. Dafür müssen jedoch eine praxisnahe Umsetzung und die Projektbezogenheit oberste Priorität haben. Es muss dann dafür Sorge getragen werden, dass diese Kriterien das Planungsverfahren nicht verlängern. Standardisierte, zeitlich eindeutig befristete Prüfverfahren, die nur einer Revisionsinstanz unterliegen, sind dafür zwingend erforderlich.

3. Aus welchen Gründen ist der Vorgang der Vergabe der geeignete bzw. ungeeignete Ort für die Berücksichtigung derartiger Kriterien?

Das Vergaberecht ist für die Berücksichtigung derartiger Kriterien ungeeignet, da zusätzliche Belastungen für die Unternehmen, aber auch die öffentliche Verwaltung geschaffen werden, insbesondere durch einen höheren Zeit- und Kostenaufwand für die Erstellung von Vergabeunterlagen und Angeboten. Zudem werden die öffentlichen Verwaltungen und der öffentliche Haushalt unverhältnismäßig belastet, da intensive Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten und damit personelle Ressourcen notwendig sind.

4. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorgaben des § 10 Vergabegesetz zur Tariftreueerklärung aus rechtlicher und/oder ökonomischer Sicht?

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen kritisieren die derzeitigen Vorgaben zur Tariftreue im Vergabegesetz. Der bürokratische Aufwand führt dazu, dass selbst Unternehmen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weit über den tariflichen Vereinbarungen bezahlen, von einer Beteiligung um öffentliche Aufträge zurückschrecken.

5. Angesichts der rechtsverbindlichen Wirkung der ratifizierten ILO-Übereinkommen in Deutschland: welchen Mehrwert bietet deren zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz?

Die zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz sorgt für eine Überfrachtung des Vergabegesetzes und bietet dementsprechend keinen Mehrwert.

6. Wären die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Thüringer Vergabegesetz aus Ihrer Sicht geeignet, Ausschreibungsverfahren attraktiver zu gestalten, die Bürokratie abzubauen und dabei gleichzeitig Arbeitnehmer-Nachteile sowie Nachteile für die Umwelt zu verhindern?

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion würde zu einer erheblichen Attraktivitätssteigerung öffentlicher Ausschreibungsverfahren führen und sollte angenommen werden. Die Verringerung bürokratischer und kostenmäßiger Hürden würde die Möglichkeit eröffnen, dass zahlreiche Bieter an der Vergabe öffentlicher Aufträge teilnehmen könnten.

Nachteile für die Arbeitnehmer und die Umwelt werden durch die Einhaltung und Harmonisierung mit bestehenden Regelungen auf Bundesebene aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen nicht entstehen. Vielmehr wird durch die Entschlackung, Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren der bestehende Investitionsstau angegangen und dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung der nötigen Haushaltsdisziplin zügig bewältigt. E-Vergaben würden das gesamte Vergabeverfahren jedoch noch schneller, kostengünstiger und transparenter gestalten und sollten umgehend eingeführt werden.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

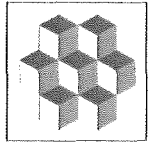
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td> - Landesgruppe Thüringen im Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V. - Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V. </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Blosenburgerstraße 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		- Landesgruppe Thüringen im Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V. - Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgerstraße 4	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		- Landesgruppe Thüringen im Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V. - Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Blosenburgerstraße 4									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der Unternehmen der Bauwirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	sh. anliegende schriftliche Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.08.2021	



THÜR. LANDTAG POST
24.08.2021 10:37

21141/2021

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V.
Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V.
Blosenburgerstraße 4, 99096 Erfurt

Tel. : 03 61 / 60 05 60
Fax: 03 61 / 6 00 56 10
Mail: erfurt@bauindustrie-mitte.de

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

23.08.2021

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/2209) und Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/2475)

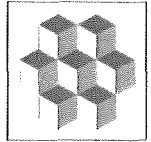
Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – wird seitens des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V. und des Verbandes baugewerblicher Unternehmer Thüringen e.V. wie folgt Stellung genommen:

Grundsätzlich wird dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zugestimmt.

Ziel des Vergabegesetzes ist es, einfache, transparente, realistische und letztendlich durch den öffentlichen Auftraggeber auch kontrollierbare Vergaberegeln zu schaffen.

Die Vergaberegeln müssen sich dabei am Auftragsgegenstand orientieren.



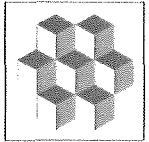
Das Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Thüringer Vergabegesetz) in der gültigen Fassung bedeutet einen massiven zusätzlichen bürokratischen Aufwand, sowohl für die bietenden Unternehmen als auch die öffentlichen Auftraggeber. Dieser erhebliche zusätzliche bürokratische Aufwand, der zu einer beachtlichen Kostenbelastung führt, steht in keinem Verhältnis zu der damit verbundenen Zielstellung.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die mit dem Gesetz verbundenen sozialen und ökologischen Zielsetzungen nicht erreicht werden konnten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und öffentliche Auftraggeber, die aufgrund der zunehmenden Personalknappheit nicht über ausreichend fachlich besetzte Vergabestellen verfügen, waren und sind nicht in der Lage, die gesetzlichen Regelungen umzusetzen und zu kontrollieren. Folglich bleiben die Regelungen wirkungslos.

Die mit der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen verbundenen bürokratischen Aufwendungen haben bei vielen Bauunternehmen bewirkt, dass sie sich nicht mehr an öffentlichen Vergabeverfahren beteiligen. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass eine Vielzahl von Vergabeverfahren mangels einer ausreichenden Anzahl von Bietern aufgehoben werden mussten. Die Auftragsituation hat sich dadurch insbesondere in kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht verbessert.

Die im Gesetz enthaltenen Regelungen zu den ILO-Kernarbeitsnormen und zu Umweltaspekten haben den bürokratischen Aufwand im Vergabeverfahren erhöht, jedoch nicht wirklich zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gerade in asiatischen Ländern, beigetragen. Insbesondere Lieferunternehmen aus dem Ausland sind oftmals weder in der Lage noch bereit, entsprechende Erklärungen abzugeben. Selbst wenn solche Erklärungen mit dem Angebot vorgelegt werden, sind die öffentlichen Auftraggeber objektiv nicht im Stande, diese Erklärungen und die Einhaltung der in den Erklärungen enthaltenen Verpflichtungen zu überprüfen.

Umweltaspekte müssen bei der Vorbereitung, Planung und Ausschreibung der Baumaßnahme entsprechend Berücksichtigung finden. Der Auftragsgegenstand ist entsprechend hinreichend genau zu spezifizieren. Bei der Vergabe der Bauleistung können Umweltaspekte sodann nur in den seltensten Fällen noch Berücksichtigung finden.



Da Nebenangebote in der Regel nicht zugelassen sind, ist der Bieter objektiv nicht in der Lage, in Abweichung von den Vergabeunterlagen Lieferungen und Leistungen anzubieten, die eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit beinhalten.

Die im Vergabegesetz enthaltenen sozialpolitischen Zielstellungen sind aus sozialem Gesichtspunkt zu begrüßen, stellen jedoch im Vergabeprozess vergabefremde Aspekte dar. Insbesondere die in § 4 Absatz 4 enthaltenen sozialen Aspekte widersprechen den Grundsätzen des § 2 VOB/A.

Ein transparentes Vergabeverfahren erfordert, dass klare Regelungen vorgegeben werden, die letztendlich auch eine Vergleichbarkeit der Angebote zulassen.

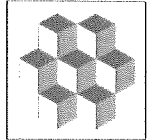
Die in § 4 Absatz 4 Ziffer 1 bis 6 gefassten Regelungen des Vergabegesetzes beinhalten keine klaren Vorgaben und lassen letztendlich eine Vergleichbarkeit der Angebote nicht zu.

Die im Vergabegesetz enthaltenen Kontrollregelungen des Auftraggebers bedingen einen erheblichen bürokratischen Aufwand bei der Leistungserfassung, insbesondere bezüglich der Aufzeichnungspflichten.

Die Einführung besonderer „Thüringer Regelungen“ zum Mindestlohn führt ebenfalls zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand. Insbesondere für die Baubranche ist zu berücksichtigen, dass entsprechende tarifvertragliche Regelungen zum Mindestlohn zur Verfügung stehen, die von den Unternehmen der Bauwirtschaft eingehalten werden.

Die Unternehmen der Thüringer Bauwirtschaft arbeiten aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Aufträge überregional. Unterschiedliche Vergaberegulungen in allen Bundesländern führen zu einer großen Belastung, da die Unternehmen bei Angebotserstellung die jeweiligen länderspezifischen Regelungen beachten müssen.

Die für die Bundesrepublik geltenden Vergaberegulungen sind ausreichend. Es bedarf keinerlei länderspezifischer Regelungen. Insofern wäre die Zielstellung in der Aufhebung des Thüringer Vergabegesetzes in der Gesamtheit zu sehen.



Mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU ist eine Entbürokratisierung des Vergabeprozesses im Freistaat Thüringen verbunden. Die Umsetzung dieser Regelungen wird zur Verringerung des Aufwandes, sowohl bei den bietenden Unternehmen als auch bei den Vergabestellen, führen. Dem Gesetzentwurf ist zu entnehmen, dass vergabefremde Aspekte künftig keine Berücksichtigung mehr finden sollen. Dies wird ausdrücklich begrüßt.

Bezüglich der im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderung des § 10 – Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit – wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Verbandsmitgliedschaft von Unternehmen letztendlich nur dann gestärkt werden kann, wenn dies auch in den Vergabebestimmungen entsprechend Berücksichtigung findet. Dabei muss an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass die Vergütung der Arbeitnehmer in verbandsgebundenen Unternehmen deutlich sowohl über dem gesetzlichen Mindestlohn als auch über dem Branchenmindestlohn Bau liegt.

Mit freundlichen Grüßen

21242/2021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td><td>e.v.</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	e.v.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	e.v.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunale Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Ablehnung Verzinst Sicherheitsleish Ablehnung Prüfverfahren mit 110 Tsd Euro	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Evrot, d. 25/08/2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Odeonsplatz 4 80539 München</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 22 15 55</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80505 München</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Odeonsplatz 4 80539 München	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 22 15 55	Postleitzahl, Ort	80505 München
	Name	Organisationsform									
		Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Odeonsplatz 4 80539 München									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 22 15 55									
Postleitzahl, Ort	80505 München										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Bürokratieabbau und praxisnahe Anwendung der Gesetze	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes ist der richtige Ansatz öffentliche Ausschreibungen für mittelständische Betriebe in Thüringen und national auf Bundesebene wieder attraktiver zu gestalten. Das bloße Streichen der Paragraphen macht das Gesetz kompakter und verständlicher. Jedoch sollten vor Inkrafttreten die Folgen der Gesetzesänderung beachtet werden. Welche Auswirkungen haben die Änderungen auf die Leistungsverzeichnisse, die Ausschreibung, die Vergabepattform, die Vertragsabwicklung und den allgemeinen Maßnahmenablauf. Diese Fragen sollten geklärt und praxisnah evaluiert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
München, 23.08.2021	



Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung



Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung · Postfach 22 15 55 · 80505 München

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.08.2021 10:59

21217/2021

Ihre Nachricht vom 19. Juli 2021

Unsere Nachricht vom 23.08.2021
Unser Zeichen

München, 23.08.2021

Stellungnahme des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung zu Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Frau Eglinski,

vielen Dank für die Einbindung beim Gesetzesentwurf zur Änderung des
Thüringer Vergabegesetzes. In meiner Funktion als Beauftragter für Büro-
kratieabbau in Bayern freue ich mich umso mehr über die Landesgrenzen
Bayerns hinaus, die Möglichkeit nutzen zu können und unbürokratische pra-
xisnahe Gesetze mitgestalten zu dürfen.

Das Bundesland Bayern ist sich auch der immensen bürokratischen Hürden
der Vergabe für mittelständische Betriebe bewusst und versucht ebenfalls
Erleichterungen und Bürokratieabbau voranzutreiben. Der Gesetzesentwurf
zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes ist ein erster Schritt, dem
möglicherweise viele Bundesländer folgen und eine bundesweite, vielleicht
sogar auf EU-Ebene, Vergaberechtsreform angestrebt werden könnte.

Als Beauftragter für Bürokratieabbau in Bayern bin ich bereits im Gespräch mit der Bayerischen Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales Melanie Huml.

Bezugnehmend auf die Anlage 4 des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes möchte ich im Folgenden die Fragestellungen des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Thüringer Landtags zum Gesetzesentwurf in Drucksache 7/2209 beantworten.

Im Allgemeinen entschlackt der Gesetzesentwurf das Vergabegesetz, was löblich ist. Es ist dennoch in Frage zu stellen, welchen bürokratischen Aufwand es bei der öffentlichen Ausschreibung für den Auftraggeber mit sich bringt, die individuellen Kriterien für eine Ausschreibung im eigenen Ermessen festzulegen (siehe Begründung zu Nr. 2 § 5/§ 6). Auch die Streichung des § 10 des Vergabegesetzes und damit die Streichung der Tariftreue bringen aus meiner Sicht - trotz des bestehenden Mindestlohns - vor allem in der Baubranche die Problematik von „Dumping-Preisen“ mit sich. Gleichermaßen müsste das Zuschlagkriterium Median-Preis eingeführt werden, um von den Firmen wirtschaftliche Kalkulationen ohne einen Großanteil an Subunternehmern und Nachträgen zu erhalten.

§ 19 des Thüringer Vergabegesetzes regelt das Nachprüfungsverfahren im unterschwelligen Bereich, aus der Herabsetzung des Wertes auf 75.000 € folgt nicht mehr Transparenz, sondern aus meiner Sicht mehr Bürokratie.

Im Gesetzesentwurf ist vorgesehen, die sozialen und ökologischen Kriterien zum Vertragsgegenstand zu machen und nicht als Vergabegegenstand zu belassen. Aus meiner Sicht könnten Verträge so nicht zu Stande kommen, da die Vertragskriterien nicht erfüllt werden und erneut ausgeschrieben werden müsste. Eine erneute Ausschreibung bedeutet eine weitere zeitliche Verzögerung.

Eine Präqualifizierung (wie z.B. PQ-Verein) sollte für die Firmen nicht mit Kosten verbunden sein, sondern eine bundesweite Serviceleistung für Auftraggeber und Auftragnehmer. So könnten Formulare und Unterlagen für die Firmen einmalig präqualifiziert werden und dann bei Bedarf von öffentlichen Auftraggebern abgerufen werden. Das würde für die Unternehmen nicht nur eine Kosten- und Zeitersparnis beinhalten, sondern auch eine zentrale Formularstelle schaffen und die Papierflut einer öffentlichen Ausschreibung für alle Bundesländer minimieren.

Der Nachweis sozialer und ökologischer Aspekte ist in vielen Fällen für kleine bis mittelständische Betriebe ohne eine Präqualifizierung erschwert zu erbringen. Diese Nachweise als Grundvoraussetzung in die allgemeinen Vertragsbedingungen einzupflegen, wird sich rechtlich schwer umsetzen lassen. Überdies sind Formulierungen in Leistungsverzeichnissen aus meiner Sicht nicht machbar, da eine Ausschreibung nach § 7 VOB/A produktneutral zu erfolgen hat. Geforderte Zertifizierungen eines Produkts im Leistungsverzeichnis könnten zu einem Fehler in der Ausschreibung führen und zu einem erhöhten Aufwand in der Ausschreibungsphase für den Auftraggeber.

Nachdem die ILO-Vereinbarung bereits ratifiziert worden ist und bundesweit eine rechtsverbindliche Wirkung hat, sollte aus meiner Sicht lediglich auf diese hingewiesen werden. Eine Verschlankung des Gesetzes wird damit weiterhin verfolgt. Ob die Hinweise auf das ILO-Übereinkommen in den Vergabe- oder Vertragsunterlagen beschrieben werden sollten, ist noch zu klären.

Zusammenfassend wirkt das Gesetz auf den ersten Blick schlanker. Jedoch sollten die ökologischen und sozialen Aspekte nicht vollkommen außer Acht gelassen werden. Die tatsächliche attraktive Ausschreibung beinhaltet einen fairen Wettbewerb und weniger Formblätter. Der bürokratische Aufwand einer Ausschreibung ist das Ausfüllen und Bearbeiten der einzelnen Formblätter, hier sollte im Anschluss der Änderung des Gesetzes gearbeitet werden.

In meiner Funktion als Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung wird mir gehäuft von kleinen mittelständischen Betrieben der erhöhte Aufwand zur Teilnahme an einer öffentlichen Ausschreibung geschildert.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes ist der richtige Ansatz, öffentliche Ausschreibungen für mittelständische Betriebe in Thüringen und national auf Bundesebene wieder attraktiver zu gestalten. Das bloße Streichen der Paragraphen macht das Gesetz kompakter und verständlicher. Jedoch sollten vor Inkrafttreten die Folgen der Gesetzesänderung beachtet werden, welche Auswirkungen die Änderungen auf die Leistungsverzeichnisse, die Ausschreibung, die Vergabepattform, die Vertragsabwicklung und den allgemeinen Maßnahmenablauf haben. Diese Fragen sollten geklärt und praxisnah evaluiert werden.

Nochmals bedanke ich mich für die Möglichkeit zur Thematik Stellung zu beziehen. Bitte informieren Sie mich im Folgenden über die weiteren Fortschritte. Außerdem werde ich versuchen auf Bundes- und EU-Ebene eine Vergaberechtsreform anzuschieben. Über die kommenden geplanten Gespräche möchte ich Sie gerne informieren.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Ingenieurkammer Thüringen</td> <td>Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Ingenieurkammer Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gustav-Freytag-Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ingenieurkammer Thüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Ingenieurkammer Thüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Dipl.-Ing. Präsident des IKT, repräsentiert die Ingenieurkammer Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> <u>ergänzungs-</u> bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- geplante Änderungen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwandes in Vergabeverfahren werden positiv eingeordnet. - Grundsätze des Wettbewerbes - Transparenz und Gleichbehandlung müssen uneingeschränkt gelten. - Mit der Herabsetzung des Auftragswertes von 150TE auf 75TE allein kann keine ausreichende Transparenz erzielt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 26.08.2021	

21345/2021



Ingenieurkammer Thüringen • Gustav-Freytag-Str. 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Der Präsident

Anschrift: Gustav-Freytag-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361 22873-0
Telefax: 0361 22873-50
E-Mail: info@ikth.de
Internet: <http://www.ikth.de>

Datum: 26. August 2021

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2209 -

dazu: **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**
- Vorlage 7/2475 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Stellungnahme der Ingenieurkammer Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen des o. g. Beratungsgegenstandes eine Stellungnahme abgeben zu können.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständischen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

Nachfolgend ist unsere Auffassung zum Gesetzentwurf dargestellt, der Arbeitskreis Wettbewerb und Vergabe der Ingenieurkammer Thüringen wurde maßgeblich in die Themenbefassung einbezogen.

Die geplanten Änderungen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwandes in Vergabeverfahren werden positiv eingeordnet. Dazu gehört auch, dass vergabefremde Kriterien nicht in die Vergabeverfahren einbezogen werden sollten. Eine „formale Überziehung“ von Vergabeverfahren ist zu vermeiden, denn dadurch steigen die Kosten für die Durchführung der Vergabeverfahren sowohl auf der Seite der vergebenden Stellen als auch der Seite der Auftragnehmer unverhältnismäßig stark an.

Es ist zu gewährleisten, dass bei den Vergabeverfahren die Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz und der Gleichbehandlung uneingeschränkt gelten. Architekten- und Ingenieurleistungen sind im Leistungswettbewerb zu vergeben. Ein ausschließlicher Preiswettbewerb muss ausgeschlossen werden, d. h. der Preis muss bei der Gewichtung der Zuschlagskriterien nur eine untergeordnete Rolle spielen!

Neben den quantitativen Kriterien sind unter den Zuschlagskriterien immer auch qualitative Kriterien, wie die Qualität des eingesetzten Personals und der Nachweis von Referenzen für vergleichbare Planungsaufgaben, zu bewerten. Die geforderten Nachweise sollten präzise die Mindestanforderungen beschreiben, das fördert die chancengleiche Ausgestaltung des Auswahlverfahrens.

Transparenz wird durch verständliche und objektiv nachvollziehbare Vergabeverfahren erreicht. Die Vergabeentscheidung ist dabei verbindlich zu dokumentieren und sollte im Bereich unter den EU-Schwellenwerten ggf. die Möglichkeit eröffnen, durch unabhängige Institutionen nachgeprüft (Nachprüfungsbehörde) zu werden. Die im vorgelegten Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion enthaltene Herabsetzung des Vergabewertes von 150.000 € auf 75.000 € allein erscheint nicht ausreichend.

Beteiligte Bieter sollten über die Vergabeentscheidung und deren qualitative Begründung informiert werden.

Fragestellungen des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Thüringer Landtags zum Gesetzesentwurf in Drucksache 7/2209 (Anlage 4):

1. Wie bewerten Sie die von der Fraktion der CDU im Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen?

Die Reduzierung des bürokratischen Aufwandes im öffentlichen Vergabeverfahren wird grundsätzlich unterstützt.

2. Wo innerhalb des Vorgangs der öffentlichen Auftragsvergabe – auch unabhängig vom vorliegenden Gesetzesentwurf – macht die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien den meisten Sinn?

Die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien macht in den frühen Projektentwicklungs- und Planungsphasen den meisten Sinn.

3. Aus welchen Gründen ist der Vorgang der Vergabe der geeignete bzw. ungeeignete Ort für die Berücksichtigung derartiger Kriterien?

Eine Prüfung der Kriterien in den Vergabeverfahren ist objektiv schwierig.

4. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorgaben des § 10 Vergabegesetz zur Tariftreueerklärung aus rechtlicher und/oder ökonomischer Sicht?

Der Nachweis der Lohnzahlungen auf Grundlage der tariflichen Vereinbarungen kann ein Qualitätskriterium darstellen.

5. Angesichts der rechtsverbindlichen Wirkung der ratifizierten ILO-Übereinkommen in Deutschland: welchen Mehrwert bietet deren zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz?

Kann nicht eingeschätzt werden.

6. Wären die im Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Thüringer Vergabegesetz aus Ihrer Sicht geeignet, Ausschreibungsverfahren attraktiver zu gestalten, die Bürokratie abzubauen und dabei gleichzeitig Arbeitnehmer-Nachteile sowie Nachteile für die Umwelt zu verhindern?

Die vorgeschlagenen Änderungen werden im Wesentlichen unterstützt.

Mit der Herabsetzung des Auftragswertes von 150.000 € auf 75.000 € allein kann keine ausreichende Transparenz erzielt werden.

Bei der Vergabe von Ingenieurleistungen sind die Besonderheiten freiberuflicher Leistungen zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise auf die aktuell ausgearbeiteten Argumentationshilfen zu auskömmlichen Honoraren in der Tragwerksplanung verwiesen (siehe Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

- Argumentationshilfen zu auskömmlichen Honoraren

Argumentationshilfen zu auskömmlichen Honoraren in der Tragwerksplanung

1. Mangelnde Auskömmlichkeit der Orientierungswerte der HOAI 2021

Das IWW Institut, Würzburg und VBI, Berlin haben die Siemon Sachverständige + Ingenieure GmbH, Kassel und Berlin beauftragt im Rahmen eines Gutachtens („HOAI 2021 – Aktuelle Anhaltswerte für Honorare“, im Folgenden Siemon-Gutachten) die Auskömmlichkeit der Orientierungswerte der HOAI 2021 zu bewerten.

An dieser Stelle sei als Fazit vorausgeschickt, dass die Honorare in der HOAI 2021 ggü. der alten Fassung aus dem Jahr 2013 unverändert geblieben sind. Es wurde somit keinerlei Kostensteigerungen aus den letzten 8 Jahren (Gehälter, Nebenkosten, Inflation usw.) Rechnung getragen. Dies allein zeigt, dass die Honorartafeln bereits ohne einen Nachlass schon bezüglich ihrer Auskömmlichkeit der unteren Orientierungswerte hinterfragt werden dürfen.

Das Siemon-Gutachten legt anhand einer repräsentativen Umfrage dar, dass dementsprechend eine durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Tafelwerte für Tragwerksplanung von 17,5 % gegenüber der HOAI 2013 angemessen und notwendig gewesen wäre. Somit sind derzeit übliche Nachlässe in VgV-Verfahren von 10-15% einer tatsächlichen Unterschreitung eines auskömmlichen Honorars von 27,5-32,5% gleichzusetzen.

Dies steht in einer deutlichen Dysbalance zu den stark gestiegenen Gehältern, die heute bei der riesigen Nachfrage und dem spärlichen Angebot an kompetenten Bauingenieuren erforderlich sind.

Auszug aus Siemon-Gutachten,

Tabelle 44 Prozentuale Änderungen bezogen auf die Tafelwerte der HOAI 2013 für das Leistungsbild Tragwerksplanung

Anrechenbare Kosten in Euro	Honorarzone I		Honorarzone II		Honorarzone III		Honorarzone IV		Honorarzone V	
	von Euro	bis Euro	von Euro	bis Euro	von Euro	bis Euro	von Euro	bis Euro	von Euro	bis Euro
10.000	18.07%	18.04%	18.04%	18.07%	18.07%	18.06%	18.06%	18.06%	18.08%	18.06%
15.000	17,95%	17,96%	17,96%	17,95%	17,95%	17,95%	17,95%	17,98%	17,98%	17,95%
25.000	17,83%	17,84%	17,84%	17,82%	17,82%	17,84%	17,84%	17,83%	17,83%	17,84%
50.000	17,66%	17,66%	17,66%	17,67%	17,67%	17,66%	17,66%	17,67%	17,67%	17,67%
75.000	17,59%	17,60%	17,60%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,58%	17,58%	17,59%
100.000	17,53%	17,53%	17,53%	17,54%	17,54%	17,54%	17,54%	17,53%	17,53%	17,54%
150.000	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%	17,51%
250.000	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%	17,52%
350.000	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%
500.000	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%	17,73%
750.000	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%	17,65%
1.000.000	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%	17,61%
1.250.000	17,58%	17,59%	17,59%	17,59%	17,59%	17,58%	17,58%	17,58%	17,58%	17,58%
1.500.000	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%
2.000.000	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%	17,57%
3.000.000	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%	17,56%
5.000.000	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%	17,48%
7.500.000	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%	17,12%
10.000.000	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%	16,92%
15.000.000	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%	16,91%

**Umso mehr gilt heute noch der Grundsatz:
„Wer billig plant, baut teuer.“**

2. Strukturelle Fehler in VgV-Verfahren

Vermeehrt ist zuletzt eine Entwicklung des durch die HOAI weiterhin angedachten Planungs- bzw. Leistungswettbewerbs hin zu einem reinen Preiswettbewerb zu beobachten. Dies beginnt regelmäßig bereits mit der Strukturierung des Wettbewerbs und der Gewichtung der Zuschlagskriterien.

Die Begleitung von Vergabeverfahren für öffentliche Auftraggeber wird als Dienstleistung häufig von Rechtsanwälten oder Architekten erbracht, aber es dürfte besonders im Interesse der Auftraggeber sein, wenn die Beratung und Betreuung von Vergabeverfahren für Ingenieurleistungen auch von dafür qualifizierten und fachkompetenten Ingenieurinnen und Ingenieuren durchgeführt wird.

Die Ingenieurkammern haben darauf reagiert und bilden ab September 2021 Ingenieurinnen und Ingenieure zum Qualifizierten Vergabeberater aus. Damit erhalten die Auftraggeber einen Mehrwert, indem sie durch die Kammern als Behörden bestätigte qualifizierte Vergabeberater am Markt erkennen und deren Leistungen in Anspruch nehmen können, um somit qualifizierte Vergabeverfahren für Ingenieurdienstleistungen im Bereich Tragwerksplanung und Ingenieurbauwerke durchzuführen.

Die Erfahrungen zeigen, dass insbesondere Rechtsanwälte Vergabeverfahren häufig zu formalisiert ausgestalten und auch ungeeignete Eignungs- oder Zuschlagskriterien wählen. Eine Recherche zeigt, dass insbesondere im Bereich der Tragwerksplanung regelmäßig Referenzanforderungen gefragt sind, die dem Gegenstand des Vergabeverfahrens nicht gerecht werden.

Obwohl es zunächst plausibel erscheint, dass man beispielsweise bei der Ausschreibung der Tragwerksplanung eines Schulgebäudes Erfahrungen bei der Planung gleichartiger Gebäude verlangen sollte, werden die geforderten Referenzen nicht selten nur auf die Tragwerksplanungen von Schulgebäuden begrenzt. Auch Schulen haben völlig verschiedene Anforderungen und Gebäudeformen. Für die Statik eines Gebäudes ist es jedoch von untergeordneter Bedeutung, ob es sich um eine Schule, ein Verwaltungsgebäude, eine Kindertagesstätte oder andere Gebäudetypen handelt. Am Ende kommt es immer auf die Vorentwürfe der Architekten an und den folgenden Planungsprozess innerhalb der Leistungsphasen der HOAI und im Planungsteam. Gerade dieser Prozess in den Leistungsphasen 1-3 entscheidet über die Qualität und Kostensicherheit des Projektes.

3. Referenzen als Entscheidungskriterium der zu erwartenden Planungsqualität

Sicher gibt es eine Reihe qualifizierter und geeigneter Büros, die in der Lage sind die geforderten Referenzen des Verfahrens beizubringen. Zentrale Aufgabe der Vergabestelle muss deshalb die fundierte und objektive Bewertung und Gewichtung der Referenzen sein, was nicht selten eine anspruchsvolle Aufgabe ist.

Denn was innerhalb dieser Referenzen wirklich geleistet wurde, ist meistens kein Thema in einer solchen Bewerbung und auch schwer nachvollziehbar. Zur Objektivierung können sich verstärkt Referenzschreiben ehemaliger Auftraggeber sowie deren Befragung eignen.

Entscheidend für die richtige Bewertung der Qualifikation der Bewerber sind neben den Referenzen des Unternehmens letztendlich die Erfahrungen und Qualifikationen der Mitarbeiter sowie dass die Tragwerksplaner des sich bewerbenden Teams tatsächlich verantwortlich für die Ausführung der Planungsaufgabe sind (Stichwort: persönliche Qualifikation der Ausführenden).

4. Qualifikation der planenden Mitarbeiter

Ein objektiver Punkt für Qualität der Bewerber ist die Weiterbildung des Personals. Am Besten nachvollziehbar ist dies am Beispiel der Tragwerksplanung im Bestand als eine Spezialdisziplin, die insbesondere Tragwerksplaner mit entsprechender langjähriger Erfahrung und/oder spezifischen Weiterbildungen erfordert, da hier häufig keine Grundlagen durch Studieninhalte vorhanden sind. Schon die Herangehensweise an eine Aufgabe im Bestand ist vollkommen anders als im Neubau. Zu diesem Themengebiet gibt es diverse Möglichkeiten einer Weiterbildung, wie bspw. in der Propstei Johannisberg in Fulda. In 12 Wochen-Blöcken á 5 Tage (Architekten) bzw. 7 Blöcken á 3 Tage (Tragwerksplaner) können sich hier Ingenieure und Architekten zu zertifizierten Fachleuten für dieses Spezialgebiet qualifizieren.

5. Risiken und Schadensfälle durch mangelnde Planungsqualität

Es gibt grundsätzlich von verschiedensten Seiten - u.a. von der Versicherung VHV - Schadensanalysen, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen vermehrten Schadensfällen und mangelnder Planungsqualität herstellen. Grayierend sind hierbei Einstürze von Bauwerken, die aufgrund von Fehlern in der Planung, Bauausführung und -überwachung sowie Instandhaltung entstehen und Menschenleben kosten. Hier wird die Systemrelevanz der Tragwerksplanung in Verantwortung besonders für Leib und Leben deutlich. Nur kompetente gut ausgebildete Ingenieure sind in der Lage dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Deutlich häufiger – und zumeist unentdeckt – sind jedoch diejenigen Fälle, in denen die vermeintlich günstigste Planungsqualität dazu führt, dass durch mangelndes Know-how und Kapazitäten nicht die optimale Ausführungsart und -details geplant werden. Die hier entstehenden Bau- und Lebenszykluskosten übersteigen die Einsparungen in der Planung i. d. R. um ein Vielfaches.

6. Konsequenzen eines reinen Preiswettbewerbs

Es eröffnet sich ein weiterer offensichtlicher Widerspruch zur mittlerweile gängigen Praxis der „Nachlasskultur“ bei öffentlichen Auftraggebern. Einen vom Auftragnehmer gewährten Nachlass kann man nicht an den Mitarbeiter durchreichen. Die Hauptkosten in Ingenieurbüros sind bekanntermaßen die Personalkosten.

Welche Konsequenzen hat dies nun für den Planungsprozess? Um einer Unterdeckung der Selbstkosten des Unternehmens zu entgehen, müsste man sich Instrumente bedienen, die weder im Sinne des Auftraggebers noch im Interesse des Auftragnehmers als langfristiger und verlässlicher Partner sind, wie etwa:

- intensives Nachtragsmanagement (wie man das von Bauunternehmen kennt)
- Einsparen von Stundenaufwand durch Weglassen (Minderung der Planungsqualität)
- Wählen von Standard-Lösungen und -Details (keine optimierte Ausführung → erhöhte Herstellkosten und Materialaufwand)

Teilweise ist sogar zu befürchten, dass es im Interesse des Planenden liegen wird, die anrechenbaren Kosten durch absichtliche Wahl teurerer Konstruktionen nach oben zu skalieren, um die zu günstig angebotene Leistung durch eine höhere Ermittlungsbasis des Honorars zu kompensieren.

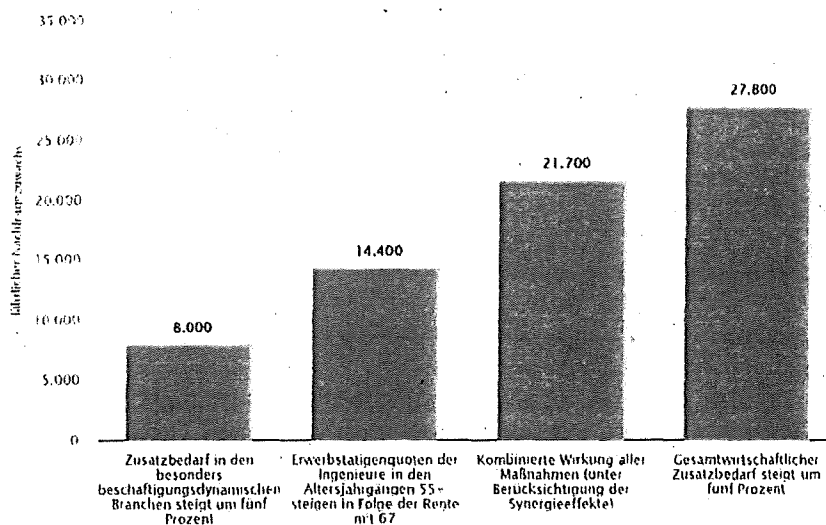
Abschließend sei noch erwähnt, dass der Bieter durch eine Honorarermittlung zur Bewerbungsphase, in der noch kein Entwurf und somit keine Honorarzone oder anrechenbare Kosten vorliegen, bereits einem komplexen Kalkulationsrisiko unterliegt.

Fazit

Die Leistungsphasen 1-3 werden bei der flächendeckenden Fortführung reiner Preiswettbewerbe verkümmern, sodass es keine optimalen konstruktiven, ökologischen und preisoptimierten Lösungen mehr gibt. Die sehr aufwendige Leistungsphase 5 wird ebenfalls an Qualität einbüßen. Damit steigen Schadenswahrscheinlichkeiten und -höhen und durch höheren Materialeinsatz konterkariert man die zukünftige ökologische Verantwortung an das Bauwesen, seinen 40%igen Anteil am weltweiten CO₂ Ausstoß entscheidend zu reduzieren.

Bereits mittelfristig wird das Ingenieurwesen durch stagnierende Gehälter weiter an Attraktivität als Arbeitsmarkt verlieren. Neben anderen Entscheidungskriterien werden die Abitur-Jahrgänge ihr Studium stets nach den zu erwartenden Einkommen der jeweiligen Branche auswählen. Ein Trend der sich in Thüringen mit den prognostizierten Jahrgangsabsolventen im konstruktiven Ingenieurbau im Jahr 2021 an der Bauhaus-Universität Weimar (15 Absolventen) sowie der Fachhochschule Erfurt (10 Absolventen) bereits seit vielen Jahren abzeichnet.

Vorgenannten Sachverhalt untermauert das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie, nach der bis zum Jahr 2029 durchschnittlich 27.800 Ingenieur-Stellen jährlich unbesetzt bleiben könnten. Subsummiert entspricht dies einer Unterdeckung an Ingenieuren von 389.200.



Abschließend ist nicht auszuschließen, dass der intensive Preiswettbewerb zum Konkurs insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen führt. Ebenso wird ein preislich risikobehafteter und unattraktiver Markt unternehmerische Neugründungen und Expansionen hemmen und zu einer weiteren Ausdünnung von Anzahl und Qualifikation potentieller Planungsunternehmen führen.

2236212021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>IHK ERFURT</td><td>KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>IHK ERFURT</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>ARNSTÄDTER STRASSE 34</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99096 ERFURT</td></tr></table>	Name	Organisationsform	IHK ERFURT	KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	Geschäfts- oder Dienstadresse	IHK ERFURT	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ARNSTÄDTER STRASSE 34	Postleitzahl, Ort	99096 ERFURT
Name	Organisationsform										
IHK ERFURT	KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS										
Geschäfts- oder Dienstadresse	IHK ERFURT										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	ARNSTÄDTER STRASSE 34										
Postleitzahl, Ort	99096 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td></td><td></td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	INTERESSENVERTRETUNG FÜR UNSERE IHR-MITGLIEDS- UNTERNEHMEN / WAHRNEHMUNG HOHEITLICHER AUFGABEN	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, - <u>GESETZENTWURF DER CDU-FRAKTION</u> <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, - <u>ÄNDERUNGSANTRAG DER FDP-FRAKTION</u> <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- BEFÜRVORTUNG DES GESETZENTWURFS DER CDU-FRAKTION MIT DER INTENTION DAS THÜRINGER VERSABESETZER ZU ENTBÜROKRATISIEREN	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERA, 8.9.21	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer
Industrie- und Handelskammern

IHK Erfurt | Postfach 90 01 55 | 99104 Erfurt

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST

27.08.2021 10:42

21333/21

26. August 2021

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes der CDU-Fraktion und zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP / Beantwortung des Fragenkatalogs

Sehr geehrte Frau

vielen Dank für die Übersendung der o.g. Entwürfe und die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer IHKs möchte sich wie folgt äußern:

**Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes der CDU-Fraktion
(Drucksache 7/2209)**

Unter dem Aspekt der Verschlinkung des Vergabegesetzes unterstützen wir den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Vorschriften zur Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten bei den Ausschreibungsverfahren gem. §§ 4-6 ThürVgG zu streichen. Die öffentliche Hand hat die Möglichkeit, strategische Aspekte bei der Definition des Auftragsgegenstands, bei der Festlegung von technischen Spezifikationen und als Zuschlagskriterium individuell auch ohne gesetzliche Normierung zu berücksichtigen.

Zudem unterstützen wir die Intention der CDU-Fraktion, die aufgeführten Vorschriften zur Tariftreue, zum vergabespezifischen Mindestlohn gem. § 10 ThürVgG und zur Einhaltung der internationalen Kernarbeitsnormen (ILO) gem. § 11 ThürVgG ersatzlos aus dem Thüringer Vergabegesetz zu streichen. Auch die Vorschrift in § 13 ThürVgG zur Berücksichtigung von Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern bei Gleichwertigkeit von Angeboten sollte aus dem bisherigen Vergabegesetz entfernt werden.

In den Vorschriften §§ 17 und 18 ThürVgG wird dem Auftraggeber ein allumfassendes, nicht nur auf den Auftrag bezogenes Kontroll- und Sanktionsrecht eingeräumt. Wir unterstützen die Sichtweise der CDU-Fraktion zur Streichung dieser Vorschriften. Die öffentliche Hand kann sich bei Verdachtsmomenten, wie der Nichtabführung von Steuern, Beiträgen und Schwarzarbeit, jederzeit an die zuständigen Behörden wenden.

Wir befürworten den Vorschlag der CDU-Fraktion in § 19 ThürVgG den geregelten Rechtsschutz für Vergaben im Baubereich bereits ab einem Auftragswert von 75.000 Euro zu ermöglichen. Die ausschreibungsbeteiligten Unternehmen hätten damit eine bessere Möglichkeit, vor Vertragsschluss gegen die Zuschlagsentscheidung der öffentlichen Vergabestelle vorzugehen.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP (in Vorlage 7/2475)

Die Fraktion der FDP schlägt in ihren Antrag vor, die bisherige Vorschrift in § 4 Abs. 3 ThürVgG abzuändern. Die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer IHKs lehnt diese Änderung ab und befürwortet den CDU-Gesetzentwurf folgend, die genannte Vorschrift aus dem Gesetz zu streichen. Die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten im Rahmen des Thüringer Vergabegesetzes ist nicht erforderlich. Die öffentliche Hand kann entsprechende Kriterien individuell formulieren.

Fragestellungen des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft zum Gesetzentwurf (Drucksache 7/2209)

1. Wie bewerten Sie die von der Fraktion der CDU im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen?

Wir verweisen gern auf unsere Ausführungen zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes der CDU-Fraktion (Drucksache 7/2209)

2. Wo innerhalb des Vorgangs der öffentlichen Auftragsvergabe – auch unabhängig vom vorliegenden Gesetzentwurf – macht die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien den meisten Sinn?

Sobald soziale und ökologische Aspekte in das Vergabeverfahren aufgenommen werden, wie z.B. bei der Definition des Auftragsgegenstands oder als Zuschlagskriterium, führt dies zu einer weiteren Bürokratisierung von Ausschreibungsverfahren.

3. Aus welchen Gründen ist der Vorgang der Vergabe der geeignete bzw. ungeeignete Ort für die Berücksichtigung derartiger Kriterien?

Der Versuch, die öffentliche Beschaffung mit politisch motivierten und damit vergabefremden, strategischen Zielen zu verbinden, birgt die Gefahr, dass das Prinzip der Wirtschaftlichkeit der Beschaffung verdrängt wird. Außerdem hemmen zusätzliche Kriterien den Wettbewerb und vermindern das Interesse der Unternehmen, sich an Vergabeverfahren zu beteiligen. Darunter leidet vor allem die öffentliche Vergabe selbst.

Ein Rückbau von Kriterien würde einer aktuellen Erhebung der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern zufolge zu höherem Engagement der Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen führen.

4. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorgaben des § 10 Vergabegesetz zur Tariftreuerklärung aus rechtlicher und/ oder ökonomischer Sicht?

Die Einhaltung der tarifvertraglichen Normen durch die Unternehmenschaft halten wir auch im Sinne eines fairen und transparenten Wettbewerbs für absolut notwendig. Allerdings kann es nicht als zielführend erachtet werden, deren Überprüfung durch eine so genannte Tariftreuerklärung im Rahmen des Thüringer Vergabegesetzes von den Unternehmern abzufordern. Die öffentliche Hand kann sich bei Verdachtsmomenten an die zuständigen Behörden, wie die Thüringer Zollverwaltung, wenden.

5. Angesichts der rechtsverbindlichen Wirkung der ratifizierten ILO-Übereinkommen in Deutschland: welchen Mehrwert bietet deren zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz?

Die internationalen Arbeits- und Sozialstandards der ILO sind bereits durch Deutschland ratifiziert worden. Somit ist es nicht notwendig im Thüringer Vergabegesetz die Einhaltung der ILO-Normen zusätzlich zu fordern, denn öffentliche Beschaffungsprozesse sollten nicht mit allgemeinpolitischen Zielen überfrachtet werden. Dies führt zu einer weiteren Belastung für die ausschreibungswilligen Unternehmen im Rahmen der Vergabeverfahren. Deshalb halten wir die Vorschrift zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Thüringer Vergabegesetz für absolut überflüssig.

6. Wären die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Thüringer Vergabegesetz aus Ihrer Sicht geeignet, Ausschreibungsverfahren attraktiver zu gestalten, die Bürokratie abzubauen und dabei gleichzeitig Arbeitnehmer-Nachteile sowie Nachteile für die Umwelt zu verhindern?

Die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer IHKs unterstützt den Entwurf der CDU-Fraktion mit der Intention, das Thüringer Vergabegesetz auf wesentliche Vorschriften zu beschränken, Überregulierungen hinsichtlich sozialer und ökologischer Sachverhalte zu streichen und somit einen wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung von Vergabeprozessen zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion CDU, Drucksache 7/2209, dazu: Änderungsantrag der Fraktion FDP, Vorlage 7/2475		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bedeutung der Tariftreue und Ablehnung des Änderungsantrages der CDU Fraktion	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- ergänzender Verweis auf bereits vorliegende Stellungnahmen zum Tariftreuegesetz in 2018 und 2019 - Kritik an der bis heute nicht vollständigen Umsetzung bestehender Regelung zur Tariftreue, insbesondere was den jeweils repräsentativen TV für die jeweilige Branche betrifft - Kritik am eingereichten Gesetzentwurf der CDU, da damit der Versuch unternommen wird, alle schon vorher vorliegenden kontroversen Punkte aus ihrer Sicht abzuräumen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 25.08.2021	

THÜR. LANDTAG POST
26.08.2021 08:02

21266121



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

ver.di • LBz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thür. • Karl-Liebknecht-Str. 30-32 • 04107 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen
Karl-Liebknecht-Str. 30-32
04107 Leipzig

Telefon: 0341/5 29 01 - 0
Telefax: 0341/5 29 01 - 500
www.sat.verdi.de

Vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Datum

26. August 2021

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Tel.-Durchwahl

Fax-Durchwahl

E-Mail

Stellungnahme des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Entwurf der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und des Änderungsantrags der Fraktion der FDP

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens und im Auftrag des ver.di Landesbezirkes Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bedanke ich mich für die Zusendung des oben genannten Gesetzentwurfs und für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Von Seiten der ver.di wird der vorgelegte Gesetzentwurf abgelehnt. Da der Änderungsantrag der FDP-Fraktion lediglich einen Paragraphen betrifft und den Gesetzentwurf im Übrigen unangetastet lässt, ändert er hieran nichts. Darüber hinaus irritiert das Vorgehen der CDU-Fraktion. Bevor hierauf eingegangen wird, ist zunächst in Kurzfassung auf die Bedeutung der Tariftreuepflicht im Vergabeverfahren und die unzureichende Umsetzung der gegenwärtigen Gesetzeslage einzugehen.

Zur Bedeutung der Tariftreuepflicht:

Der Staat hat eine enorme Nachfragemacht. Jährlich werden durch staatliche Stellen in der BRD 300-500 Milliarden Euro im Rahmen öffentlicher Vergaben ausgegeben. Um der damit verbundenen Verantwortung sowie der Komplexität unserer Gesellschaft und Umwelt gerecht zu werden, müssen bei der Auftragsvergabe soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Es ist dafür zu sorgen, dass das insgesamt nachhaltigste Angebot den Zuschlag erhält. Eine Politik, die lediglich kurzfristige Kosten berücksichtigt, lässt außer Acht, dass Nachteile für die sozialen Sicherungssysteme und Umweltschäden ebenfalls gesellschaftlich relevante (Kosten)Faktoren darstellen.

Wenn beispielsweise Beschäftigte trotz Erwerbsarbeit keine ausreichenden Einkommen erhalten und später im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, zahlt diese die öffentliche Hand. Hierbei ist es von besonderer Wichtigkeit, dass der Staat dafür sorgt, dass seine Aufträge nur unter Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Standards sowie ohne Lohndumping ausgeführt werden.

In 15 der 16 Bundesländer existieren derzeit verschiedene Regularien der Tariftreuepflicht. Durch solche Regularien wird die Gestaltungskraft von Tarifverträgen gestärkt, vorhandene Tarifstandards in einzelnen Branchen gesichert, Wettbewerbsverzerrungen verhindert, Lohndumping unterbunden und der Niedriglohnsektor eingedämmt. Ohne eine Tariftreuepflicht würde der öffentliche Auftraggeber sogar indirekt einen Anreiz zur Tariffucht schaffen, da die billigsten Anbieter meist nicht tarifgebunden sind und damit einen Wettbewerbsvorteil hätten. Der Wettbewerbsnachteil, den tarifgebundene Unternehmen gegenüber Unternehmen ohne Tarifvertrag hätten, lässt sich im Rahmen eines Bieterwettbewerbs um öffentliche Aufträge nur durch eine Tariftreuepflicht ausgleichen.

Im Übrigen wird auf eine ausführliche Stellungnahme zu den geplanten Änderungen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) verzichtet. Die angesprochenen Themen wurden bereits in den Jahren 2018 und 2019 ausführlich bearbeitet und der vorgelegte Gesetzentwurf führt keine neuen substantiierten Gesichtspunkte an, die eine erneute Befassung erfordern würden.

Zur Kritik an der bisherigen Umsetzung:

Vielmehr gilt es, die derzeitige Regelung, das Ergebnis einer ausführlichen demokratischen Auseinandersetzung, endlich vollständig in die Praxis umzusetzen. Für die Umsetzung der Tariftreuepflicht ist bekannt zu geben, welcher Tarifvertrag beziehungsweise welche Tarifverträge für die jeweilige Branche als repräsentativ anzusehen sind (§ 10 Absatz II Satz 2 ThürVgG). Dies ist bis heute nicht geschehen.

Dabei ist die Situation zumindest im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs klar. Der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Thüringen (TV-N-Thüringen) ist der repräsentative Tarifvertrag nach den in § 10 Absatz III Satz 2 ThürVgG genannten Kriterien. Die Zahl der Beschäftigten aus dem Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs in Thüringen, die im Geltungsbereich des TV-N-Thüringen tätig sind, ist im Vergleich am höchsten und in seinem Geltungsbereich ist die Zahl der Mitglieder der vertragsschließenden Gewerkschaft im Vergleich am höchsten.

Schließlich fordert die ver.di eine Einbeziehung der kommunalen und sonstigen Auftraggeber im Sinne des § 2 ThürVgG in die verpflichtende Anwendung der Tariftreuepflicht, da auf diese ein erheblicher Teil der öffentlichen Aufträge entfällt sowie generell die verpflichtende Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien, insbesondere der Tariftreuepflicht, im Vergabeverfahren.

Zum Vorgehen der CDU-Fraktion:

Wie bereits angesprochen ruft der Gesetzentwurf darüber hinaus Irritationen hervor. Er übergeht den bisherigen demokratischen Prozess. Der Gesetzentwurf betrifft eine

Thematik, die in Thüringen schon mehrere Jahre die Gesellschaft bewegt. Schließlich wurde im Jahr 2019 eine neue Fassung des Thüringer Vergabegesetzes beschlossen. Im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und des demokratischen Prozesses wurden die unterschiedlichen Positionen ausführlich diskutiert. Auch von gewerkschaftlicher Seite wurden ausführliche Stellungnahmen verfasst. Nun wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem alle kontroversen Punkte aus dem Gesetz gestrichen werden sollen, ohne eine Evaluation der Entwicklung seit der letzten Änderung vorzunehmen oder auf den bisherigen demokratischen Prozess Bezug zu nehmen. Es entsteht der Eindruck, dass die realen Gegebenheiten bei der Erstellung des Gesetzentwurfs keine große Bedeutung gespielt haben. Auch scheint es, als würde nicht darauf vertraut, dass die besseren Argumente schlussendlich überzeugen, wenn mit dem Gesetzentwurf nicht zugleich eine ausführliche inhaltliche Positionierung und Evaluation der Entwicklung seit der letzten Novellierung vorgelegt wird. Frappierend ist aus gewerkschaftlicher Sicht insbesondere, dass die angestrebte Aufhebung der §§ 10 und 11 ThürVgG sowie aller weiteren Regelungen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien lediglich mit jeweils ein bis zwei Sätzen kommentiert wird, die keine inhaltliche oder praktische Auseinandersetzung erkennen lassen und dass die praktische Umsetzung der Tariftreuepflicht sowie ihre Auswirkungen auf das Vergabeverfahren nicht abgewartet werden.

Zur angestrebten Aufhebung von § 10 ThürVgG wird behauptet: „bestehende Tarifverträge sowie die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 machen es nicht mehr erforderlich, dass der Gesetzgeber im Thüringer Vergabegesetz in § 10 die Tariftreue und Entgeltgleichheit regelt“. Was sich in der Tariflandschaft verändert haben soll, dass eine Regelung der Tariftreue und der Entgeltgleichheit obsolet geworden ist, seit § 10 ThürVgG in seiner heutigen Fassung beschlossen wurde, lässt der Gesetzentwurf offen. Dass der gesetzliche Mindestlohn zu dem Zeitpunkt, zu dem die umfassende Novellierung des § 10 ThürVgG in Kraft getreten ist, bereits existierte, findet keine Erwähnung. Darüber hinaus geht der Gesetzentwurf nicht darauf ein, dass der Vergabemindestlohn aus dem Grund über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt, dass der Mindestlohn lediglich ein pauschaliertes Existenzminimum sichert. Aus welchen Gründen in Kauf genommen wird, dass die betroffenen Beschäftigten gegebenenfalls auf das Existenzminimum verwiesen werden, bleibt unklar.

Zur angestrebten Aufhebung von § 11 ThürVgG wird behauptet, dass es einer expliziten Erwähnung der ILO-Kernarbeitsnormen nicht bedürfe, da diese bereits Bestandteil der deutschen Rechtsordnung seien. Dabei wird ignoriert, dass in § 11 Absatz II Satz 2 ThürVgG eine Nachweis- und Erklärungspflicht über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen statuiert ist. Der Gesetzentwurf geht nicht darauf ein, weshalb diese Pflicht entbehrlich sein sollte.

Zur angestrebten Aufhebung der Regelungen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien ist beispielhaft auf die Begründung zur angestrebten Aufhebung von § 4 Absätze III und IV ThürVgG einzugehen. Es wird behauptet, dass eine Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien nicht erforderlich sei. Jeder Auftraggeber könne entsprechende Kriterien individuell für den Auftragsgegenstand formulieren. Es wird nicht evaluiert, wie die Praxis vor Einführung der entsprechenden Normen gelebt wurde und es wird offengelassen, weshalb die Berücksichtigung der Kriterien angesichts der Klimakrise und der niedrigen Tarifbindung nicht stets gefor-



Vereinigte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

dert werden sollten. Ob die Auftraggeber überhaupt individuell Kriterien für den Auftragsgegenstand formulieren können, wie in der Begründung behauptet, ist zudem überaus fraglich.

Das Unterlassen einer Evaluation seit der letzten Novellierung sowie einer ausführlichen inhaltlichen Auseinandersetzung wirft überdies die Frage auf, wie sich der weitere legislative Prozess vorgestellt wird. Es entsteht der Eindruck, dass davon ausgegangen wird, dass niemand mehr überzeugt werden müsste. Allein die Fraktionen der CDU und FDP stellen jedoch keine Mehrheit im Parlament. Die Mehrheit für den Gesetzentwurf würde wohl nur dann zusammenkommen, wenn die Fraktionen gemeinsam mit der AfD-Fraktion für den vorgelegten Gesetzentwurf stimmen würden. Dies darf nicht geschehen! Schon in den dreißiger Jahren haben nationalliberale Parteien den Fehler gemacht, Faschismus salonfähig zu machen. Und auch jetzt ist die Versuchung ebenso groß, wie die Skrupel klein sind, wenn es darum geht, nach der Macht zu greifen, wie sich an der Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gezeigt hat und sich nun erneut andeutet. Wir fordern die Fraktionen der CDU und FDP dazu auf, Mehrheiten lediglich mit den demokratischen Kräften im Thüringer Landtag zu organisieren!

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
		Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Georg-Glock-Straße 18
	Postleitzahl, Ort	40474 Düsseldorf
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wissenschaftlicher Leiter des WSI-Tarfachivs	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Tariftreuregelungen sind ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Tarifbindung, die in Thüringen besonders niedrig ist. Ein Abschaffung, wie von der Fraktion der CDU gefordert, weist deshalb in die falsche Richtung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Düsseldorf, den 27.08.2021	

Thüringer Landtag

Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitale Gesellschaft

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per Email -

Datum 27.08.2021

THÜR. LANDTAG POST
30.08.2021 07:03

21387/21

Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen

der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Thüringer
Vergabegesetzes – Thüringer Landtag, Drucksache 7/2209
vom 02.12.2020

der Fraktion der FDP – Änderungsantrag – Thüringer Landtag,
Vorlage 7/2475 vom 14.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur Teilnahme an dem schriftlichen Anhö-
rungsverfahren zu den oben genannten Gesetzesentwürfen. Anbei finden
sie meine Stellungnahme im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissen-
schaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung.

Mit freundlichen Grüßen

Mitbestimmungs-, Forschungs-
und Studienförderungswerk des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf, Germany
Telefon +49 211 7778-0
Telefax +49 211 7778-120
www.boeckler.de

Zusammenfassung und Empfehlungen

Das **Thüringer Vergabegesetz** (ThürVgG) in seiner Fassung vom 23. Januar 2020 enthält umfassende Regelungen zur Berücksichtigung **sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe**. Damit entspricht es den Anforderungen eines modernen Vergaberechtes, wie sie durch die europäischen und nationalen Vergaberichtlinien vorgegeben werden. Ausschlaggebend für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist demnach nicht mehr nur der günstigste Preis, sondern auch die Einhaltung bestimmter sozialer und ökologischer Standards. Hierdurch werden faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen und Sozial- und Umweltdumping verhindert.

Unter Ausnutzung neuer europarechtlicher Spielräume war Thüringen 2019 das erste Bundesland, das eine **umfassende Tariftreuregelung** in sein Vergabegesetz aufgenommen hat. Mittlerweile sind viele weitere Bundesländer diesem Beispiel gefolgt. Während Berlin bereits eine ähnliche Regelung verabschiedet hat, haben mittlerweile Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und zuletzt Sachsen-Anhalt entsprechende Gesetzesinitiativen angekündigt.

Öffentliche Aufträge dürfen in Thüringen nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichten, ihre Beschäftigten bei der Auftragsdurchführung nach Tariflohn zu bezahlen. Tariftreuregelungen sind ein wichtiges Instrument zur **Förderung der Tarifbindung**, die in Thüringen mit nur 44% eine der niedrigsten in Deutschland ist und wesentlich für das geringe Lohnniveau im Freistaat verantwortlich ist. Vor diesem Hintergrund weist die in dem **Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion** vorgeschlagene Abschaffung der Tariftreuregelungen (und darüber hinaus auch der weiteren sozialen und ökologischen Kriterien wie z.B. dem vergabespezifischen Mindestlohn) eindeutig in die falsche Richtung.

Allerdings besteht im Hinblick auf den **Geltungsbereich** des Thüringer Vergabegesetzes durchaus **reformbedarf**. So sind die Tariftreue- und Mindestlohnvorgaben bislang auf die Vergaben der Landesbehörden beschränkt. Damit werden jedoch maximal ein Drittel aller öffentlichen Aufträge in Thüringen erfasst, so dass die Wirksamkeit des Gesetzes von vornherein recht begrenzt ist. Ratsam wäre deshalb, die Regelungen zur Tariftreue und dem vergabespezifischen Mindestlohn auch auf die Kommunen sowie alle weiteren öffentlichen Einrichtungen in Thüringen auszuweiten.

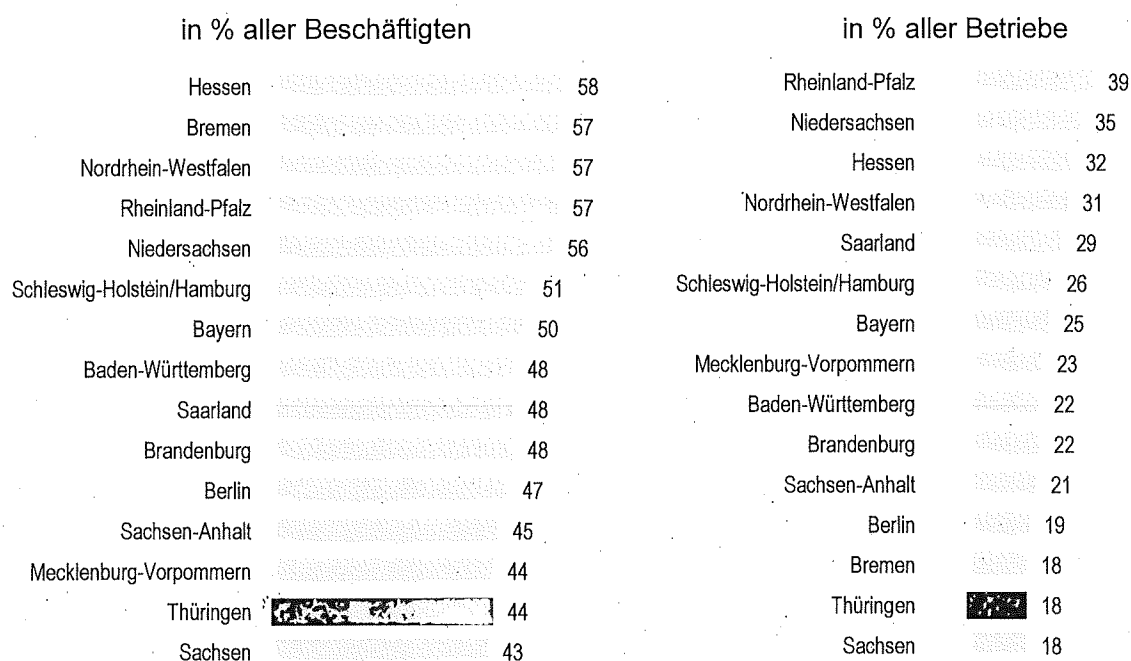
Darüber hinaus bestehen bei dem Thüringer Vergabegesetz nach wie vor auch erhebliche **Umsetzungsdefizite**. So fehlt bis heute eine Liste der in Thüringen repräsentativen Tarifverträge. Ohne eine solche Liste sind die

Vergabestellen jedoch kaum in der Lage, die gesetzlich geforderten Tariftreueeregungen auch umzusetzen.

Tarifbindung in Thüringen

Wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung in einer aktuellen Studie über „Tarifverträge und Tariffucht in Thüringen“ aufzeigt, hat Thüringen mit die niedrigste Tarifbindung in Deutschland.¹ Nur noch 44% aller Beschäftigten in Thüringen werden durch einen Tarifvertrag geschützt. Gleichzeitig fallen nur noch 18% der Betriebe unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrages. Damit gehört Thüringen jeweils zu den Schlusslichtern in Deutschland (Abbildung 1).

Abbildung 1: Tarifbindung nach Bundesländern (2019)



Quelle: Berechnungen des IAB auf Basis des IAB-Betriebspanels

Die geringe Tarifbindung in Thüringen hat weitreichende Konsequenzen für das Lohnniveau im Freistaat. So verdienen Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben im Schnitt 23 Prozent weniger als in Betrieben mit

¹ Thorsten Schulten, Reinhard Bispinck, Malte Lübker, Tarifverträge und Tariffucht in Thüringen, WSI-Study Nr. 26, Düsseldorf September 2021

Tarifvertrag. Auch bei einer um Größen- und Branchenstrukturen bereinigten Sichtweise bleibt immer noch ein Tarif-Gap von mehr als 11 Prozent. Die geringe Tarifbindung ist demnach wesentlich dafür verantwortlich, dass die Löhne unter allen Bundesländern in Thüringen mit am geringsten sind. Zugleich verfügt Thüringen immer noch über einen der größten Niedriglohnssektoren in Deutschland.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des in vielen Bereichen immer deutlicher zutage tretenden Fachkräftemangels, müssen in Thüringen die Arbeitsbedingungen dringend verbessert und das durchschnittliche Lohnniveau deutlich angehoben werden. Ein wesentlicher Hebel hierzu wäre eine Stärkung der Tarifbindung.

Neue rechtliche Möglichkeiten für umfassende Tariftreueregelungen im Vergaberecht

Bei dem Ausschreibungswettbewerb um öffentliche Aufträge spielen – insbesondere bei arbeitsintensiven Dienstleistungen – die Arbeitskosten eine wichtige Rolle. Da Unternehmen ohne Tarifvertrag zumeist niedrigere Löhne zahlen, haben sie hierbei oft einen erheblichen Wettbewerbsvorteil. Tariftreuevorgaben haben demnach zuallererst die Funktion, einen möglichen Wettbewerbsnachteil von tarifgebundenen Unternehmen auszugleichen. Ohne einen solchen Ausgleich besteht die Gefahr, dass durch öffentliche Ausschreibungsverfahren indirekt sogar Anreize zur Tarifflicht geschaffen werden.

Bis vor einigen Jahren waren die Möglichkeiten von verbindlichen Tariftreuevorgaben im Vergabegesetz jedoch vor allem aus europarechtlichen Gründen eher begrenzt. Nach dem Rüffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofes (C-346/06) aus dem Jahr 2008 wurden alle Tariftreueregelungen, die sich nicht auf sowieso schon allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge beziehen, als Verstoß gegen die europäische Entsenderichtlinie und die europäische Dienstleistungsfreiheit gewertet. Lediglich für den öffentlichen Personennahverkehr gab es aufgrund seiner europarechtlichen Sonderstellung eine Ausnahmeregelung, die sich in den meisten Landesvergabegesetzen in entsprechenden Tariftreuevorgaben niederschlug. So waren auch in Thüringen die ursprünglich mit dem Landesvergabegesetz von 2011 eingeführten Tariftreueregelungen mit Ausnahme des öffentlichen Personennahverkehrs auf allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge beschränkt.²

² Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG) vom 18.04.2011 (GVBl. S. 69)

Im Laufe der 2010er Jahre hat sich die europarechtliche Situation jedoch grundlegend verändert, so dass heute wieder umfassende Tariftreuevorgaben im Vergaberecht möglich sind.³ Hierfür spricht zum einen eine deutlich modifizierte Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, wie sie vor allem in den Urteilen „Regio Post“ (C-115/14) und „Sähköalojen ammattiliitto“ (C-396/13) zum Ausdruck kommt.⁴ In diesen Urteilen wurden die Möglichkeiten für Lohnvorgaben im Vergaberecht wieder deutlich erweitert.

Hinzu kommen die neuen europäischen Vergaberichtlinien, die 2014 verabschiedet wurden und in denen soziale Vergabekriterien eine deutliche Aufwertung erfahren haben. Erst im Oktober 2020 hat die Europäische Kommission mit ihrem Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union die europarechtliche Legitimität von Tariftreuevorgaben noch einmal bestätigt:

*„Im Einklang mit den Richtlinien 2014/24/EU, 2014/25/EU und 2014/23/EU **ergreifen** die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Wirtschaftsteilnehmer **bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen oder Konzessionsverträgen** die für die jeweilige Branche und die jeweilige Region **tarifvertraglich festgelegten Löhne** bzw. gegebenenfalls die gesetzlichen Mindestlöhne einhalten.“⁵*

Schließlich hat auch die neue europäische Entsenderrichtlinie aus dem Jahr 2018, die Möglichkeiten für Tariftreuevorgaben grundlegend erweitert und damit das Rüffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofes endgültig hinfällig werden lassen. Mit der europäischen Entsenderrichtlinie wird nunmehr explizit erlaubt, neben allgemeinverbindlichen Tarifverträgen auch solche Tarifverträge auf Entsendebeschäftigte auszudehnen, die zwar nicht allgemeinverbindlich, jedoch „allgemein wirksam“ sind. Dabei kann gerade durch die Tariftreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen eine solche allgemeine Wirksamkeit bestimmter Tarifverträge hergestellt werden.⁶

³ Vgl. im Folgenden: Rüdiger Krause, Weiterentwicklung des Tariftreuerechts, Berlin 2019 sowie Daniel Klocke, Mindestlohn und Tariftreue im Landesvergaberecht der Freien Hansestadt Bremen, Rechtsgutachten im Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen Juli 2021.

⁴ Ghazaleh Nassibi, Florian Rödl, Thorsten Schulten, Perspektiven vergabespezifischer Mindestlöhne nach dem RegioPost-Urteil des EuGH, in: Arbeit und Recht Vol. 64 (2016), No. 12, S. 493-496.

⁵ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, COM (2020) 682 final. Brüssel,

⁶ Florian Rödl, Rückkehr zur Tariftreue, Gutachten zur Vereinbarkeit einer landesgesetzlichen Tariftreueregelung mit dem Unionsrecht nach Verabschiedung der Änderung der Entsenderrichtlinie, Gutachten im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2020.

Aktuelle Initiativen der Bundesländer für umfassende Tariftreueregelungen

Die neuen europarechtlichen Möglichkeiten haben mittlerweile in vielen Bundesländern die Diskussion um umfassende Tariftreuevorgaben im Vergaberecht wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt. **Thüringen** war hierbei das erste Bundesland in Deutschland, das mit der Revision seines Landesvergabegesetzes im Jahr 2019 eine umfassende Tariftreue-
regelung eingeführt hat.⁷ Demnach vergeben:

*„Staatliche Auftraggeber ... Aufträge an Unternehmen nur dann, wenn diese sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem **einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag** vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen des Tarifentgelts nachzuvollziehen“ (ThürVgG §10, Abs.4).⁸*

Nach Thüringen hat auch das Bundesland **Berlin** sein Landesvergabe-
gesetz erneuert und um eine umfassende Tariftreueklausel erweitert.⁹ Dar-
über hinaus haben zahlreiche weitere Bundesländer entsprechende Ge-
setzesinitiativen angekündigt. Im **Saarland** hat der dortige Ministerrat im
Juli 2021 den Entwurf für ein so genanntes „Fairer-Lohn-Gesetz“ verab-
schiedet, das die Zahlung von Tariflöhnen bei öffentlichen Aufträgen obli-
gatorisch macht.¹⁰ In **Bremen** ist die dortige Landesregierung gerade da-
bei einen Entwurf für die Revision des Landesvergabegesetzes zu erar-
beiten, mit der umfassende Tariftreuevorgaben, die heute schon für Bau-
dienstleistungen gelten, auch für Dienstleistungs- und Lieferverträge ein-

⁷ Julia Langhammer, Das Thüringer Vergabegesetz im Jahr 2020 – Potentiale und weitere Aufga-
ben, in: Liv Dizinger, Kai Eicker-Wolf, Julia Langhammer, Michael Rudolph (Hrsg.), Strukturwandel
in Thüringen gestalten, Marburg 2020, S. 171-184

⁸ Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Thüringer Vergabegesetz - ThürVgG -)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2020, [https://landesrecht.thuering-
gen.de/bsth/document/jlr-VergabeGTH2019rahmen](https://landesrecht.thueringen.de/bsth/document/jlr-VergabeGTH2019rahmen)

⁹ Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) vom 22. April 2020, [https://gesetze.ber-
lin.de/bsbe/document/jlr-VergabeGBE2020pP9](https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-VergabeGBE2020pP9)

¹⁰ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, Ministerrat beschließt
Fairer-Lohn-Gesetz – Rehlinger: „Meilenstein für fairen Arbeitsmarkt“, Medieninfo vom 22.06.2021,
[https://www.saarland.de/mwaev/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/medienin-
fos/pm_2021_06_21_fairer_lohn_gesetz.html](https://www.saarland.de/mwaev/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/medienin-
fos/pm_2021_06_21_fairer_lohn_gesetz.html)

geführt werden sollen. Damit würde eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.¹¹ Auch in **Hamburg**¹² und – ganz aktuell – in **Sachsen-Anhalt**¹³ sehen die gültigen Koalitionsverträge die Einführung umfassender Tariftreueregelungen vor. Auch in **Brandenburg**¹⁴ und **Mecklenburg-Vorpommern**¹⁵ wird aktuell innerhalb der Regierungsfraktionen über ein umfassendes Tariftreuegesetz diskutiert.

Das deutsche Vergaberecht unterliegt damit insgesamt einem eindeutigen Entwicklungstrend. Weitgehend unabhängig von der politischen Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierungen modernisieren immer mehr Bundesländer ihre Landesvergabegesetze und erweitern diese um umfassende Tariftreueregelungen. Thüringen hat hierbei eine Vorreiterstellung eingenommen. Vor diesem Hintergrund wäre es mehr als unverständlich, wenn der Freistaat nun diese Entwicklung wieder zurückdrehen würde.

Vergabespezifische Mindestlöhne

Angesicht der rückläufigen Tarifbindung haben seit Ende der 2000er Jahre viele Bundesländer neben Tariftreuevergaben auch eigene vergabespezifische Mindestlöhne eingeführt, um damit eine Lohnuntergrenze bei der Durchführung öffentlicher Aufträge zu definieren. Nach der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2015 sind einige Bundesländer dazu übergegangen, nur noch diesen bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Insbesondere in Ostdeutschland haben die meisten Bundesländer jedoch an eigenständigen Vergabemindestlöhnen festgehalten oder diese sogar neu eingeführt.

¹¹ SPD Landesorganisation Bremen, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Bremen, Die Linke Landesverband Bremen, Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023, https://spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_6302/Koalitionsvereinbarung-RGR-2019-2023-mitU-final.pdf

¹² „Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig - Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten“, Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, S. 115, <https://www.hamburg.de/senatsthemen/koalitionsvertrag/>

¹³ CDU, FDP, SPD, Wir gestalten Sachsen-Anhalt. Stark. Modern. Krisenfest. Gerecht, Entwurf des Koalitionsvertrages, https://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/aktuell/2021/Entwurf_Koalitionsvertrag_2021.pdf

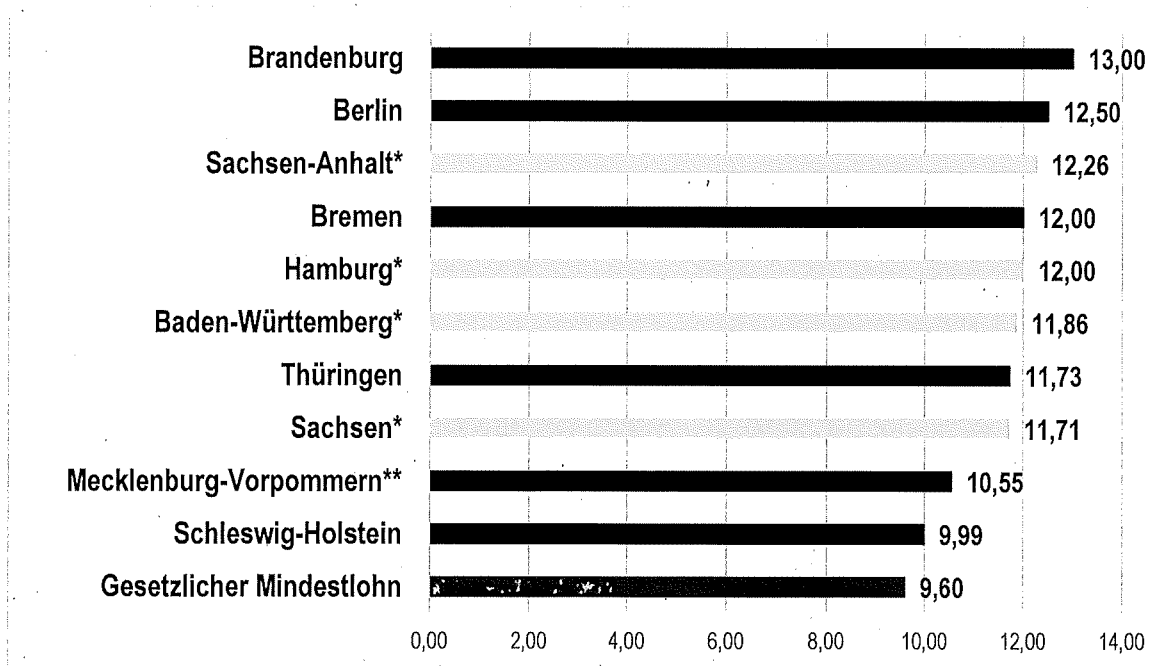
¹⁴ Thorsten Schulten, Vergabemindestlohn und Tariftreue in Brandenburg, WSI Policy Brief Nr. 49, Düsseldorf 2021, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007961.

¹⁵ „SPD macht Tariftreuegesetz zum Knackpunkt für Koalitionen“, Süddeutsche Zeitung vom 11.06.2021

Aktuell verfügen sechs Bundesländer (Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen) über einen eigenen Vergabemindestlohn oberhalb des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns (*Abbildung 1*). Die Werte der Vergabemindestlöhne schwanken dabei zwischen 9,99 Euro in Schleswig-Holstein und 13,00 Euro in Brandenburg. In Hamburg existiert ebenfalls ein Mindestlohn von 12 Euro, der jedoch bislang nur für Tarifbeschäftigte in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung gilt. Laut aktuellem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen soll jedoch in der laufenden Legislaturperiode ein vergabespezifischer Mindestlohn von 12,00 Euro eingeführt werden. Auch in Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sieht der aktuelle Koalitionsvertrag die Einführung eines Vergabemindestlohn vor, der sich an der untersten Entgeltgruppe E1 (Stufe 2) des Tarifvertrages der Länder (TV-L) orientieren soll. Diese entspricht einem Stundenlohn von 11,71 Euro in Sachsen und Sachsen-Anhalt bzw. 11,86 Euro in Baden-Württemberg. Da in Sachsen-Anhalt zusätzlich auch noch die im TV-L vorgesehenen Jahressonderzahlungen berücksichtigt werden sollen, erhöht sich der Referenzlohn auf 12,26 Euro pro Stunde.

Abbildung 2: Vergabespezifische Mindestlöhne in Deutschland

in Euro, pro Stunde



* nach den aktuellen Koalitionsverträgen, noch nicht umgesetzt

** ab dem 01.10.2021

Quelle: WSI-Tarifarchiv (Stand: 01.09.2021)

Der Vergabemindestlohn wird überall dort wirksam, wo Unternehmen bei der Durchführung öffentlicher Aufträge entweder keinem Tarifvertrag unterliegen oder an Tarifverträge gebunden sind, die in den untersten Lohngruppen nur sehr niedrige Werte festgelegt haben. Im Kern verfolgen die Regelungen zum Vergabemindestlohn zwei Ziele:

Zum einen geht es darum, **faire Wettbewerbsbedingungen** zu schaffen, indem verhindert wird, dass der Bieterwettbewerb um öffentliche Aufträge primär über die Lohnkosten ausgetragen wird. Mit dem Vergabemindestlohn soll dabei nicht nur der Lohnkostenwettbewerb zwischen den Bietern begrenzt, sondern auch der Anreiz für die öffentliche Hand gemindert werden, Leistungen aufgrund niedrigerer Lohnkosten in der Privatwirtschaft auszugliedern. Vor diesem Hintergrund haben einige Bundesländer die unterste Entgeltstufe des Tarifvertrages der Länder auch als Orientierungsmarke für den Vergabemindestlohn festgelegt.

Das zweite mit dem Vergabemindestlohn verbundene Ziel liegt in der **Förderung existenzsichernder Löhne**. Hierbei handelt es sich um ein Lohnniveau, dass Vollzeitbeschäftigten ein Einkommen ermöglicht, bei dem kein Anspruch mehr auf zusätzliche aufstockende Sozialleistungen besteht. Bei Single-Haushalten ist hier je nach örtlichen Wohnkosten ein Stundenlohn zwischen 9,00 und 13,00 Euro notwendig. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind erhöht sich der Bedarf auf einen Stundenlohn zwischen 12,00 und 16,00 Euro.¹⁶ Berücksichtigt man darüber hinaus, dass mit dem Lohn auch im Alter ein Rentenanspruch verbunden sein soll, der oberhalb der Grundsicherung liegt, so ist bei 40 Beitragsjahren mindestens ein Stundenlohn von 13,00 Euro notwendig.¹⁷

Da der allgemeine gesetzliche Mindestlohn mit derzeit 9,60 Euro pro Stunde deutlich zu niedrig ist, um existenzsichernde Löhne zu gewährleisten und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen, gehen immer mehr Bundesländer dazu über, eigene vergabespezifische Mindestlöhne einzuführen, die deutlich oberhalb der allgemeinen Lohnuntergrenze liegen. Das Thüringer Vergabegesetz bewegt sich auch in dieser Hinsicht im bundesweiten Trend.

¹⁶ Alexander Herzog-Stein, Malte Lübker, Toralf Pusch, Thorsten Schulten, Andrew Watt, Rudolf Zwiener, Fünf Jahre Mindestlohn - Erfahrungen und Perspektiven, WSI Policy Brief, Düsseldorf 2020, S. 13, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=8928

¹⁷ Ebd., S. 14

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag möchte (u.a.) sowohl die umfassenden Tariftreuregelungen als auch den vergabespezifischen Mindestlohn aus dem Thüringer Vergabegesetz herausstreichen. Als Begründung hierfür wird von der CDU angeführt, dass „bestehende Tarifverträge sowie die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 ... es nicht mehr erforderlich [machen], dass der Gesetzgeber im Thüringer Vergabegesetz in § 10 die Tariftreue und Entgeltgleichheit regelt.“¹⁸

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen bei der Tarifbindung und beim gesetzlichen Mindestlohn vermag diese Begründung jedoch nicht zu überzeugen. Zum einen ist die Verbreitung von Tarifverträgen in Thüringen bei nur noch 44% der Beschäftigten und 18% der Betriebe besonders gering. Dies bedeutete, dass in vielen Fällen tarifgebundene mit nicht-tarifgebundenen Unternehmen um öffentliche Aufträge konkurrieren. Die Tariftreuregelung im Thüringer Vergabegesetz zielt in diesem Fall darauf, gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Darüber hinaus will sie für nicht-tarifgebundene Unternehmen einen Anreiz schaffen, sich an bestehenden Branchentarifverträgen zu orientieren und diese letztendlich selbst zu übernehmen.

Der gesetzliche Mindestlohn ist hingegen aufgrund seines immer noch sehr niedrigen Niveaus weder in der Lage, existenzsichernde Löhne zu garantieren, noch eine rein lohnkostenbedingte Auslagerung öffentlicher Leistungen zu verhindern. Vor diesem Hintergrund haben sich nicht nur in Thüringen, sondern auch in vielen anderen Bundesländern vergabespezifische Mindestlöhne als ein wichtiges Instrument zur Förderung existenzsichernder Löhne und Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen etabliert.

Die in dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion vorgesehenen Maßnahmen weisen demnach eindeutig in die falsche Richtung und stellen sich gegen den Entwicklungstrend hin zu einem modernen Vergabegesetz, wie es in vielen anderen Bundesländern – zum Teil auch unter CDU geführten Landesregierungen – angestrebt wird.¹⁹

¹⁸ Fraktion der CDU, Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Drucksache 7/2209, S. 5f.

¹⁹ Die gleiche Kritik lässt sich auch an den Positionen der FDP-Fraktion formulieren, deren Änderungsantrag die von der CDU-Fraktion geforderte Abschaffung der Tariftreuregelung und des vergabespezifischen Mindestlohns im Thüringer Vergabegesetz nicht tangiert.

Reformperspektiven für das Thüringer Vergabegesetz

Das Thüringer Vergabegesetz in seiner Fassung vom 23. Januar 2020 entspricht mit seiner weitreichenden Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien den Anforderungen eines modernen Vergaberechtes, wie sie durch die europäischen und nationalen Vergaberichtlinien vorgegeben werden. Insbesondere mit seiner umfassenden Regelung zur Tariftreue hat das Thüringer Vergabegesetz auch bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Allerdings bestehen sowohl im Hinblick auf die Umsetzung als auch auf den Geltungsbereich des Gesetzes einige gravierende Defizite, die die Wirksamkeit des Gesetzes bislang erheblich einschränken und weiteren Reformbedarf deutlich machen.²⁰ Bei der Umsetzung des Gesetzes besteht das Problem vor allem darin, dass die zuständigen Ministerien bis heute keine Liste der in Thüringen als repräsentativ anzusehenden Tarifverträge vorgelegt haben. Ohne eine solche Liste haben die Vergabestellen in Thüringen jedoch kaum Anhaltspunkte, um bei der Durchführung öffentlicher Aufträge die Zahlung von Tariflöhnen einzufordern und zu überprüfen. Solange hier nicht klare und transparente Vorgaben formuliert werden und ein entsprechendes Informationsangebot zur Verfügung gestellt wird, läuft die Tariftreueregulation des Thüringer Vergabegesetzes weitgehend ins Leere.

Darüber hinaus besteht einer der größten Mängel des Thüringer Vergabegesetzes darin, dass sowohl die Regelungen zur Tariftreue als auch zum vergabespezifischen Mindestlohn lediglich für die öffentlichen Aufträge des Landes, nicht jedoch für die Aufträge der Kommunen gelten. Da erfahrungsgemäß jedoch bis zu zwei Drittel aller Vergaben auf kommunaler Ebene stattfinden²¹, wird auf diese Weise ein Großteil der öffentlichen Aufträge aus dem Geltungsbereich der Tariftreue- und Mindestlohnvorgaben ausgeschlossen. Um die Reichweite und Wirksamkeit des Thüringer Vergabegesetzes zu erhöhen, scheint es in jedem Fall geboten, den Geltungsbereich auch auf die Kommunen sowie alle weiteren öffentlichen Einrichtungen in Thüringen auszudehnen.

²⁰ Zu den Defiziten des Thüringer Vergabegesetzes s.a. Schulten et al. 2021 (FN 1) sowie Langhammer 2020 (FN 7).

²¹ OECD, Öffentliche Vergabe in Deutschland. Strategische Ansatzpunkte zum Wohl der Menschen und für wirtschaftliches Wachstum, Paris 2019

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Handwerksrat e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fischmarkt 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Gfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Handwerksrat e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13	Postleitzahl, Ort	99084 Gfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Handwerksrat e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13										
Postleitzahl, Ort	99084 Gfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Wahrnehmung der Belange und Interessen des Thüringer Handwerks</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>- Novellierung des Thüringer Vergabegesetz muss schnellstmöglich umgesetzt werden</i> <i>- Abbau der vergabefreundlichen Kriterien gefördert</i> <i>- Handwerk steht Frage der Tariffrage offen gegenüber, jedoch nicht im ThürVgG</i> <i>- Entlastungspotenzial im Vergabeprozess durch Verrückung, Anpassung + Optimierung der bürokratischen Prozesse</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 30.08.2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Zukunftsfähiges Thüringen e.V. Verein für Beschäftigungsallianz Thüringen</i></td> <td><i>Verein</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>C10 KOLVO Haus des Vereins</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Johannesstraße 2</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Zukunftsfähiges Thüringen e.V. Verein für Beschäftigungsallianz Thüringen</i>	<i>Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>C10 KOLVO Haus des Vereins</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Johannesstraße 2</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Zukunftsfähiges Thüringen e.V. Verein für Beschäftigungsallianz Thüringen</i>	<i>Verein</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>C10 KOLVO Haus des Vereins</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Johannesstraße 2</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Agenda 2030, nachhaltige Entwicklung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die in Gesetzgebung vorgeschlagenen Regelungen verschlechtern aus Sicht der Beschäftigten das bestehende Gesetz und werden vollumfänglich abgelehnt. Es werden Vorschläge für eine konstruktive Weiterentwicklung des Gesetzes auf Basis der früheren Stellungnahmen gemacht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.8.2017	

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2021 15:52

21529/2021



Zukunftsfähiges Thüringen e.V. • Schönbrunnstraße 8 • 99310 Arnstadt

Zukunftsfähiges Thüringen e.V.
Schönbrunnstraße 8
D-99310 Arnstadt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft

Jürgen Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

31.08.2021

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Drs. 7/2202

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/2475

Stellungnahme der Beschaffungsallianz Thüringen durch Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

vielen Dank für die erneute Beteiligung der Beschaffungsallianz Thüringen am
Anhörungsverfahren.

Zur Stellungnahme bzw. deren Verständnis möchte ich drei Punkte zur Erläuterung hier im
Anschieben voranstellen.

- Die Beschaffungsallianz ist ein großer Arbeitskreis überwiegend kommunaler Akteure. Als Träger/Geschäftsstelle für diesen AK ist es unser Bestreben, die Inhalte und Aufgaben und insbesondere diese Art von Stellungnahme in einem transparenten Prozess der Meinungsbildung zu erstellen. Wir sind der Ansicht, dass dies der Aussage so auch mehr Gewicht verleiht. Die Aufforderung erreichte die Geschäftsstelle in der Urlaubszeit und die Befassung hätte vollumfänglich in den Thüringer Sommerferien gelegen und eine Befassung zudem unter Corona-Bedingungen erfordert. Dies war nicht zu leisten. Wir würden uns sehr freuen, wenn künftige Anforderungen an Stellungnahmen hier auch Ferienzeiträume berücksichtigen würden.
- Als Träger/Geschäftsstelle des AK, der auch die früheren Stellungnahmen erarbeitet und zur Diskussion und Justierung in die Runde gegeben hat, sehen wir uns dennoch in der Lage die beigefügte Stellungnahme abzugeben. Zum einen, da sie als Anlagen die unverändert geltenden älteren Stellungnahmen beigefügt enthält. Zum anderen basiert sie im Wesentlichen auf dem Analogieschluss aus den älteren Stellungnahmen. Dies begründet sich wie folgt: Der Gesetzentwurf von CDU und der Änderungsantrag der FDP beabsichtigen die im geltenden Gesetz nur mühsam erreichten Regelungstatbestände

vollumfänglich zurückzunehmen. Dies ist früher und auch heute nicht die Intention der Thüringer Beschaffungsallianz. Der Gesetzentwurf wird daher in Gänze abgelehnt.

Der Gesetzentwurf und den Änderungsantrag samt der beigefügten Fragen konnte auf dieser Grundlage in einer verdichteten prägnanten Stellungnahme kommentiert und beantwortet werden.

- Ergänzt wurde dies, in den heutigen schnelllebigen Zeiten, um einen kurzen Überblick mit einigen aktuellen Programmen, Gesetzen und zentralen Entwicklungen, die die bekannte Argumentation der Beschaffungsallianz weiter untersetzen und stärken.

Es ist zu wünschen, dass die zentralen Punkte der Stellungnahme:

Soll-Bestimmung, Evaluation, Sanktionen, Schulung/Kompetenzzentrum

im weiteren Beratungsprozess Berücksichtigung finden werden.

Wir hoffen, mit dieser klaren Positionierung ein schlankeres, klareres und starkes Vergabegesetz konstruktiv voranzubringen. Sie sollte uns allen ermöglichen, noch rechtzeitig gemeinsam nachzujustieren.

Der Anstoß ist sicher aktuell noch einmal durch die kürzliche Veröffentlichung des Weltklimarats IPCC gegeben, der zum Handeln drängt. Die Position des Bundesverfassungsgerichtes gibt ebenfalls Anlass, auch im Vergabegesetz weiter vorausschauend zu agieren.

Gern stehe ich für Fragen und weitere Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage:
Stellungnahme 2021
und
Vorgänger-Stellungnahmen, Anschreiben und Vortrag 2018 bis 2019

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Drucksache 7/2209 – dazu Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/2475

Die Unterlagen zum Anhörungsverfahren sind mit Schreiben der Thüringer Landtagsverwaltung vom 19. Juli 2021 beim Träger der Thüringer Beschaffungsallianz ZukunftsFähiges Thüringen e.V. eingegangen. Da der Bearbeitungszeitraum vollumfänglich in den Thüringer Sommerferien liegt, waren eine Vorbereitung, Einberufung des Arbeitskreises „Faire und nachhaltige Beschaffung“ und umfängliche Abstimmung, wie dies bei früheren Stellungnahmen möglich war, nicht leistbar. Die Corona-Pandemie mit den erforderlichen Rahmenbedingungen kam zudem erschwerend hinzu.

Wird auf eine vertiefte Befassung dieses größeren Arbeitskreises (oder sicher auch anderer Arbeitskreise) wert gelegt, wäre es hilfreich, derartige Zeiträume künftig zu vermeiden.

ZukunftsFähiges Thüringen e.V. kann als Träger und Organisator der Beschaffungsallianz Thüringen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und dem Änderungsantrag der FDP dennoch auf Grundlage der umfänglichen früheren Stellungnahmen im Analogieschluss antworten. Die früheren Stellungnahmen der Beschaffungsallianz liegen als Anlagen diesem Dokument bei.

Der vorliegende Gesetzentwurf der CDU und der Änderungsantrag der FDP (da sich auf den Grundantrag der CDU beziehend), haben zusammenfassend formuliert zum Ziel, alle mit intensiver Diskussion im geltenden Vergabegesetz eingeführten Regelungen zurückzunehmen, ja vollständig zu streichen. Dies wird weder nachvollziehbar auf Datengrundlagen begründet, noch wird erkennbar, wie ein notwendiger Regelungsgehalt künftig aussehen soll. Der Gesetzentwurf wird daher **in Gänze abgelehnt**.

Nimmt man das von der CDU angeführte-Ziel der Klarheit und Vereinfachung auf, das die Beschaffungsallianz auch schon in den früheren Stellungnahmen begrüßt hat, wäre dieses genau andersherum zu erreichen:¹

- Eine klare Soll-Bestimmung zu ökologischen und sozialen Kriterien
 - Dies würde ggf. einige „Umständlichkeiten und Hilfsbrücken“ des bestehenden Gesetzes vereinfachen helfen

¹ Vgl. dazu ausführlich die Stellungnahme der Beschaffungsallianz von 2018/2019

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Drucksache 7/2209 – dazu Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/2475

- Evaluation der Gesetzesumsetzung und Abläufe
 - Daraus dann abgeleitet ggf. künftige Gesetzesverbesserungen. (Eine Evaluation zu Erfahrungen mit dem aktuellen Gesetz liegt nicht vor!)
- Schulung der Beschaffer:innen/ Einrichtung eines Kompetenzzentrums
 - Zentral in den früheren Stellungnahmen der Beschaffungssallianz war die Empfehlung, die Beschaffer:innen umfassend zur rechtssicheren Umsetzung von sozial und ökologisch ausgerichteten Vergaben zu schulen. Dies umfasst sowohl Schulungsangebote des Landes für die eigenen Bediensteten als insbesondere auch Schulungsangebote für Kommunen bzw. der kommunalen Spitzenverbände.
- Kontrollen und Sanktionen
 - Zur Schulung tritt parallel die Einrichtung einer Kontroll- bzw. Clearingstelle hinzu und auch das im Gesetz angelegte Instrument der Sanktionen ist umzusetzen. Dies ist bisher nicht erfolgt.

Fazit

Aktualisierung/Ergänzung der grundsätzlichen Einschätzung von 2018/2019:

Die 2018/2019 von der Beschaffungssallianz eingebrachten generelleren Punkte und Einschätzungen zur allgemeinen Entwicklung haben sich seitdem weiter präzisiert und bestätigt.

Ein klares und effektives Vergabegesetz (Soll- Bestimmungen) und die aktive Unterstützung von Landeseinrichtungen und Kommunen (Einrichtung Kompetenzzentrum), sind aus Sicht der Beschaffungssallianz ein zentraler Bestandteil, um die Lebensgrundlagen zu erhalten und auch den Wirtschaftsstandort Thüringen resilient und zukunftsfähig aufzustellen.

Eine Entkernung und Schwächung des Vergabegesetzes führt aus Sicht der Beschaffungssallianz schon mittelfristig zu einer Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Thüringen. Das Volumen der Beschaffung der öffentlichen Hand sozial und ökologisch nachhaltig einzusetzen, ist ein zentraler Gestaltungsimpuls, auf den für eine gelingende gesellschaftliche Transformation in Thüringen aber auch in globaler Perspektive nicht verzichtet werden kann.

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Drucksache 7/2209 – dazu Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/2475

Das Klimagesetz Thüringen, das Lieferkettengesetz auf Bundesebene, der europäische Green Deal, die 2. Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018 und das angepasste Indikatorenset 2020, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2021 (mit insbesondere den neuen sechs Transformationsbereichen), die neue Leipzigcharta der Kommunen 2021, aber auch die Stellungnahmen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zu Kommunen bzw. zusammen mit der Wissenschaftsakademie Leopoldina untermauern, in jeweils ihren Kontexten, klar die von der Beschaffungsallianzen oben vertretene Zielrichtung.

Dies bestätigt auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Frühjahr, das eine Nachjustierung der Bundesregierung im Klimagesetz erforderte. Der neue IPCC Weltklimabericht und die Studien zum globalen Biodiversitätsverlust sowie die Corona-Pandemie seien zur Verdeutlichung des Komplexcharakters aufgeführt. So führt die Corona-Pandemie bereits in der Wirtschaft zu einem Umdenken zu Produktionsstandorten und Lieferketten.

Auch die in der laufenden Legislatur begonnenen Anhörungen zu einer umfassenden Verfassungsreform seien abschließend hier bewusst aufgeführt. Den Medien zu entnehmen war, dass vor den Sommerferien 2021 eine Einigung zu fünf von sechs Themen gelungen ist, u.a. für das Thema Nachhaltigkeit. Nicht geeint werden konnte das Thema Ausstattung der kommunalen Finanzen. Wenn hierzu in den nächsten Monaten noch eine Verständigung und ein Beschluss im Landtag erfolgen, so wäre zum einen eine sinnvolle Verfassungsmodernisierung gelungen, zum anderen würden dann gesetzliche und untergesetzliche Regelungen zu beraten und im Parlament zu beschließen sein, die diese Verfassungsziele in die Umsetzung bringen.

Bitte

Vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Sachverhalte bittet die Beschaffungsallianzen, den Gesetzesentwurf und den Änderungsantrag zurückzuziehen und nach einer Evaluation der bestehenden Regelungen und unter Einbeziehung der angeführten aktuellen Entwicklungen parteiübergreifend einen mehrheitsfähigen Antrag einzureichen. Dies wäre ein zentraler Baustein einer resilienten zukunftsfähigen Entwicklung Thüringens und auch der Thüringer Wirtschaft.

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Der mit Schreiben des TMWWDG vom 20.09.2018 übermittelte Link zur Fassung des Gesetzentwurfs zur Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes enthält sowohl den Wortlaut des Entwurfs selbst, als auch die Begründung, die sowohl Grundsätzliches, eine Erfüllungsaufwandseinschätzung als auch die einzelnen Änderungen mit einer Erläuterung bzw. Begründung (61 S.) auflistet. Wir waren im Rahmen des Anhörungsverfahrens (Anhörung der Verbände) angefragt uns zum übermittelten Gesetzentwurf zu äußern und möchten hiermit die Möglichkeit wahrnehmen.

Intention und Notwendigkeit der Gesetzesnovellierung werden hinreichend beschrieben und ergeben sich insbesondere aus den Anpassungserfordernissen an EU- und Bundesrecht, die nach Inkrafttreten des ThürVgG von 2011 in den Jahren 2014 (EG-Richtlinien) und 2016 (GWB und VgV) umfangreich novelliert wurden. Ebenso wird die im Jahr 2017 bundesrechtlich verabschiedete Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) durch Überführung in Landesrecht berücksichtigt sowie damit auch die Voraussetzungen zur Umsetzung der s.g. E-Vergabe (Umfassende Digitalisierung der Vergaben) geschaffen.

Diesen vg. geänderten äußeren rechtlichen Rahmenbedingungen geschuldet, ist die Notwendigkeit zur Änderung des ThürVgG zwingend gegeben.

Wir begrüßen ausdrücklich die vorgesehenen Anpassungen hinsichtlich:

- Integration der **UVgO** in Landesrecht
- der Einführung des **Bestbieterprinzips** für die Erklärungen (mit Anmerkung ¹) und Nachweise nach ThürVgG
- dem **Verzicht auf mehrfache Vorlage** von Eignungsnachweisen innerhalb von 12 Monaten vor Ablauf der Angebotsfrist bei demselben Auftraggeber
- der verbindlichen **Einführung der E-Vergabe** (gemäß § 7 UVgO) auch im Unterschwellenbereich ab 2020
- dem **Wegfall der doppelten Veröffentlichungspflicht** für die Ausschreibungen (Staatsanzeiger entfällt zugunsten der zentralen Landesplattform)
- stärkere **Berücksichtigung des Lebenszyklusprinzips** bei Beschaffungen von Investitionen (> 1000 Euro) als -so zu lesende- Hinwirkungspflicht bei „geeigneten Fällen“- neu aufgenommener Absatz 1 des § 4 (mit Anmerkungen ^{2,3})
- die **Ergänzung um beispielhaft in Betracht kommende ökologische und soziale Belange** im neu aufgenommenen Absatz 3 des § 4

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Anmerkungen zu Seite 1:

(¹) hinsichtlich der Zulässigkeit von s.g. Eigenerklärungen zum Nachweis gemäß § 11 ThürVgG (bisher über entsprechendes Formblatt „... zur Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen ...“ möglich), bestehen andere Auffassungen (s. unser Punkt 5) – die grundsätzliche Zustimmung zum Bestbieterprinzip wird jedoch nicht beeinträchtigt.

(²) als unklar empfinden wir hierbei den offenen Begriff von „geeigneten Fällen“ und würden gern eine Erläuterung finden bzw. den Verweis, wo dieses näher definiert wird (Verwaltungsvorschrift(?)) – in der Begründung (S. 44) das „...Bemühen zu prüfen“ könnte eher eine „Flexibilität“ wahrgenommen werden, die viel Spielraum für eine NICHT-Berücksichtigung lässt. Um dies zu vermeiden empfehlen wir eine deklaratorische Fassung, die möglichst wenig Ausnahmen zulässt.

(³) auf die Berücksichtigung von **Lebenszykluskosten** sollte nicht nur (wie vorgesehen) bei den Investitionsgütern hingewirkt werden, sondern **diese gänzlich zur Bewertung des wirtschaftlichsten Angebotes herangezogen werden**. Das lässt sich durch Änderung des § 8 erwirken (s. unser Punkt 3) – die grundsätzliche Zustimmung zur Erweiterung des §4 (1) wäre jedoch nicht beeinträchtigt.

Neben der prinzipiellen Zustimmung zu den vorgenannten Positionen halten wir jedoch wesentliche Punkte des vorgestellten Gesetzentwurfs noch für unzureichend, ggf. fehlleitend und deshalb nicht geeignet die auch mit der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie vom August 2018 beabsichtigte erforderliche strategische Wirkung zu erzielen.

Die Umsetzung des politischen Willens zu maßgeblichen Änderungen, wie sie auch konkret im „Agenda 2030“-Beschluss des Thüringer Landtags vom 9.12.2016 formuliert sind, wird in der daraus gebotenen Konsequenz vermisst.

Der vorgenannte Landtagsbeschluss erhält aktuell durch den Bericht des Weltklimarates (IPCC) vom 8.10.2018 besondere Bedeutung und bestätigt die bereits Ende 2016 durch den Landtag eingeschlagene Richtung. In seiner Brisanz, die zum Wandel drängt, stellt er die unbedingte und sofortige Notwendigkeit zur Veränderung und zum aktiven und konsistenten Handeln heraus!

Im Gesamtzusammenhang einer konsistenten Thüringer Gesetzgebung möchten wir deshalb die Frage rechtzeitig aufbringen, ob die vorliegende Fassung des Gesetzentwurfs des ThürVgG nicht auch gegen den im Januar 2018 veröffentlichten Gesetzentwurf des Thüringer Klimaschutzgesetzes (ThürKlimaG), der in den Ressorts bekannt und abgestimmt ist, verstößt.

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Insbesondere würde nach unserer Einschätzung dem deklaratorischen Gebot aus § 2 (5) ThürKlimaG (Entwurf): „Die Landesregierung hat die Ziele dieses Gesetzes als Querschnittsziele in allen Bereichen der Landespolitik zu berücksichtigen.“ nicht hinreichend Rechnung getragen. Dem nächsten Satz: „Sie trägt dafür Sorge, dass administrative Regelungen entsprechend der Ziele dieses Gesetzes möglichst angepasst und fortentwickelt werden.“ würde damit nicht gefolgt und nach unserer Einschätzung mit der fakultativen Regelung im § 4 nicht ausreichend entsprochen werden.

Im vorgenannten Kontext erscheint es damit aus unserer Sicht fraglich, ob das parlamentarische Abstimmungsverfahren zum ThürVgG so überhaupt Erfolg haben kann.

Einige **strategische Faktoren** (z.B. Lebenszykluskosten, Kontrollmechanismen und Evaluierungsgrundlagen) werden u.E. nach nicht ausreichend berücksichtigt.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Geplante Beibehaltung der fakultativen Regelungen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien (§ 4 (2) ThürVgG)

Der Neufassung der Überschrift (Umweltverträgliche Beschaffung, Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien), der Hinzufügung des neuen Absatzes (1) und dem Katalog beispielhaft in Betracht kommender ökologischer und sozialer Kriterien Absatz (3) halten wir vorbehaltlich der zuvor gemachten Anmerkung ⁽²⁾ – m.d.B. um Klarstellung zur gewollten Begrifflichkeit und Auslegung – für sinnvoll.

Die geplante Beibehaltung des § 4 Absatz 2 in seiner Formulierung der fakultativen Nutzung von ökologischen und sozialen Belangen auf allen Stufen des Vergabeverfahrens, halten wir nicht für zielführend und begründen dies wie folgt.

Den „**Agenda 2030**“-Beschluss des Thüringer Landtags vom 9.12.2016 hier in Auszügen und im Kontext der Empfehlungen des Weltklimarats vom Oktober 2018 vorangestellt:

„Der Freistaat Thüringen wird sich regional sowie länderübergreifend und auf der Ebene der europäischen Regionen für eine breite Unterstützung der Agenda 2030 einsetzen.“

„Der Landtag ersucht die Landesregierung in diesem Sinne, die Erarbeitung konkreter Maßnahmen und geeigneter Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu forcieren und..“

Es ist zu prüfen, ob die „... Konzentration Thüringens auf die sogenannten "Big Five" (die fünf wichtigsten Politikfelder) der 17 SDG sinnvoll ist. Diese stellen für Industrieländer die größten Herausforderungen und Chancen dar, um einen Paradigmenwechsel einzuleiten (Klimawandel, Energie, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, Meeres- und Küstenschutz, Reduzierung von Ungleichheiten).

Faire und nachhaltige Beschaffung und Eine-Welt-Zusammenarbeit sollen gestärkt

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

werden, wobei hierfür das Thüringer Vergabegesetz und Zielvorgaben zu einer nachhaltigen Beschaffung des Landes fortgeschrieben werden. Der Arbeitskreis nachhaltige und faire Beschaffung in Thüringen wird neu belebt.“

Diese Beschlusslage meint nach unserem Verständnis NICHT eine „behutsame“ Änderung des Thüringer Vergabegesetzes.

Die großen notwendigen Veränderungen im globalen Maßstab (wie der IPCC-Bericht vom 8. Oktober darstellt) müssen auch im lokalen und konkreten (über die SDG's) in Thüringen schnell, zielführend und substantiell umgesetzt werden.

Wir sind der Meinung, dass mit dem Beschluss vom Dezember 2016 eine Basis gelegt wurde, um die formulierten anspruchsvollen Ziele in der öffentlichen Beschaffung erreichen zu können. Durch die erhebliche Marktmacht der öffentlichen Auftraggeber soll und kann durch die Umsetzung nachhaltiger Beschaffung eine Vorbildwirkung in und für Thüringen erreicht werden.

Diese Chance einer strategischen Weichenstellung und aktuell gebotenen Handlungsnotwendigkeit durch Verankerung im Gesetz hat die R2G-Regierungskoalition. Es wäre aus unserer Sicht fatal und eine falsche Signalwirkung, wenn der Gesetzgeber hier nicht strategisch gestaltet und Einfluss auf die nachhaltige Verwendung der im Landeshaushalt verfügbaren Mittel (die ja Steuereinnahmen der Thüringer sind) nimmt. Die Klimaziele müssen erreicht, ein fairer und gerechter Welthandel kann und muss gestaltet werden. Nach unserer Einschätzung aufgrund der Arbeit vor Ort ist in immer größeren Teilen Kommune, Zivilgesellschaft und Wirtschaft hier vom Verständnis und wollen weiter, als Bundes- oder Landespolitik wahrnimmt. Dies heißt allerdings noch nicht, dass die Umsetzung ohne weitere Rahmenbedingungen, Regelungen, Schulungen usw. (siehe an anderer Stelle) dann auch bereits in ausreichendem Maße geschieht bzw. geschehen kann. Hier kommt dem Land Thüringen seine gestaltende Aufgabe zu. Diese Chance sollte aus unserer Sicht eine in Regierungsverantwortung befindliche R2G-Koalition aktiv nutzen.

Positiv formuliert, verweisen wir auf die Notwendigkeit der verpflichtenden Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien in allen Stufen des Vergabeverfahrens und schlagen eine verbindliche Vorgabe („soll“) im § 4 (2) und nachfolgenden §§ 5 und 6 zur Änderung vor.

Wesentliche Gründe liegen in der strategischen -politisch aus unserer Wahrnehmung so gewollten- Aufstellung Thüringens für eine nachhaltige Beschaffung, für einen Schritt zur Erreichung der Agenda 2030-Zielstellung, für einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und CO₂-Reduzierung und schließlich in der Umsetzung des SDG 12 „für nachhaltigen Konsum

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

und Produktion zu sorgen". Die Einhaltung des ThürKlimaG (Entwurf) wäre zwingend zu prüfen und unserer Auffassung nach auch nur so zu erreichen (s. unser Punkt 10).

Im Evaluierungsgutachten (Stand 2016*) wird das Vorhandensein verpflichtender Vorgaben von ökologischen und sozialen Kriterien im Bundesvergleich belegt.

Bei den ökologischen Aspekten: 6 Bundesländer (BL) haben verpflichtende Regelungen im Gesetz, 3 weitere BL haben verpflichtende Regelungen in Verwaltungsvorschriften und nur 5 BL haben fakultative Regelungen + 1 BL keine;

Bei den sozialen Aspekten: Gelten in 11 BL verbindliche Regelungen zur Hinwirkungspflicht im Gesetz, 2 BL regeln das in Verwaltungsvorschriften verbindlich, 2 BL gestalten das fakultativ und 2 BL treffen keine Regelungen.

** die vg. Zahlen von 2016 (lt. Gutachten) reduzieren sich jeweils um 1 BL (NRW) in Folge der dort geänderten Regierungskoalition und aktuellen Gesetzgebung.*

Thüringen würde somit keinen „Exot“ im Bundesvergleich darstellen, wenn es verbindliche Vorgaben machen würde!

Eine ausführliche Ausarbeitung, insbesondere zu diesem Punkt, wurde vom Thüringer Arbeitskreis „Faire und nachhaltige Beschaffung“ im März 2017 erstellt und liegt dem TMWWDG vor.

Im Zusammenhang mit der Argumentation für eine verpflichtende Anwendung von ökologischen und sozialen Vergabekriterien möchten wir auf unsere **Umfrage bei den Thüringer Kommunen von diesem Jahr** (im Zeitraum vom April bis August durchgeführt) verweisen (s.a. unser Pressemitteilung vom 14.09.2018 / die Umfrageergebnisse sind auf der Projektwebseite www.nachhaltige-beschaffung-thueringen.de veröffentlicht), die einen aus unserer Sicht **erheblichen Nachholbedarf bei nachhaltiger Beschaffung** belegt.

Fast 60 % der teilnehmenden Kommunen haben noch nie ökologische bzw. soziale Kriterien bei einer Beschaffung berücksichtigt.

Das bestätigt die unzureichende Wirkung der seit 2011 bestehenden „kann“-Regelung im Gesetz. Von einer Annahme, dass die derzeitige (und weiter so geplante) Gesetzeslage als „Selbstläufer“ bei den öffentlichen Auftraggebern zu einem Umsteuern zu mehr Nachhaltigkeit führt, kann somit nicht ausgegangen werden.

Eine fakultative Regelung halten wir daher für nicht zielführend!

Beispielhaft möge man sich vielleicht vorstellen, wenn wir in Deutschland die Arbeitsschutzgesetzgebung fakultativ ausgestaltet hätten. Hier steht das Wohl des Menschen im Mittelpunkt – eine Diskussion darüber führt keiner – berechtigt!
Bei den öffentlichen Vergaben, mit Steuermitteln, zu Wohle unserer Gesellschaft, zum Schutz

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

der Ressourcen sowie der sozial-verträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen, sollten wir an dieser Stelle auch keine andere Messlatte zulassen.

Abschließend zu Punkt 1 möchten wir positiv auf die nicht unerheblichen ökonomischen Einsparungspotentiale verweisen, die dann eine Neuberechnung der Erfüllungsaufwendungen (im Sinne einer Reduzierung) nach sich ziehen sollte.

Auf Grund der in Berlin seit 2012 verbindlichen Gesetzeslage wurde eine Studie vom Öko-Institut in 2015 bezogen auf 15 Produktgruppen durchgeführt, welche die Einsparpotentiale, die durch Umsetzung des Vergabegesetzes entstehen, untersucht hat.

Bei einem Haushaltsvolumen von ca. 5 Mrd. € in Berlin belaufen sich diese Einsparungen (Einsparungen abzgl. Mehrkosten) auf 38 Mill. € pro Jahr. Die Studie mit den analysierten Produktgruppen liegt öffentlich vor (Studie Öko-Institut, Berlin https://www.berlin.de/senuvk/service/gesetzestexte/de/download/Endbericht_SenVBerlin_Umweltentlastung_final.pdf).

2. Geplante Änderung zu § 13 – sg. „Bonusregelung“

„Berücksichtigung von sozialen oder ökologischen Maßnahmen bei gleichwertigen Angeboten“

„Die Entscheidung über den Zuschlag auf ein Angebot ist bei sonst gleichwertigen Angeboten Derartige Maßnahmen können insbesondere sein:

- 1. die bestehende Tarifbindung,*
- 2. bis 6. Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz oder anderer ökologischer Ziele. ...*

Zunächst bleibt unsererseits positiv festzuhalten, dass die Ergänzungen richtig und exemplarisch vorgenommen worden sind. Das ist gut so und wir begrüßen diese Form der Erweiterung, da durch die Formulierung „insbesondere“ kein Abschluss vorgenommen und Spielraum für Ergänzungen gelassen wird. Das wird auf Seite 55 der Begründung auch so beschrieben. Die Absätze 2 und 3 entfallen.

Vergegenwärtigt man sich jedoch die im Gesetzesvorschlag vorgehende und vorgesehene fakultative Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien (§ 4) – geht diese „Stellschraube“ vermutlich regelmäßig ins Leere – sie greift nicht, wenn die Kriterien über die „mit der Auftragsleistung berücksichtigten ökologischen und sozialen Kriterien hinaus“ nicht schon vorher eingefordert worden sind. Das ist rechtlich notwendig – und auch richtig in der Begründung S. 55 beschrieben, Zitat: „als Anforderung an die Bieter für die Zuschlagserteilung beim Vorliegen sonstiger gleichwertiger Angebote zu stellen. ... sind in den Vergabeunterlagen anzugeben.“

**Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes
(ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht**

D.h. im Klartext: diese Konstellation kommt in der Praxis selten vor, wenn nur fakultativ (also eher keine) ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt worden sind - und wirkt u.E. nach nur als Gesetz"verschärfung" ohne tatsächliche Wirkung.

3. Änderung § 8 Satz 2

„Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis“

In den Ausführungen zur Begründung aus S. 46 findet sich u.a. „auch weiterhin kann wie bisher der Zuschlag allein auf das preislich günstigste Angebot erteilt werden.“ – ist das zielführend? Weiter wird auf „eine sprachliche Anpassung an die diesbezüglich geltenden vergaberechtlichen Bestimmungen des GWB, VO, VOB und UVgO“ verwiesen. Das stimmt, ist aber nur in Ansätzen umgesetzt. Die Übernahme des Gesetzestextes -lt. Begründung- wäre „entbehrlich“. Wir empfehlen eine inhaltliche Betrachtung und verantwortliche Ergänzung, die möglich ist.

In Anwendung der UVgO wäre gemäß § 43 Absatz 4 in Übernahme der entsprechenden §§ der VgV die Berechnung von Lebenszykluskosten anwendbar!

Wir finden in Zeiten der notwendigen ganzheitlichen Betrachtungsweise ist eine Verpflichtung innerhalb des Gesetzes zur Einbeziehung von Lebenszykluskosten bei der Berechnung des „wirtschaftlichsten Angebotes“ zwingend geboten!“

Wir schlagen daher eine entsprechende Ergänzung und Klarstellung zur verpflichtenden Berücksichtigung von Lebenszykluskosten innerhalb des ThürVgG vor! (s.a. unser Vorschlag zu Punkt 1 und der dortige Quellenverweis zum Gesetzentwurf des Thüringer Arbeitskreises „Faire und nachhaltige Beschaffung“ vom März 2017).

Die Formulierung könnte dann in folgende Richtung gehen:

„Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses, wobei die Kosten über die Einbeziehung von Lebenszykluskosten berechnet werden. Neben dem Preis bzw. Kosten sind auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Zuschlagskriterien zu berücksichtigen.“

4. Änderungen im § 10 „Tariftreue, Mindestentgelt und Entgeltgleichheit“

Auf Grund der Einigung bzgl. des vergabespezifischen Mindestlohns, die wir ausdrücklich begrüßen, werden wir dazu keine explizite Stellungnahme abgeben.

Lediglich der Hinweis auf die in Berlin angestrebte Regelung sei gestattet. Dort ist im Zuge der Novellierung vorgesehen, die Anbindung an die unterste Tarifgruppe des öffentlichen Dienstes gesetzlich zu verankern. Damit würde die erforderliche Anpassungsproblematik entfallen.

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

5. § 12a Verfahrensanforderungen zu den Erklärungen, Bestbieterprinzip

Wie eingangs schon dargelegt, begrüßen wir die Einführung des Bestbieterprinzips zur deutlichen Reduzierung des Aufwandes auf beiden Seiten (Bieter und Auftraggeber). Wir möchten darauf hinweisen, dass wir die übliche Praxis von s.g. „Eigenerklärungen“ der Bieter, die seitens der Auftraggeber nicht prüfbar sind, als zweit- bzw. nachrangige Nachweise stellen möchten. Vorrang sollen unabhängige und im sozialen Bereich übliche Gütezeichen und Mitgliedschaften bekommen. Eine entsprechende Umsetzung muss in der Verwaltungsvorschrift und den veröffentlichten Anlagen/Formblättern zum ThürVgG erfolgen.

6. Kontrollen

§ 17 wird vom Gesetzentwurf lediglich formal um die Rechtsnorm der Datenschutz-Grundverordnung ergänzt.

Wenn unseren Vorschlägen zu Punkt 1 (der verbindlichen Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien) gefolgt wird, sollte eine entsprechende Ergänzung um Kontrollpflichten sowie der Aufbau einer Beratungs- und Prüfstelle im Gesetz verankert werden!

Ausführliche Ausführungen zur Umsetzung finden sich in dem Vorschlag zur Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes vom Arbeitskreis „Faire und nachhaltige Beschaffung“ vom März 2017. Die dort im §16 „Kontrollen und Prüfstelle“ vorgeschlagenen Formulierungen würden wir einbringen wollen.

Auch hier sind Erfahrungen aus Berlin nutzbar, die mit dem Aufbau und Wirken der Kontrollgruppe gemacht wurden. Deren Rechte sollen bei der geplanten Novellierung ausbauen werden.

7. Änderung § 20 Evaluierung

Bei detaillierter Betrachtung der vom TMWWDG bei Vorlage des Gesetzentwurfs mit veröffentlichten Kostenberechnungen (wir verweisen u.a. auf den Ausweis zu §13 auf S. 35 – hier wird ein Mehraufwand von 161 TEuro „berechnet“ – also angenommen, wenn von den Vergabeverfahren nur 10% zusätzliche Vorgaben bzgl. der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien machen würden). Diese Annahme ist nicht belegbar. Hier wird eine weitere wesentliche Lücke des Gesetzentwurfs sichtbar:

Plausibilität und bewertbares Zahlenmaterial zur Umsetzung von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Beschaffung fehlen!

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Der im Zusammenhang mit der im **§ 20 vorgeschlagenen Evaluierung alle 8 Jahre**, zumal mit der Begründung um „der Praxis ein Signal der Beständigkeit zu geben“ – so auf S. 59 – also erst nach 8 Jahren (auf wiederum keiner belastbaren Datenmenge) eine Evaluierung durchzuführen **empfehlen wir nicht zu folgen. Der Zeitraum sollte deutlich – auf mind. 4 Jahre gekürzt werden** (vgl. auch Vergabebericht von Berlin, der alle 2 Jahre erstellt wird) und die Einbeziehung der verwendeten Vergabekriterien ins Berichtswesen vorgegeben werden – es bietet sich u.a. die E-Vergabe (als probates Mittel zum Zweck) ohne erhöhten bürokratischen Aufwand förmlich an.

8. Ergänzung § 2 um Satz 2

Innerhalb des vorgestellten Gesetzentwurfs möchten wir noch einmal kurz zum Anfang zurückkommen. Der § 2 wird hier um den Satz 2 ergänzt:

„Die Auftraggeber stellen sicher, dass die mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befassten Mitarbeiter über angemessene Kenntnisse im Vergaberecht verfügen.“

In der diesbezüglichen Begründung heißt es:

*Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 2 ist **deklaratorischer Rechtsnatur**. Die Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes hat ergeben, dass die überwiegende Mehrheit der auf Seiten der Vergabestellen mit der Auftragsvergabe befassten Mitarbeiter nicht explizit für die Durchführung von Vergabeverfahren ausgebildet ist. Der Hinweis auf die Sicherstellung eines angemessenen Ausbildungsniveaus bringt die Notwendigkeit der Professionalisierung der Auftragsvergabe im Hinblick auf ihre zunehmende Komplexität und eine stärker strategisch ausgerichtete Beschaffung zum Ausdruck.*

Dies trifft bereits vollumfänglich aus unserer Sicht den Kern des Problems. Belegt wird das u.a.a. durch die Ergebnisse unserer Umfrage zu nachhaltiger Beschaffung in Thüringer Kommunen, der Analyse von Hinderungsgründen für mehr nachhaltige Beschaffung sowie dem ermittelten Schulungsbedarf.

Damit beschreibt die Landesregierung selbst, dass hier in den vergangenen Jahren sehr wenig für die Schulung der mit der Vergabe befassten Mitarbeiter getan worden ist. Warum nicht gleich richtig schulen und die nachhaltige Vergabe zum Thema der notwendigen Schulungen machen? – Das wäre eine strategisch richtige Entscheidung, die wir begrüßen würden!

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Dennoch bleibt die Frage unserer Meinung nach offen:

Wie wird die Umsetzung der notwendigen Schulungen gewährleistet?

Fehlen Schulungsprogramme, die Mittel in der Haushaltsplanung?

Der Gesetzentwurf hinterlässt diesbezüglich Regelungslücken.

9. Verweis auf externe Kosten

Abschließend möchten wir **auf Kosten der Transformation**, die zu einem späteren Zeitpunkt von der Gesellschaft übernommen werden müssen, hinweisen.

Diese s.g. externen Kosten sind zwar nicht bezifferbar, aber die Zusammenhänge und die Sachverhalte (Folge- und ausgelagerte Kosten durch Umweltschäden in den Produktionsländern, Klimawandel, Ausbeutung, Kinderarbeit, Fluchtursachen) sollten mittlerweile unstrittig sein.

Die Schlussfolgerung lautet: Diese Folgen sind in hohem Maße auch von den Kommunen zu tragen - hier braucht es die Lenkung durch den Landesgesetzgeber!

Auch in diesem globalen Kontext sehen wir die Thüringer Regierung in der Pflicht an den möglichen Stellschrauben, konkret bei der Novellierung des ThürVgG, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung (s.a. folgender Punkt 10) nachzukommen.

10. Thüringer Gesetzgebung

Das im parlamentarischen Abstimmungsverfahren befindliche Thüringer Klimaschutzgesetz (ThürKlimaG) dürfte unserer Auffassung nach Auswirkungen auf den vorliegenden Entwurf entfalten. Wir regen eine Prüfung dieses Sachverhaltes an, da wir den vorliegenden Gesetzentwurf des ThürVgG in Bezug auf § 2(5) des ThürKlimaG (Entwurf) - Verpflichtung zur Erreichung der Zielstellungen des Klimaschutzgesetzes - nicht umgesetzt sehen. Das betrifft insbesondere die Regelungen zum § 4. Ein Verstoß gegen das Gebot im ThürKlimaG (das demnächst in die parlamentarische Abstimmung gelangen wird) könnte die Einbringbarkeit des ThürVgG in der vorliegenden Fassung verhindern.

Aktueller Schluss: Nachhaltigkeit rückt in den Fokus der Rechnungshöfe

Als Ergebnis ihrer Beratungen auf der Präsidentenkonferenz am 15/16. Oktober 2018 verabschiedeten die Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder die Bonner Erklärung zur Nachhaltigkeit. Darin geht es um einen Beitrag der Rechnungshöfe für das Gelingen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen in Deutschland. „Nachhaltigkeit ist im Grunde schon in der Maßstabsgenetik von Rechnungshöfen angelegt.“

Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) - im Rahmen des Anhörungsverfahrens am 19.10.2018 an das TMWWDG eingereicht

Als gesamtstaatliche Aufgabe erfordert Nachhaltigkeit ein gemeinsames Engagement von Bund, Ländern und Kommunen. Staatliches Handeln heute soll eben nicht auf Kosten anderer öffentlicher Güter oder künftiger Generationen gehen“, sagte der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz und Präsident des Bundesrechnungshofes, Kay Scheller.

Pressemitteilung und Erklärung finden sich hier:

<https://www.bundesrechnungshof.de/de/zusammenarbeit/landesrechnungshoefe/praesident-enkonferenz-in-bonn-15-16-oktober-2018>

<https://www.bundesrechnungshof.de/de/zusammenarbeit/landesrechnungshoefe/bonner-erklaerung-zur-nachhaltigkeit>

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Thüringer Landtags, zunächst möchte ich mich für die Gelegenheit bedanken, die Auffassung der Thüringer Beschaffungsallianz bzw. des Zukunftsfähigen Thüringen e.V. (ZTh) zu den Gesetzesentwürfen in die Anhörung einbringen zu können.

Ich hätte dies sehr gern zusammen mit dem Projektleiter der Thüringer Beschaffungsallianz und des Arbeitskreises Knut König getan, leider ist er schwer erkrankt.

Ich möchte ihm an dieser Stelle für die intensive Arbeit gerade auch zum Thüringer Vergabegesetz danken und gute Besserung wünschen.

Etwaige Fehlinterpretationen heute gehen damit auf mich zurück.

2 Vorbemerkungen:

1. Eine umfangreiche und detaillierte Stellungnahme der Thüringer Beschaffungsallianz zum Gesetzentwurf der Landesregierung liegt vor.

Viele der Fragen in Fragenblock 2 zum Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 6/6682 wurden dort bereits direkt oder indirekt beantwortet.

2. Der Arbeitskreis der Thüringer Beschaffungsallianz konnte im gegebenen Zeitrahmen seit 1. April 2019 den Gesetzentwurf der CDU in Drucksache 6/3076 und zugehörigen Fragenkatalog nicht behandeln.

Im Analogieschluss aus der Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung ergeben sich jedoch auch hier eindeutige Antworten.

In Kürze: Die Thüringer Beschaffungsallianz hat aktiv für eine klare Soll-Bestimmung für die Prüfung sozialer und ökologischer Kriterien, wie in anderen Bundesländern bereits eingeführt, geworben und in diesem Sinne einen eigenen schlüssigen Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Regelungen im Gesetzentwurf der Landesregierung sind hierzu ein Kompromiss, der Entwurf der CDU bleibt dahinter zurück. In diesem Sinne entspricht der Entwurf der CDU nicht den Zielen und dem Verständnis des Arbeitskreises.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird, als der aktuell wohl erreichbare Kompromiss, unterstützt

Argumentieren möchten wir allerdings auch im laufenden Gesetzgebungsverfahren weiter dafür, dass nach den Ausführungen aller Anzuhörenden doch noch die Soll-Bestimmung und die daraus folgenden Weiterungen für die konkrete Textfassung mehrheitsfähig werden.

Um dies mit Gewicht in die anschließende Diskussion der Abgeordneten einzuführen, möchte ich darauf hinweisen, dass der in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung unter Punkt c „Alternativen“ dargestellten Sicht auf den § 129 für den Oberschwellenbereich im Bundesgesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)“ andere Bundesländer so nicht folgen.

Mithin bildet §129 GWB eine Ermächtigungsgrundlage für die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Aspekte in den Ausführungsbedingungen und kann natürlich im Ober- und Unterschwellenbereich als Soll-Vorschrift gefordert werden. Diese Vorgehensweise ist in einigen Bundesländern bereits seit Jahren gelebte Realität und wurde noch nie gerichtlich angegriffen.

Da damit die wesentliche Begründung im Gesetzentwurf der Landesregierung bei der Kann-Bestimmung zu bleiben aus unserer Sicht entfällt, regen wir an, dass die Abgeordneten eine Änderung hin zur klaren Sollvorschrift diskutieren und im weiteren Gesetzgebungsverfahren beschließen.

Vor dem Hintergrund des Landtagsbeschlusses **„Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags“** (Drucksache 6./3201) sowie **der 2. Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018**, aber auch weiterer gesetzlichen Regelungen, wie zuletzt dem **Thüringer Klimagesetz** im Dezember 2018, besteht die Auffassung, dass die dortigen Absichtserklärungen zur Erreichung der 17 weltweit geltenden Nachhaltigkeitsziele auch in Thüringen weiterer verstärkter Anstrengungen bedürfen.

Nur so kann das Ziel, die als notwendig anerkannte Transformation innerhalb der planetaren Grenzen noch erreicht werden („Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU/2011); Transformation is feasible -Stockholm Resilience Centre/2018).

Hier ist auch Thüringen in der selbst anerkannten Verantwortung.

Hinweisen möchten wir zudem darauf, dass die Deutschen Rechnungshöfe sich am 16.10.2018 mit der „Bonner Erklärung zur Nachhaltigkeit“ ebenfalls zur Agenda 2030 und den 17. SDGs bekannt haben.

Aus Sicht der Thüringer Beschaffungsallianz bzw. Zukunftsfähiges Thüringen e.V. (ZTh) sind im Kontext der obigen Ausführungen einige der Fragen in den zwei Fragenkatalogen deshalb nicht zielführend bzw. Nebenschauplätze.

So sind auch die Thüringer Beschaffungsallianz und Zukunftsfähiges Thüringen e.V. für eine effiziente bzw. schlanke Bürokratie. Hierzu geeignete Maßnahmen werden unterstützt.

Aber zugleich sind wir der Auffassung, dass geschultes Personal erforderlich ist, um eine sachgerechte nachhaltige Beschaffung aller Ebenen in Thüringen umsetzen zu können.

Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der detaillierten beiliegenden Stellungnahme, möchten wir pragmatisch verdichtend folgende Position bzw. Schwerpunkte in die Anhörung einbringen. Sie bringen eine Vielzahl der Fragen aus beiden Fragekatalogen auf den Punkt:

- Beschluss der Soll-Bestimmung im laufenden Verfahren weiter diskutieren und ggf. beschließen
- Bzw. alternativ den vorliegenden Entwurf der Landesregierung als nächsten ersten Schritt verabschieden und umsetzen. Zeitnah mit der Evaluierung beginnen und dann das Vergabegesetz bereits in wenigen Jahren fortschreiben.
- Die BeschafferInnen aller Ebenen zur nachhaltigen Vergabe schulen, Vergabesicherheit herstellen
- Kurzfristig geeignete Vorbild- und Begleitstrukturen der Landesregierung umsetzen
- Mehr Kohärenz zwischen den Regierungspolitiken herstellen

Abschließend sind wir der Ansicht, dass gerade in einer klaren und transparenten nachhaltigen Beschaffung Synergien, Effizienz und auch wirtschaftliche Chancen und Risikominderung für die Thüringer Wirtschaft liegen. Eine breite nachhaltige Beschaffung des öffentlichen Sektors wirkt sich zudem in der Regel günstig auf die Preistableaus aus.

Am Beispiel Autoindustrie beginnen gerade die Folgen rückwärtsgewandter (Schutz-)Strategien für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland aufzuscheinen.

Zudem hat die aktuelle Wirtschaftsweise weltweite Auswirkungen auf Fluchtursachen und ökologische Tragfähigkeiten, aber auch auf die langfristige Ressourcenverfügbarkeit. Zugleich scheinen hinter diesen Zusammenhängen hohe gesamtgesellschaftliche Kosten und immer häufiger bereits auch direkte finanzielle und strukturelle Risiken und Folgekosten für die Wirtschaft auf.

All dies weist auf die zwingenden, aber nur langfristig gemeinsam zu erreichenden Transformationen hin.

Ein in dieser Hinsicht klares Thüringer Vergabegesetz kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Schließen möchte ich mit den Worten der früheren Heidelberger Bürgermeisterin Beate Weber:

„Man muss nur wollen, der Rest ist Technik.“

Also bitte wollen Sie!

Und dann sorgen Sie für die dazu erforderliche Technik!

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2209		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Wallgraben 20
	Postleitzahl, Ort	07646 Schlöben
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

22.9.2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteil-dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformatio-nen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil-dokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhalt-licher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetzes zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU; Drs. 7/2209 – und einem Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/2209 –													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Verei-nigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossen-schaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil-dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil-dokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteil-dokG)												
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer												
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?												

Z.V.

Drs.

7/2209

(Zurückgegriffen)

7/1448)

	<p>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)</p>	
	<p>Der DGB lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU klar ab! Unsere Kritik bezieht sich sowohl auf den Antrag als auch auf das Vorgehen der antragstellenden Fraktion.</p> <p>1. Der Gesetzentwurf ist gegen die Interessen von Arbeitnehmer*innen, aber aus gewerkschaftlicher Perspektive auch gegen die vieler Bürger*innen in Thüringen gerichtet. Die CDU-Fraktion will erreichen, dass künftig die Vorgabe sozialer und öko-logischer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nahezu ausgeschlossen wird.¹ Die öffentliche Hand gäbe damit das Ziel auf, öffentliche Mittel gesamtgesellschaftlich verantwortlich einzusetzen. Anstrengungen auf den Feldern Sozialpolitik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Umweltpolitik, die aus unserer Sicht Konsens unter den demokratischen Parteien sind, würden konterkariert.</p> <p>2. In der politischen Debatte hat sich seit spätestens 2019 klar gezeigt, dass es für ein derartiges Gesetzgebungsvorhaben keine Mehrheit der demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag gibt. Die antragstellende Fraktionen muss sich also fragen lassen, was sie mit der Antragstellung und einem so umfänglichen Anhörungsverfahren mit 49 Anzuhörenden, innerhalb der Ferienzeit, bezweckt. Die DGB-Gewerkschaften warnen die Abgeordneten der Fraktion der CDU eindringlich davor, für kurzfristige scheinbare Vorteile die Brandmauer gegen die extreme Rechte in Frage zu stellen und im Zuge polittaktischer „Spielereien“ das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie in Thüringen immer weiter zu unterminieren!</p> <p>3. Der DGB Hessen-Thüringen sieht gleichwohl Schwächen im Thüringer Vergabegesetz und Probleme bei dessen Vollzug. Wir unterbreiten daher Verbesserungsvorschläge, um sozial und ökologisch verantwortliche Vergaben zu stärken und die Gesetzesanwendung zu verbessern. Unser Fokus als Deutscher Gewerkschaftsbund liegt dabei auf der Stabilisierung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Thüringen sowie der Stärkung der Tarifbindung.</p>	
5.	<p>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)</p>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<p>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</p>	
	<p>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail</p> <p><input type="checkbox"/> per Brief</p>	
6.	<p>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)</p>	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<p>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</p>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungs-verfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, den 15.08.2021

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-
tale Gesellschaft

THÜR. LANDTAG POST
01.09.2021 06:56

21530/21

- Versand per Mail -

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zum Entwurf eines Gesetzes zur Ände-
rung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drs. 7/2209 – und einem Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage
7/2209 –,

31. August 2021

im Namen des DGB Hessen-Thüringen bedanke ich mich für die Gelegenheit, zum Ge-
setzentwurf der Fraktion der CDU und dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP Stel-
lung zu nehmen.

Anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme des DGB Hessen-Thüringen mit der Bitte
um Weiterleitung an die Abgeordneten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-
tale Gesellschaft

THÜR. LANDTAG POST
01.09.2021 06:56

21530/21

- Versand per Mail -

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zum Entwurf eines Gesetzes zur Ände-
rung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drs. 7/2209 – und einem Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage
7/2209 –

25. August 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen des DGB Hessen-Thüringen bedanke ich mich für die Gelegenheit, zum Ge-
setzentwurf der Fraktion der CDU und dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP Stel-
lung zu nehmen.

1. Grundsatz

Der DGB Hessen-Thüringen lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU klar ab! Unsere
Kritik bezieht sich sowohl auf den Antrag als auch auf das Vorgehen der antragstellenden
Fraktion.

Hierzu drei grundsätzliche Bemerkungen:

1. Der Gesetzentwurf ist gegen die Interessen von Arbeitnehmer*innen, aber aus ge-
werkschaftlicher Perspektive auch gegen die vieler Bürger*innen in Thüringen ge-
richtet. Die CDU-Fraktion will erreichen, dass künftig die Vorgabe sozialer und öko-
logischer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nahezu ausgeschlossen
wird.¹ Die öffentliche Hand gäbe damit das Ziel auf, öffentliche Mittel gesamtge-
sellschaftlich verantwortlich einzusetzen. Anstrengungen auf den Feldern Sozialpo-
litik, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Umweltpolitik, die aus unserer
Sicht Konsens unter den demokratischen Parteien sind, würden konterkariert.
2. In der politischen Debatte hat sich seit spätestens 2019 klar gezeigt, dass es für ein
derartiges Gesetzgebungsvorhaben keine Mehrheit der demokratischen Fraktionen
im Thüringer Landtag gibt. Die antragstellende Fraktionen muss sich also fragen

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

¹ Ein Satz der Begründung scheint die Kritik vorwegnehmen zu wollen. Behauptet wird, soziale und
ökologische Kriterien könnten immer vorgesehen werden, unabhängig vom Gesetztest. Das über-
zeugt angesichts des Regelungsvorhabens nicht.

lassen, was sie mit der Antragstellung und einem so umfänglichen Anhörungsverfahren mit 49 Anzuhörenden, innerhalb der Ferienzeit, bezweckt.

Die DGB-Gewerkschaften warnen die Abgeordneten der Fraktion der CDU eindringlich davor, für kurzfristige scheinbare Vorteile die Brandmauer gegen die extreme Rechte in Frage zu stellen und im Zuge polittaktischer „Spielereien“ das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie in Thüringen immer weiter zu unterminieren!

3. Der DGB Hessen-Thüringen sieht gleichwohl Schwächen im Thüringer Vergabegesetz und Probleme bei dessen Vollzug. Wir unterbreiten daher Verbesserungsvorschläge, um sozial und ökologisch verantwortliche Vergaben zu stärken und die Gesetzesanwendung zu verbessern. Unser Fokus als Deutscher Gewerkschaftsbund liegt dabei auf der Stabilisierung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Thüringen sowie der Stärkung der Tarifbindung.

2. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Der Gesetzentwurf besteht vor allem aus großflächigen Streichungen; 15 von 23 Paragraphen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) sollen vollständig oder in ihrem wesentlichen materiellen Regelungsgehalt entfallen. Neuformulierungen werden i.d.R. nicht vorgeschlagen. Laut Begründung soll das Vergabegesetz „von bürokratischen Hürden befreit werden“. Die Fraktion der CDU meint damit der Vorgabe sozialer und umweltbezogener Kriterien sowie den Vergabemindestlohn und die Tariftreuregelung. Beispielsweise sollen durch den Gesetzentwurf die Worte „sozial“ vollständig und „Umwelt“ fast vollständig aus dem Gesetz gestrichen werden bzw. finden sich dann ausschließlich in Überschriften ohne Regelungsgehalt.

Die Vergabe allein über den Preis führt jedoch zum Wettbewerb über Lohndumping und bedeutet den Verzicht auf den Wettbewerb über Qualität.² Ein regelmäßiger Grund für Unternehmen, sich nicht an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen, ist der massive Preisdruck der öffentlichen Hand durch die Vergabe an den Billigsten, ohne gründliche Prüfung der Kalkulation und der Qualität. Diese Preisfixierung soll noch erhöht werden, dadurch werden öffentliche Aufträge nicht attraktiver für Bieter.

Wenn nahezu alle normierten Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Aspekte in die Auftragsformulierung, die Vertragsbedingungen und die Vergabeentscheidung einzubeziehen, entfallen, werden schlechte Arbeitsbedingungen und Umweltschäden infolge der öffentlichen Vergabe billigend in Kauf genommen. Bietende Unternehmen, die auf umweltschonende, innovative Produkte und Verfahren sowie das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft setzen, haben das Nachsehen. Längerfristig kann dies nicht im Interesse der Thüringer Wirtschaft sein. Sicher ist es nicht im Interesse von Arbeitnehmer*innen.

Die Änderungen werden darüber hinaus inhaltlich kaum begründet. Erwähnt werden „Stimmen aus der Thüringer Wirtschaft“ und bestätigte „Befürchtungen“. Zur Wirkung des im Jahr 2019 novellierten ThürVgG gibt es keine validen Daten. Vorgesehen ist in § 20 Abs. 2

² In § 8 soll explizit entfallen, dass bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots qualitative (und soziale) Aspekte berücksichtigt werden können.

ThürVgG eine Evaluation „hinsichtlich der Auswirkungen des § 10 Abs. 4 bis 8 auf die Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor und die Preissteigerungen öffentlicher Aufträge (...) vier Jahre nach Inkrafttreten“. Diese Evaluation liegt nicht vor. Auch andere Erhebungen, die Mindestanforderungen an die Datenqualität genügen, sind jedenfalls den DGB-Gewerkschaften nicht bekannt.

Die Zielrichtung des Gesetzentwurfs ergibt sich aus der Gesamtschau der Änderungen hinreichend, sodass eine Bewertung im Einzelnen u. E. nicht zielführend ist.

3. Zur beabsichtigten Streichung des Paragraphen 10 ThürVgG

Der Paragraph 10 ist aus gewerkschaftlicher Sicht ein Kernstück des ThürVgG, weil er verbindliche Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer*innen enthält und damit einen Gestaltungswillen des Parlaments im Sinne guter Arbeit und sozialen Fortschritts erkennen lässt.

Mit dem Vorschlag, § 10 zu streichen, fällt die Fraktion der CDU deutlich hinter ihre eigene Beschlusslage im Jahr 2011, wo das Vergabegesetz in der Koalition mit der SPD eingeführt wurde, zurück. Auch die bundesweite Entwicklung wird ignoriert. So gilt im Land Brandenburg seit Mai 2021 ein vergabespezifischer Mindestlohn in Höhe von 13 Euro pro Stunde, eingeführt durch eine Landesregierung mit CDU-Beteiligung. Dieser greift ab 5000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungen bzw. 10.000 Euro bei Bauleistungen und bezieht auch die Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber mit ein. Die Regelung geht also deutlich über die Rechtslage in Thüringen hinaus. Eine Orientierung daran bietet sich an.

Gemäß § 10 Abs. 2 ist die Vergabe von Beförderungsleistungen im öffentlichen Personenverkehr an die Zahlung des Entgeltes nach einem repräsentativen Tarifvertrags gebunden. Eine ähnliche Regelung war bereits im ThürVgG von 2011 enthalten. Probleme sind nicht bekannt. 15 von 16 Bundesländern verfügen über ein Vergabegesetz, in 13 davon wird eine spezifische Tariftreueregelung für den ÖPNV normiert.³ Zudem waren im Bereich des ÖPNV, im Gegensatz zur allgemeinen Tariftreueregelung, die europarechtliche Zulässigkeit und die Notwendigkeit von Tariftreueregelungen nie umstritten. Der Vorschlag ist nicht nachzuvollziehen.

Der § 10 Abs. 4 ist eine wirkliche Errungenschaft im ThürVgG. Der Gesetzgeber hat sich hier entschlossen, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe sein Gestaltungspotential für gute Arbeit, jedenfalls bei Aufträgen des Landes Thüringen, zu nutzen und Anreize zur Stärkung der Tarifbindung zu setzen. Die konstitutive Tariftreueregelung in Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, die in bewährter Sozialpartnerschaft ausgehandelten Arbeitsbedingungen in ihrer Anwendung in Thüringen zu stärken. Das Land Thüringen sichert damit, dass während

³ Dass die Gesetzesinitiative die Entwicklungen im Vergaberecht sowohl des Bundes als auch der meisten anderen Länder aus Acht lässt, zeigt auch der Vergleich der Landesvergabegesetze. Eine Übersicht bietet mit dem Schwerpunkt ÖPNV bspw. die Initiative mobifair: <https://www.mobifair.eu/wp-content/uploads/2021/02/Vergleich-LTrG.-Stand-01-2021pdf.pdf>.

der Ausführung öffentlicher Aufträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite partnerschaftlich ausgehandelte Arbeitsbedingungen, wenn auch nur in Bezug auf das Entgelt, zur Anwendung kommen.

Hierin eine bürokratische Hürde zu erblicken, erhebt tarif- und mitbestimmungsfreie Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht als Partner*innen, sondern als kostenträchtige Verfügungsmasse betrachten und sich der Sozialpartnerschaft entziehen, zur Norm. Allerdings haben auch tarifungebundene Unternehmen keine Nachteile bei der Auftragsvergabe. Sie haben lediglich keinen Kostenvorteil mehr gegenüber Unternehmen, die ordentlich bezahlen. Möglicherweise anfallende Mehrkosten sind in die Kostenkalkulation einzuarbeiten und durch den Auftraggeber auszugleichen. Preiskonkurrenz auf Kosten der Beschäftigten wird ausgeschlossen, Anreize zur Tariffucht verhindert, der Wettbewerb über Qualität und Innovation gestärkt.

Dass die Fraktion der CDU in der Begründung auf „bestehende Tarifverträge“ als Grund für die Aufhebung verweist, erschließt sich nicht, wenn die Tariftreueklausel gestrichen werden soll. Auch an dieser Stelle lohnt ein Blick über die Landesgrenzen. Unter Führung der CDU wurde in Sachsen-Anhalt ein Koalitionsvertrag zwischen CDU, FDP und SPD ausgehandelt, der ein Tariftreue- und Vergabegesetz nach Thüringer Vorbild vorsieht. Die Fraktionen von CDU, FDP und SPD vereinbarten darin: „Bis Mitte des Jahres 2022 werden wir daher ein Tariftreue- und Vergabegesetz erarbeiten und verabschieden. In ihm ist sicherzustellen, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen erfolgt, die einem repräsentativen Tarifvertrag unterliegen oder die Bedingungen eines repräsentativen Tarifvertrages erfüllen. (...) Im Tariftreue- und Vergabegesetz wollen wir einen landesspezifisch festgeschrieben Vergabemindestlohn für den Fall einführen, dass Unternehmen die vorgenannten Bedingungen nicht zusagen können.“⁴

Gemäß § 10 Abs. 4 Satz 5 ist nur falls kein repräsentativer Tarifvertrag durch Rechtsverordnung bestimmt ist, ein vergabespezifischer Mindestlohn i. H. v. zzt. 11,73 Euro den Arbeitnehmer*innen bei der Auftragserbringung zu zahlen. Zur beabsichtigten Streichung liefert der Gesetzentwurf eine Begründung, auf die die Fraktion jedoch besser verzichtet hätte. „[D]ie Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 mach[t] es nicht mehr erforderlich, dass der Thüringer Gesetzgeber (...) die Tariftreue und Entgeltgleichheit regelt.“ Tatsächlich ist der Unterschied im Stundenentgelt von 2,13 Euro für die Mitglieder des Thüringer Landtags wahrscheinlich weniger relevant. Für Beschäftigte zum Mindestlohn liegt zwischen 9,60 Euro und 11,73 Euro jedoch ein Entgeltunterschied von 22 Prozent (2,13 Euro). Dieser entscheidet bei sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung, u. a. darüber ob ein Einkommen unter- oder oberhalb der (jedenfalls ostdeutschen) Niedriglohnschwelle (1927 Euro im Jahr 2020) liegt und damit eine Mindestteilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert ist.

⁴ CDU Sachsen-Anhalt, Entwurf des Koalitionsvertrags 2021-2026. Wir gestalten Sachsen-Anhalt, Z. 334 - 338, unter https://www.cdu-sa.de/publikationen/entwurf_eines_koalitionsvertrages_2021.pdf

Im Abs. 7 wird bestimmt, dass Kommunen und sonstige Auftraggeber die Regelungen des § 10 Abs. 4 und 5 anwenden „können“. Diese Regelung kritisieren die DGB-Gewerkschaften, eine Streichung ist angebracht.

Fazit zu Paragraph 10: Unternehmen, die an einen Tarifvertrag gebunden sind bzw. ihren Arbeitnehmer*innen keine Stundenentgelte unter 11,73 Euro bezahlen, haben keinerlei Mehraufwand. Im Gegenteil sind sie gegen Dumping-Konkurrenz und unfairen Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten geschützt. Das ist keine bürokratische Hürde, sondern zum Schutz der Arbeitnehmer*innen geboten.

4. Zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Vorlage 7/2475

Das Antragsziel, den bestmöglichen Einsatz von Steuergeldern, fairen Wettbewerb und Chancen für kleine und mittelständische Unternehmen zu gewährleisten, ist grundsätzlich zu unterstützen. Die Bezeichnung sozial-ökologischer Qualitätskriterien als „Bürokratie“ geht jedoch fehl. Die öffentliche Hand ist kein Unternehmen. Ob Steuergeld angemessen eingesetzt wird, lässt sich nicht nur anhand des Zuschlagspreises ermitteln, sondern muss die gesamtgesellschaftlichen Folgen (monetärer wie nichtmonetärer Art) in den Blick nehmen.

Dennoch ist die Idee, die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien stärker prozedural zu verankern und als Aufnahme in Leistungsverzeichnisse und allgemeine Vertragsbedingungen zu konkretisieren, diskussionswürdig. Die Zuständigkeit für Kontrollen und Überwachung klar zu benennen, ist sinnvoll und zu begrüßen.

Die Wortwahl des Artikel 1 (zu § 4 Abs. 3) lässt allerdings eher an Ausführungsbestimmungen oder nähere Erläuterungen denken. So ist „Anforderungen(...) so eindeutig und erschöpfend (beschreiben), dass sie von allen Bietern verstanden werden können“ in hohem Maße unbestimmt und wird sicherlich nicht zur Rechtssicherheit beitragen können.

Die Notwendigkeit, den Umgang mit dem Thüringer Vergabegesetz sowohl für Vergabestellen als auch die Bietenden handhabbarer zu machen, besteht auch aus gewerkschaftlicher Sicht. Der Antrag ist allerdings als Teil des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion, den er nur partiell ändert, nicht zu befürworten.

5. Vorschläge zur Verbesserung des Thüringer Vergabegesetzes

Die grundsätzlichen Argumente zur Vergabepolitik sind ausgetauscht und haben sich dem umfänglichen Gesetzgebungs- und Anhörungsverfahren in den Jahren 2018 und 2019 kaum verändert. Aufgrund der Erfahrungen seit 2019 schlagen wir folgende Punkte zur Überarbeitung vor:

1. Die Ausnahme für Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in § 10 Abs. 7 ist zu streichen. Die freiwillige Anwendung von § 10 Abs. 4 und 5 hat sich nicht bewährt. Die Thüringer Kommunen haben insgesamt im Jahr 2020 Sachinvestitionen in Höhe von 890 Millionen Euro getätigt.⁵ Zusätzlich verausgabten allein die Thüringer Hochschulen

⁵ Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht L II - vj 4 / 20. Gemeindefinanzen in Thüringen 1.1.-31.12.2020 Erfurt, 2021. Insgesamt wurden 890,4 Millionen Euro für Sachinvestitionen ausgegeben, davon 727,7 Millionen Euro für Baumaßnahmen und weitere 162,7 Millionen Euro für den Erwerb von Sachvermögen.

im Jahr 2019 123,4 Millionen Euro für Investitionen.⁶ Durch Landesbehörden wurden 2019 demgegenüber Investitionen „nur“ in Höhe von 287,7 Millionen Euro getätigt⁷. Das zeigt, wie relevant die Rolle des Staates als Nachfrager ist und welches Gestaltungspotential sich damit verbindet. Dabei machen die Kommunen sowie die sonstigen öffentlichen Auftragsgeber den übergroßen Teil der öffentlichen Nachfrage aus, sodass nur ein Bruchteil der öffentlichen Aufträge im Land Thüringen bisher vom Geltungsbereich des § 10 Abs. 5 erfasst ist.

2. Weiterhin ist klarzustellen, dass das nach Paragraph 10 Abs. 4 „mindestens das in Thüringen für die jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten“ zu zahlen bedeutet, tatsächlich die tarifvertraglichen Regelungen anzuwenden und sich nicht etwa auf die Vorgabe eines Mindestentgelts zu beschränken. Klarstellend aufzunehmen ist mindestens, dass das Tarifgitter und sonstige entgeltbezogene Regelungen Anwendung finden, wie Sonderzahlungen und Zuschläge.

Die 2018 neu gefasste Arbeitnehmerentsenderichtlinie ermöglicht ausdrücklich die Vorgabe „allgemein wirksamer Tarifverträge“. Die Stärkung der Tarifbindung und der Einkommen der Thüringer Beschäftigten ist dringend notwendig. Thüringen lag auch im Jahr 2020 beim Medianeinkommen auf dem vorletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern. Wichtige Ursache dafür ist, dass 2019 nur noch 18% aller Thüringer Betriebe, mit 44% der in Beschäftigten, tarifgebunden waren.⁸ Dabei liegen in tarifgebundenen Betrieben die Einkommen um ca. 9% über dem Durchschnittslohn in Thüringen, jene der Beschäftigten in nicht tarifgebundenen Betrieben 8% darunter.

Die Stärkung der Tarifbindung ist auch im öffentlichen Interesse, um die Binnennachfrage zu stärken und die Einnahmesituation der Sozialkassen zu verbessern. Für die Thüringer Wirtschaft ist zudem von erheblicher Bedeutung, dass Fachkräfte seit den 1990er Jahren bis heute mit den Füßen abstimmen und immer noch deutlich mehr Menschen Thüringen in Richtung besser Einkommens- und Arbeitsbedingungen verlassen als zuwandern. Die Landesteile mit den schlechtesten Einkommensbedingungen sind dabei am stärksten von Abwanderung und demographischem Wandel betroffen.

3. Die „Kann“-Regelungen (in §§ 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3, 5, 6, 8, 10 Abs. 7, 10 a) sind als „Soll“-Regelungen zu formulieren. Aktuell besteht für die Vergabestellen eine Unsicherheit, ob und in welcher Tiefe sozial und ökologische Kriterien einzubeziehen sind. Zur Vereinfachung wird regelmäßig auf die Einbeziehung vorgeblich zusätzlicher Kriterien verzichtet. Dem ist durch einen klaren gesetzlichen Auftrag abzuwehren.

⁶ Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, STATISTISCHER BERICHT B III - J / 19. Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen in Thüringen 2016 bis 2019, Erfurt 2021.

⁷ Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Jahrbuch Thüringen 2020, Erfurt 2021.

⁸ Vgl. IAB-Betriebspanel, 19. Welle 2020.

4. Hierbei ist vor allem der § 10 a in den Blick zu nehmen und zu konkretisieren. Es reicht nicht, dass die europarechtliche Möglichkeit referiert wird. In das Gesetz ist aufzunehmen, dass öffentliche Auftraggeber verlangen „sollen“, dass bei vergabebedingtem Betreiberwechsel die Beschäftigten zu den bisherigen Arbeitsbedingungen übernommen werden. Klarzustellen ist außerdem, dass dies nicht nur für das fahrende Personal, sondern auch für sonstige Beschäftigte, wie Werkstätten und Reinigungsdienste, gilt.
5. Vergabestellen und Bieter in Thüringen fehlen immer noch Erfahrungen und Kenntnisse zur rechtssicheren Umsetzung von sozial und ökologisch verantwortlichen Vergaben. Hierzu sind Schulungsangebote des Landes für die eigenen Bediensteten zu entwickeln. Schulungen der Kommunen bzw. der kommunalen Spitzenverbände können durch Landesmittel gefördert werden.

Generell ist sicherzustellen, dass alle Schulungen, die die öffentliche Hand anbietet oder unterstützt, auf der aktuellen Rechtslage beruhen. Mit der Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinie 2014/24/EU und in der Folge durch Änderungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie der Unterschwellenvergabeverordnung wurde gesetzgeberisch klargestellt, dass die Vorgabe sozialer und ökologischer Kriterien rechtssicher möglich ist. Insbesondere können sie nicht als „vergabefremd“ bezeichnet werden. Wir schlagen zur Erstinformation und Beratung die Etablierung einer „Service-Stelle faire Vergabe“ vor. Diese kann u. a. Informationen bündeln und konkrete Anleitungen oder Arbeitshilfen zur Durchführung von sozialen und ökologischen Vergaben zur Verfügung stellen.⁹

6. Paragraph 17 sieht Kontrollen durch die Auftraggeber vor. Diese – und effektive Sanktionen – sind unverzichtbar, um das Unterlaufen vertraglicher Pflichten zu verhindern. Gerade kommunale Auftraggeber scheinen aber personell wie fachlich teils überfordert zu sein. Hierfür schlägt der DGB zum wiederholten Mal vor, eine landesweite Kontrollbehörde einzurichten bzw. entsprechende Kompetenzen zur Unterstützung der Vergabestellen aller Ebenen aufzubauen.
7. Bieter, die ihren Pflichten nicht nachkommen, sind auszuschließen. Dies sieht Paragraph 18 Abs. 3 auch vor. Die Sanktionen müssten geschärft werden, um abschreckend zu wirken. Zudem muss ein Register aufgebaut werden, um andere Auftraggeber über die verhängte Sanktion zu informieren, weil die Regelung sonst leer läuft.
8. Darüber hinaus bestehen Umsetzungsdefizite, denen ebenfalls abzuhelpen ist:
 - a) Die Tarifverträge gemäß § 10 Abs. 3 und 4 müssen zügig durch Rechtsverordnung ausgewiesen werden. Es ist schwer nachzuvollziehen, wieso dies auch

⁹ Vgl. hierzu auch die Kompetenzstelle des Bundes für nachhaltige Beschaffung (http://www.nachhaltige-beschaffung.info/DE/Home/home_node.html), das Internetangebot des Landes Brandenburg (<https://vergabe.brandenburg.de/strategische-nachhaltige-beschaffung>) und den Kompass Nachhaltigkeit der Servicestelle Kommunen in der einen Welt (<https://skew.engagement-global.de/kompass-nachhaltigkeit.html>).

nach mehr als einem bzw. mehr als eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten nicht gelungen ist.

Zur Unterstützung der Ausweisung repräsentativer Tarifverträge kann das Tarifregister beim TMASGFF nach dem Vorbild des Tarifregisters Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt werden.

- b) Die Vergabestellen des Landes und der Kommunen müssen die „Kann-Bestimmungen“ tatsächlich anwenden. Hierfür sind die Hausspitzen und die Bürgermeister*innen/Landrät*innen gefragt, klare politische Vorgaben machen. Externe Dienstleister, die Vergaben vorbereiten bzw. abwickeln sind zu beauftragen, ökologische und soziale Kriterien mit zu planen und umzusetzen.
- c) Vergabestellen und die fachlich zuständigen Abteilungen bspw. der Baubehörden, aber auch die Schulträger und andere vergaberelevante Bereiche müssen personell so ausgestattet werden, dass auch komplexe Verfahren beherrschbar sind und zeitgerecht umgesetzt werden können. Die Einrichtung zentraler Vergabestellen ist zur Bündelung von Kompetenzen sinnvoll.
- d) Die Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge wurde an die nun seit 01.12.2019 geltende Rechtslage nicht angepasst! Durch die weitere Konkretisierung der Vorgaben des ThürVgG sollte die Handlungssicherheit der Vergabestellen erhöht werden. Aktuell beziehen sich die Auslegungshinweise auf die Rechtslage im Jahr 2014, sodass eine aktive Umsetzung der verbesserten Regelungen nicht gefördert, sondern eher behindert wird
- e) Zu begrüßen ist, dass im kürzlich veröffentlichten „Programm für eine nachhaltige Landesverwaltung Thüringen“ „Beschaffung und Mobilität nachhaltig gestalten“ als Handlungsbereich benannt und mit Maßnahmen untersetzt wird. Leider fehlt dem Programm die soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Weder Tarifbindung noch soziale Vergabekriterien finden Beachtung. Hier ist im Sinne eines umfassenden Nachhaltigkeitsbegriffs nachzubessern.

Der DGB nimmt als Dachverband allgemein zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen Stellung. Zu branchenspezifischen Auswirkungen des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion verweisen wir auf die Stellungnahmen unserer Mitgliedsgewerkschaften ver.di, EVG und NGG. Der DGB ist außerdem Mitglied der Thüringer Beschaffungsalianz und unterstützt die Stellungnahme von Zukunftsfähiges Thüringen e.V.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Entwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2209) und Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/2475)											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border: none;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 31.08.2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Prof. Dr. Zahradnik</td> <td>Stefan</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Hochschule Nordhausen</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99734 Nordhausen</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Prof. Dr. Zahradnik	Stefan	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	Hochschule Nordhausen	Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen
	Name	Vorname									
	Prof. Dr. Zahradnik	Stefan									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer	Hochschule Nordhausen									
Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Professor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Bei einem Teil der Bestimmungen des ThürVgG sind deren Wirkungen nicht wissenschaftlich nachgewiesen. Diese Bestimmungen sind ebenso wie die diesbezüglich beantragten Änderungen Ausfluss unterschiedlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Überzeugungen und im politischen Diskurs zu bewerten.</p> <p>Das ThürVgG enthält Bestimmungen, die aufgrund der Weiterentwicklung anzuwendender bundesrechtlicher Vergabebestimmungen inzwischen überholt sind. Insofern ist eine vereinfachende Bereinigung des Gesetzes zu begrüßen. Im Interesse von Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung ist jenseits der beantragten Änderungen eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes zu empfehlen.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 2. September 2021	



Prof. Dr. Stefan Zahradnik

Hochschule Nordhausen • Postfach 10 07 10 • 99727 Nordhausen
Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
03.09.2021 07:04

2. September 2021

21726/21

Stellungnahme zu Drs. 7/2209 (Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU) und Vorlage 7/2475 (Änderungsantrag der Fraktion der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

vielen Dank für die Gelegenheit, zu den oben genannten Drucksachen im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags Stellung nehmen zu dürfen.

Aus zeitlichen Gründen ist es mir leider nicht möglich, auf jede einzelne der vorgeschlagenen Änderungen einzugehen. Bei einem Teil der Bestimmungen des ThürVgG sind deren Wirkungen nicht wissenschaftlich nachgewiesen. Diese Bestimmungen sind ebenso wie die diesbezüglich beantragten Änderungen Ausfluss unterschiedlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Überzeugungen und im politischen Diskurs zu bewerten.

Aus den genannten Gründen nehme ich im Folgenden nur zu Artikel 1 Nr. 1, 2, 4 und 11 des Gesetzentwurfs Stellung.

Grundsätzliche Vorbemerkungen:

Die Belastungen von Verwaltungen und Unternehmen resultieren nicht nur aus den Vergabeverfahren, sondern beginnen bereits mit der Auseinandersetzung mit den vergaberechtlichen Bestimmungen, d. h. deren inhaltlicher Durchdringung und der verwaltungs- oder unternehmensinternen Erörterung, wie diese oder jene Bestimmung zu verstehen und anzuwenden ist – und dies nicht nur einmalig, sondern bei personellen Veränderungen im Kreis der Adressatinnen und Adressaten immer wieder. Das Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG) hat viele Adressatinnen und Adressaten. Bei den öffentlichen Auftraggebern gehören dazu nicht nur die Vergabestellen, über deren Personal die Landesregierung in ihrem Entwurf vom 31. Januar 2019 für das Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften ausgeführt hat, dass es überwiegend nicht explizit für die Durchführung von Vergabeverfahren ausgebildet ist (Drs. 6/6682, S. 45), sondern auch Organisationseinheiten, in deren Auftrag die Vergabestellen tätig werden. Umso wichtiger ist es, dass das Vergaberecht – wie andere Rechtsnormen auch – so abgefasst ist, dass es sich die Adressatinnen und Adressaten möglichst leicht erschließen können, dafür möglichst wenig Arbeitszeit verbrauchen und dabei

...

möglichst wenig „Bürokratie“ empfinden. Dazu sollten die Bestimmungen möglichst allgemeinverständlich verfasst sein, einfach strukturiert sein, keine Redundanzen enthalten und auch keine (scheinbaren) Widersprüche. Durch eine klare und eindeutige Abfassung der Bestimmungen sollten unnötig anspruchsvolle Auslegungserfordernisse möglichst vermieden werden.

Das Thüringer Vergabegesetz wird diesem Anspruch aus meiner Sicht nicht gerecht. Dazu hatte ich mich bereits in meiner Stellungnahme vom 25. April 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen der seinerzeitigen Anhörung zu Drs. 6/6682 und Drs. 6/3076 geäußert. Um dem genannten Anspruch gerecht zu werden, müsste es jenseits der Streichung von Bestimmungen, worauf der Schwerpunkt des Antrags der Fraktion der CDU liegt, strukturell grundlegend überarbeitet werden.

Nach meiner Einschätzung sind durch die Weiterentwicklung bundesrechtlicher Vergabebestimmungen und die Schaffung der Unterschwellenvergabeordnung, die mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 315) seit 1. Dezember 2019 auch in Thüringen anzuwenden ist, einige Vorschriften im ThürVgG überholt. Das Gesetz wurde bisher aber nicht ausreichend bereinigt. Dies betrifft unter anderem die Bestimmungen in den §§ 4, 5, 6 und 8 ThürVgG, auf die ich nachfolgend eingehen werde.

Zu Artikel 1 Nr. 1 und 2:

Die Bestimmungen in § 4 Abs. 3 und 4 und in den §§ 5 und 6 ThürVgG waren früher erforderlich, um den Spielraum der Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte im Vergabeverfahren zu erweitern. Seit anstelle der VOL/A aber die UVgO anzuwenden ist und auch die VOB/A weiterentwickelt wurde und deren Bestimmungen entsprechende Spielräume bereits vorsehen, erschließt sich mir der Sinn und Zweck der Bestimmungen in § 4 Abs. 3 und 4 und in den §§ 5 und 6 nicht mehr. Wenn durch diese Bestimmungen keine zusätzliche Erweiterung des Spielraums der Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte im Vergabeverfahren begründet werden kann, sollten sie gestrichen werden. Denn Bestimmungen, die lediglich deklaratorischen Charakter haben, aber anders formuliert sind als die Bestimmungen, die dasselbe bereits ohnehin ermöglichen, können zu Irritationen bei den Adressatinnen und Adressaten und damit zu einem höheren Erfüllungsaufwand führen, ohne dass dem ein Nutzen gegenübersteht.

Zu Artikel 1 Nr. 4:

Dies gilt auch für § 8 ThürVgG, in dem es Bestimmungen gibt, die sich ähnlich bereits in § 43 UVgO befinden, darin aber anders formuliert sind:

§ 43 UVgO	§ 8 ThürVgG
(1) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.	¹ Der Zuschlag ist auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
(2) Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses.	² Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.
Neben dem Preis oder den Kosten können auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Zuschlagskriterien berücksichtigt werden, insbesondere: 1. ... 2. ... 3. ...	³ Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden.

§ 43 UVgO	§ 8 ThürVgG
(3) ¹ Die Zuschlagskriterien müssen mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen. ² Diese Verbindung ist auch dann anzunehmen, wenn sich ein Zuschlagskriterium auf Prozesse im Zusammenhang mit der Herstellung, Bereitstellung oder Entsorgung der Leistung, auf den Handel mit der Leistung oder auf ein anderes Stadium im Lebenszyklus der Leistung bezieht, auch wenn sich diese Faktoren nicht auf die materiellen Eigenschaften des Auftragsgegenstands auswirken.	⁴ Die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der Zuschlagserteilung ist zulässig, wenn <ol style="list-style-type: none">1. die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen,2. ...3. ...4. ...

Auch hier sehe ich die Gefahr einer Irritation der Adressatinnen und Adressaten der Bestimmungen und damit eines höheren Erfüllungsaufwands, ohne dass ich einen Nutzen der zusätzlichen Bestimmungen erkennen kann.

Was mit Irritation gemeint ist, möchte ich exemplarisch verdeutlichen: Während nach § 43 Abs. 3 UVgO alle Zuschlagskriterien mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen müssen, bestimmt § 8 Satz 4 ThürVgG, dass die Berücksichtigung von Umweltkriterien (nur) zulässig ist, wenn die Umweltkriterien mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen. Dies legt den Umkehrschluss nahe, dass andere Kriterien (qualitative und soziale Kriterien) auch berücksichtigt werden dürfen, wenn sie mit dem Auftragsgegenstand nicht zusammenhängen. Dies wiederum ist aber nach § 43 Abs. 3 UVgO unzulässig. Dies führt zu der Frage, inwieweit die Bestimmungen des § 8 ThürVgG aufgrund von § 1 Abs. 2 Satz 4 ThürVgG gegenüber den Bestimmungen in § 43 UVgO Vorrang haben, diese also aushebeln: Welche Bestimmungen des § 43 UVgO werden durch Bestimmungen des § 8 ThürVgG ausgehebelt, welche nicht? Dient § 8 Satz 4 ThürVgG lediglich dazu, zusätzliche Anforderungen an die Berücksichtigung von Umweltkriterien zu stellen, sodass die Anforderungen in § 43 Abs. 3 UVgO ergänzend weitergelten? (Dann wäre aber die Bedingung in § 8 Satz 4 Satz 1 ThürVgG redundant, was gegen diese Auslegung spricht.) Oder wird § 43 Abs. 3 UVgO durch § 8 Satz 4 ThürVgG vollständig ausgehebelt? Alle diese Fragen mögen sich durch Auslegung der Bestimmungen beantworten lassen. Wenn aber Adressatinnen und Adressaten der Bestimmungen erst solche Überlegungen anstellen müssen, um das Vergaberecht materiell zu erfassen und dann nicht einmal sicher sein können, ob sie es richtig erfasst haben, dann führt das zu einer höheren bürokratischen Belastung, die vermeidbar ist.

Daher rege ich an, § 8 ThürVgG vollständig aufzuheben und es schlicht bei den einschlägigen Bestimmungen der UVgO und der VOB/A zu belassen. Sollten allerdings Abweichungen davon vom Gesetzgeber gewollt sein, sollten diese in § 8 explizit bestimmt werden (z. B. „Abweichend von § 43 Abs. 2 Satz 2 sind qualitative und soziale Zuschlagskriterien unzulässig.“), statt Bestimmungen des § 43 UVgO in § 8 ThürVgG in anderer Wortwahl und mit Lücken, aber auch Ergänzungen zu wiederholen und damit für die Adressatinnen und Adressaten der Bestimmungen Auslegungsfragen und damit eine unnötige bürokratische Belastung zu produzieren.

Zu Artikel 1 Nr. 11:

Die Bestimmungen des § 13 ThürVgG führen zu einer obligatorischen Berücksichtigung sozialer oder umweltbezogener Maßnahmen bei gleichwertigen Angeboten. Als durch das Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 315) die vorher schon bestehende Regelung ausgebaut wurde, ging aus der Begründung zum Gesetzentwurf nicht hervor, bei wie vielen der angenommenen 19953 betroffenen Vergabeverfahren pro Jahr zu erwarten ist, dass bei der Zuschlagserteilung zwischen gleichwertigen Angeboten entschieden werden muss (Drs. 6/6682, S. 32 f.). Vermutlich wird der Zufall, dass gleichwertige Angebote vorliegen, nur selten auftreten. Dafür spricht, dass jedenfalls in den Jahren 2011 bis 2015 zumindest in der Landesverwaltung in keinem einzigen Fall die in § 13 genannten Kriterien den Ausschlag für die Auswahl eines von gleichwertigen Angeboten gegeben haben (Drs. 6/1973). Selbst wenn der Zufall gleichwertiger Angebote eintreten sollte, ist statistisch nur in jedem zweiten Fall zu erwarten, dass durch die Bestimmungen des § 13 ThürVgG eine andere Vergabeentscheidung herauskommt, als ohne sie. Dies wirft die Frage auf, ob die Wirkung der Bestimmungen in § 13 ThürVgG den Aufwand rechtfertigt, der mit ihrer Erfüllung verbunden ist.

In LT-Drs. 6/6682, S. 32 f., war der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft für die § 13 ThürVgG auf 308 000 Euro beziffert worden. Nicht quantifiziert wurde der auf Seiten der Verwaltung entstehende Mehraufwand im Vergabeprozess; dieser ist zusätzlich zu berücksichtigen. Wenn es nur seltene Fälle sind, in denen die zusätzlichen Angaben zu einer anderen Vergabeentscheidung führen, erscheint es nicht angemessen, den hohen Erfüllungsaufwand hierfür zu betreiben. Insofern halte ich es für schlüssig, dass im Gesetzentwurf vorgesehen ist, § 13 ThürVgG aufzuheben.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Stefan Zahradnik

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen v.d.d. Präsidentin</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gustav-Freytag-Str. 11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen v.d.d. Präsidentin	Organisationsform eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 11	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar		
Name LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen v.d.d. Präsidentin	Organisationsform eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 11										
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteilldokG)</small> nein										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG) gem. § 2 d. Satzgr.	
	Zweck ist die Verfolgung aller berufsübergreifenden Bestrebungen der Angehörigen der Freien Berufe Thüringens und der Eintritt für die Erhaltung und den Ausbau des Freien Berufs	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion wird begrüßt und unterstützt. Die Entbürokratisierung liegt auch im Interesse der Freien Berufe. Soziale und ökologische Kriterien gehören in die Ausschreibung, nicht in das Vergabegesetz. Arbeitnehmernachteile sind durch das Änderungsgesetz nicht zu befürchten. Die Zertifizierung kann für Freie Berufe durch die Berufskammern und beliehene Berufsverbände erfolgen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, den 30.08.2021	Präsidentin

LFB Landesverband
der Freien Berufe Thüringen e.V.
Geschäftsstelle
Gustav-Freytag-Str. 11
99425 Weimar

LFB Thüringen | G.-Freytag-Straße 11 | 99425 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Fristsache - bitte sofort bearbeiten

30.08.2021

Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2209
Ihr Schreiben vom 19.07.2021

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1455

zu Drs. 7/2209

Sehr geehrte Frau Präsidentin Keller,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Anhörung zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes in Verbindung mit der hierzu abgegebenen Stellungnahme der FDP-Fraktion möchten wir uns bedanken.

LFB Landesverband
der Freien Berufe
Thüringen e.V.

Gustav-Freytag-Straße 11
99425 Weimar

Die Fragen des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/2209 werden aus unserer Sicht wie folgt beantwortet:

1. Wie bewerten Sie die von der Fraktion der CDU im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen?

www.lfb-thueringen.de

Antwort: Der LFB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V. (im folgenden: LFB) begrüßt den Gesetzentwurf, da die Entbürokratisierung auch in unserem Interesse liegt.

Deutsche Apotheker- und
Ärztebank Thüringen

Aus unserer Sicht, besonders der im LFB vertretenen Gruppen der technischen und planenden freien Berufe, ist es sinnvoll, Nachhaltigkeitsanforderungen in den Ausschreibungsunterlagen und nicht im Gesetz zu formulieren. Diese Herangehensweise fördert die Bestimmtheit der Ausschreibungsunterlagen und damit letztendlich auch die Rechtssicherheit unter den Bietern.

2. Wo innerhalb des Vorgangs der öffentlichen Auftragsvergabe – auch unabhängig vom vorliegenden Gesetzentwurf – macht die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien den meisten Sinn?

Antwort: Umfang und Art der zu berücksichtigenden sozialen und ökologischen Kriterien können und sollten in Abhängigkeit von den auszuschreibenden Vorhaben jeweils konkret definiert werden.

Der potentielle Auftraggeber weiß am Besten, auf welche sozialen und ökologischen Kriterien es ankommt. Folglich müssen diese schon in den Ausschreibungsunterlagen eindeutig und abschließend artikuliert werden.

3. Aus welchen Gründen ist der Vorgang der Vergabe der geeignete bzw. ungeeignete Ort für die Berücksichtigung derartiger Kriterien?

Antwort: Soziale und ökologische Kriterien für die Vergabe können u.E. nicht im Gesetz geregelt werden, weil es damit nicht möglich ist, die Besonderheiten der auszuschreibenden Vorhaben hinreichend zu berücksichtigen. Den Zuschlag soll der Bieter erhalten, der - auch unter Berücksichtigung aller anderen Kriterien - die konkreten Anforderungen an die Umsetzung des ausgeschriebenen Vorhabens am Besten erfüllt. Das aber setzt voraus, dass sich aus den Ausschreibungsunterlagen - nicht aus dem Gesetz - diejenigen sozialen und ökologischen Kriterien entnehmen lassen, die für die Umsetzung des konkreten Vorhabens wesentlich und als objektiver Maßstab geeignet sind, ggf. auch die Nachprüfung der Vergabeentscheidung zu erlauben.

4. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorgaben des § 10 Vergabegesetz zur Tariftreueerklärung aus rechtlicher und/oder ökonomischer Sicht?

Antwort: Die Tariftreue ist eine arbeits- und sozialrechtlich geregelte rechtliche Verpflichtung jedes Unternehmens, das dem Geltungsbereich eines Tarifvertrags unterworfen ist. Die Einhaltung dieser Rechtspflicht wird bereits umfassend überwacht, insbesondere durch das Sozial-, Arbeits- und Strafrecht, durch Kontrollen der Zollbehörden und Finanzämter, im Rahmen der Rechtsprechung der Fachgerichte und über die Mitwirkung von Betriebsräten, Personalvertretungen und Gewerkschaften. All dies geschieht ausreichend und unabhängig von Vergabeentscheidungen. Einer nochmaligen entsprechenden Regelung im Vergaberecht bedarf es aus unserer Sicht daher eigentlich nicht.

Für die Nachweisführung der Tariftreue freiberuflicher Bieter durch Zertifizierung regen wir an, die jeweiligen Fachkammern der verkammerten freien Berufe als Zertifizierungsstellen einzurichten. Für technische Berufe, für die die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in einer Kammer (aber keine gesetzliche Verpflichtung hierzu) besteht, könnte gleichwohl die jeweilige Kammer Zertifizierungsstelle sein. Für nichtverkammerte freien Berufe könnten deren Fachverbände ggf. als beliehene Zertifizierungsstellen tätig werden.

Insoweit kann u.E. auf die guten Erfahrungen zurückgegriffen werden, die in Thüringen bei der Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie gemacht worden sind (Einheitlicher Ansprechpartner/Einheitliche Stelle).

5. Angesichts der rechtsverbindlichen Wirkung der ratifizierten ILO-Übereinkommen in Deutschland: welchen Mehrwert bietet deren zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz?

Antwort: Aus Sicht des LFB lässt sich ein Mehrwert der zusätzlichen Verankerung im Vergabegesetz nicht erkennen.

6. Wären die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Thüringer Vergabegesetz aus Ihrer Sicht geeignet, Ausschreibungsverfahren attraktiver zu gestalten, die Bürokratie abzubauen und dabei gleichzeitig Arbeitnehmer-Nachteile sowie Nachteile für die Umwelt zu verhindern?

Antwort: Wie sich bereits aus unserer Beantwortung der Frage 1 ergibt, erscheint der Gesetzentwurf aus unserer Sicht geeignet, die damit erklärte Zielsetzung zu unterstützen. Entbürokratisierung verschafft allen beteiligten Unternehmen Gelegenheiten, produktiver zu arbeiten. Das liegt nicht nur im Interesse der beteiligten Unternehmen, sondern auch des Freistaats Thüringen und seiner Steuern zahlenden Bürger. Der Gesetzentwurf steht daher aus unserer Sicht nicht - wie die Frage nahezulegen scheint - im Widerspruch zur Vermeidung von Arbeitnehmernachteilen.

Die Vermeidung von Nachteilen für die Umwelt im Rahmen der Vergabe setzt voraus, dass - wie oben bereits ausgeführt wurde - die zu beachtenden Kriterien vorhabenbezogen von den ausschreibenden Stellen definiert worden sind. Dies ist aber keine vom Gesetzgeber zu lösende Aufgabe. Ein Regelungsbedürfnis kann insoweit nicht erkannt werden.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Präsidentin
LfB Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2209 - dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Vorlage 7/2475 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; text-align: center;">DÖRRE</td> <td style="height: 40px; text-align: center;">KLAUS</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;">FSU Jena, Institut für Soziologie Carl-Zeiss-Str. 3</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Vorname	DÖRRE	KLAUS	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	FSU Jena, Institut für Soziologie Carl-Zeiss-Str. 3	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Vorname									
	DÖRRE	KLAUS									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	FSU Jena, Institut für Soziologie Carl-Zeiss-Str. 3									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Hochschullehrer / Universitätsprofessor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Vorschläge sind angesichts der Realität der Arbeitsmarkt kontraproduktiv und würde das Land zurückwerfen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 30.09.21	

THÜR. LANDTAG POST
14.09.2021 12:01

22651/2021



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**

Fakultät für Sozial- und
Verhaltenswissenschaften

Universität Jena · Institut für Soziologie · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und
Digitale Gesellschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Institut für Soziologie
AB Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie

Prof. Dr. Klaus Dörre
Universitätsprofessor

Carl-Zeiß-Str. 3
07743 Jena

Jena, 14. September 2021

Anhörung des Thüringer Landtags:

Gesetz zur „Änderung des Vergabegesetzes Thüringen“
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2209 -

dazu: **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**
- Vorlage 7/2475 -

Stellungnahme Prof. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Zum Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion und den Änderungsvorschlägen der FDP nehmen wir¹ wie folgt Stellung:

1. Die Lage am Arbeitsmarkt

Auch in Thüringen ist der Arbeitsmarkt dabei, sich von einem Käufer- zu einem Anbietermarkt zu entwickeln. Das heißt, dass es in vielen Branchen nicht nur an Fach- sondern auch an Arbeitskräften fehlt. Wie überall in Deutschland wird das fehlende Arbeitskräftepotential mehr und mehr zu einem Haupthindernis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Regionen und Bundesländern hängt deshalb zunehmend vom Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen mit guter Bezahlung ab. „Lieber-billiger-als-besser“-Strategien haben ausgedient. Je früher die Thüringer Unternehmen das begreifen, desto größer sind die Chancen für einen wirtschaftlichen Take-off nach der Pandemie. Eine erste, nicht hintergehbare Voraussetzung einer zukunftsorientierten arbeitsmarktpolitischen

¹ In die Stellungnahme geht die Expertise der gesamten Forscher:innengruppe am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der FSU ein. Deshalb wird im Plural argumentiert. Jorin vom Bruch hat zugearbeitet und sich besonders um die Stellungnahme bemüht.



Strategie ist deshalb, dass die Konkurrenz mit tiefen Löhnen und schlechten, weil prekären Arbeitsbedingungen, unterbunden wird. Nehmen wir als Beispiel die Region Ostthüringen. Das Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung lautet: „Im Durchschnitt müssten die Entgelte nach Auffassung der Beschäftigten [...] um fast ein Fünftel erhöht werden, um die eigene Leistung finanziell angemessen abzubilden [...] Nur 17,1 Prozent der Befragten fühlen sich bereits angemessen entlohnt und fordern keine Erhöhung.“ (Schmalz et al. 2021, S. 81).

Das Grundproblem des CDU-Gesetzesentwurfs wurzelt darin, dass es dieser Problematik in keiner Weise Rechnung trägt. Stattdessen zielt der Entwurf darauf, soziale und ökologische Standards in Frage zu stellen, was für den bereits im Gange befindlichen Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte völlig dysfunktional ist. Das gültige Vergabegesetz verdankt seine Existenz dem politischen Bemühen, prekäre Beschäftigung einzudämmen und schlechte Arbeitsbedingungen zu verbessern. Man kann kritisieren, dass die gesetzlichen Vorgaben in mancherlei Hinsicht unzureichend sind und gültige Regelungen nicht konsequent angewendet werden. Der CDU-Gesetzesentwurf, der im Wesentlichen aus Streichungen besteht, zielt jedoch darauf, selbst unzureichende Regelungen zu beseitigen. Er entspricht, wir können es leider nicht anders sagen, einem antiquierten Marktverständnis, das gängige sozialwissenschaftliche Standards vollständig unterbietet.

Längerfristig wirkende Dynamiken wie die pandemisch bedingte Wirtschaftskrise, der unhintergehbare ökologische Transformationsdruck, der demographische Wandel sowie die unzureichende tarifliche Absicherung von Beschäftigten in Thüringen erzeugen einen erheblichen Handlungs- und Regulierungsbedarf. Ein gutes Vergabegesetz kann für die Bewältigung dieser Herausforderungen wichtige Ankerpunkte setzen. Diese kommen in Form von transparenten, nachvollziehbaren, allgemein gültigen Wettbewerbsbedingungen und verbindlichen Arbeitsstandards (Abwehr von „Schmutzkonkurrenz“) sowohl den Unternehmen als auch den Beschäftigten zugute.

Der Antrag der CDU-Fraktion liefert hingegen keine Lösungen für die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Zukunftsprobleme des Freistaats. Er ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse über die Rolle des Staates bei der Setzung von arbeitsrechtlichen Normen. Das Vergabegesetz stellt auch in seiner bisherigen Form ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Arbeitnehmer:innenrechten, zur Etablierung nachhaltiger Standards in der Wirtschaft sowie zur Wahrung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen dar. Die gesetzliche Verankerung von sozialen und ökologischen Kriterien im Vergabeverfahren ist unbedingt zu begrüßen, wenngleich die konkrete Umsetzung der Regelungen verbesserungsfähig sein mag.

2. Bewertung vom im Gesetzesentwurf vorgesehenen Änderungen

1.) Zu Frage 1

1. Wie bewerten Sie die von der Fraktion der CDU im Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Einzelnen?

Der Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion zielt vor allem auf eine Streichung aller sozialen und ökologischen Vorgaben des Vergabegesetzes (§4, 5, 6, 7, 8, 9 und v.a. §10, 11 und 13). Die Tarifbindung (§10), die Sicherung der ILO-Kernarbeitsnormen (§11), die Berücksichtigung von Gleichstellungsvorgaben (§4)



sowie umweltbezogene Belange (§9) werden im Begründungstext der CDU-Fraktion als „vergabefremd“ und somit als überflüssig bezeichnet. Als Konsequenz wird ein „schlankes“ Vergabegesetz vorgeschlagen, das den günstigsten Preis als einziges Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Geldern berücksichtigt. Folgerichtig werden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards pauschal als „Bürokratisierung“ attackiert und im Entwurf gestrichen. Diese vermeintliche „Entbürokratisierung“ des Vergabegesetzes soll im Interesse von nicht näher benannten „Stimmen aus der Thüringer Wirtschaft“ liegen. Konkret führt die CDU-Fraktion lediglich Handwerksbetriebe an, die durch das aktuelle Vergabegesetz abgeschreckt würden. Die Begründung des Gesetzentwurfes enthält keinerlei Verweise auf wissenschaftliche Quellen oder Daten. Er empfiehlt Verfahren, die offenkundig gegen die Praxis der Anhörung von Sozialpartnern und die umfassende Berücksichtigung zivilgesellschaftlichen Interesses verstoßen. Mitbestimmungs- und Partizipationsrechte von Beschäftigten spielen im Antrag keine Rolle. Stattdessen werden selbst die ILO-Kernarbeitsnormen, also soziale Mindeststandards, die auch für Betriebe in Entwicklungsländern gelten sollen, als bürokratisches Hindernis für wirtschaftliche Aktivitäten betrachtet. Entsprechende Empfehlungen widersprechen dem Geist der sozialen Marktwirtschaft und artikulieren ein rückwärtsgewandtes Denken, wie es vielleicht in den Zeiten eines unregulierten Manchesterkapitalismus üblich war.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion entspricht im Grunde dem gleichen Geist. Allerdings verlagert er, teilweise zurecht, die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards in die Planungsprozesse. Zugleich stellt der Änderungsantrag die berechnete Frage nach der konkreten Vergabepaxis. Insgesamt folgt der Antrag der FDP aber dem Anliegen der CDU-Fraktion, die Verankerung von sozialen, ökologischen und Antidiskriminierungsvorgaben im Vergabegesetz des Freistaates zu schwächen.

Ein solches Vorgehen widerspricht einschlägigen Forschungsergebnissen, wie wir sie u.a. in unseren Stellungnahmen zur Fachkräfteproblematik und zur Situation der Thüringer Auto- und Zulieferindustrie vorgelegt haben (vgl. Schmalz et al. 2021, Dörre et al. 2020a, b). Eine vorausschauende Arbeits(markt)politik muss bei einer Verbesserung von Arbeitsstandards und der Entprekariisierung von Beschäftigung ansetzen. Dabei gilt es zu berücksichtigen: Mitarbeiter-Diversität ist innovationsförderlich, die Mitbestimmung und Partizipation von Beschäftigten wirken krisendämpfend und Vergaberichtlinien, die verbindliche soziale wie ökologische Standards setzen, erhöhen tendenziell auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Darin verbindlichen Tarifverträgen ähnlich, schalten sie „Schmutzkonzurrenz“ aus und sie motivieren die Marktteilnehmer zu einer Qualitätskonkurrenz, die mit dem „Lieberbilliger-als-besser!“ bricht. Es gehört zum Standardrepertoire einer modernen, kooperativen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, von solchen marktregulierenden Instrumenten Gebrauch zu machen – und dies unter Berücksichtigung von Interessen sowohl der Unternehmen als auch der Arbeitnehmer:innen und anderer gesellschaftlicher Gruppen.

2.) Zu den Fragen 2-5

2. Wo innerhalb des Vorgangs der öffentlichen Auftragsvergabe - auch unabhängig vom vorliegenden Gesetzentwurf - macht die Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien den meisten Sinn?

3. Aus welchen Gründen ist der Vorgang der Vergabe der geeignete bzw. ungeeignete Ort für die Berücksichtigung derartiger Kriterien?



4. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorgaben des § 10 Vergabegesetz zur Tariftreueerklärung aus rechtlicher und/oder ökonomischer Sicht?

5. Angesichts der rechtsverbindlichen Wirkung der ratifizierten ILO-Übereinkommen in Deutschland: welchen Mehrwert bietet deren zusätzliche Verankerung im Vergabegesetz?

Das Zusammenstreichen einschlägiger Bestimmungen des Vergabegesetzes soll laut Begründungstext der CDU-Fraktion „zukunftsorientiert“ sein und einen „wirtschaftspolitischen Rahmen“ schaffen, der „Wohlstand und Wachstum“ in Thüringen zu fördern beabsichtigt. An diesen Zielvorgaben ist nichts zu beanstanden, allerdings widerspricht die vorgeschlagene Strategie den empirisch erfassbaren Realitäten und den konkreten Herausforderungen, vor denen die Thüringer Wirtschaft steht. Einige kurze Einblicke in aktuelle Forschungen müssen hier genügen, um anzudeuten, wo die Probleme einer Deregulierungsstrategie liegen:

- Die Corona-Pandemie hat auch die Thüringer Wirtschaft hart getroffen, von einer gänzlichen Erholung kann noch keine Rede sein. Vielmehr zeichnet sich eine gespaltene Ökonomie ab, in der einige Branchen, wie beispielsweise die IT-Wirtschaft (vgl. Abb. 1) besser aus der Krise kommen, während andere Branchen grundlegende und womöglich langfristige Probleme haben (vgl. Abb. 2). Beispielsweise wird im Hotel- und Gastgewerbe sowie Tourismus nach wie vor um Existenzen gebangt (vgl. ZeTT 04/21: 24). Auch die zwiespältigen Prognosen der nach wie vor weit verbreiteten Kurzarbeit deuten darauf hin, dass die Krise längst nicht bewältigt ist (Abb. 3). Die ökonomische Krise tritt im Zusammenspiel mit ökologischen Gefahren auf, deren Ausmaß und Auswirkungen vom Weltklimarat IPCC jüngst noch einmal eindringlich beschrieben worden sind (IPCC 2021). Der Freistaat kommt nicht umhin, das politische Vorgehen an der Realität einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (Dörre 2020) auszurichten. Es besteht die Wahl zwischen vorrausschauenden und konstruktiven politischen Maßnahmen oder tendenziell blockierenden Politiken, als deren Folge verschwenderisch mit knappen Zeitbudgets umgegangen wird. Das Vergabegesetz kann ein kleiner Baustein in einer zukunftsweisenden Transformationsstrategie sein, oder es kann – wie es die CDU-Fraktion vorschlägt – zur Konservierung einer „Billiglohnstrategie-Thüringen“ werden, die zugleich ökologische Nachhaltigkeitsziele verfehlt.
- Die Herausforderungen lassen sich gut an der Fachkräfteproblematik verdeutlichen. Bereits im Jahr 2018 hat ein Forschungsteam der FSU Jena den Umfang des Problems empirisch untersucht und eine Expertise veröffentlicht (vgl. Dörre et al. 2018). Fehlende Arbeitskräfte werden künftig das wichtigste Wachstumshindernis der Thüringer Wirtschaft sein und der Arbeitsmarkt wird sich noch stärker von einem Käufer- zu einem Anbietermarkt wandeln. Diese Problemwahrnehmung wird branchenübergreifend geteilt. Es fehlen Facharbeiter:innen in der Metall- und Elektroindustrie, ebenso wie Erzieher:innen im sozialen Dienst (vgl. Ehrlich 2020). Es fehlen aber auch Arbeitskräfte für geringer qualifizierte Tätigkeiten zum Beispiel im Baugewerbe und im Handwerk (vgl. Dörre et al 2018: 7-11; Abb. 5 & 6). Gerade in der letztgenannten Branche erweist sich die Konkurrenz um den billigsten Preis auf Kosten der Beschäftigten zunehmend als dysfunktional. Gerade kleine und mittlere Betriebe haben enorme Schwierigkeiten, Auszubildende, Fach- und Arbeitskräfte zu rekrutieren.



- Die Vorstellung, Thüringen könne durch die Unterbietung des Lohnniveaus der alten Bundesländer Wachstum und Wohlstand generieren, erweist sich mit Blick auf die Fachkräfteproblematik und den Arbeitskräftemangel als folgenschwerer Fehlschluss. Beschäftigte verlassen die Region, weil eine Perspektive, präziser: weil die Aussicht auf eine gute Arbeit mit leistungsgerechten Löhnen fehlt. ein niedriges Entgelt, geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten und prekäre Anstellungsverhältnisse widersprechen den steigenden subjektiven Ansprüchen von Beschäftigten an ein gutes Leben und eine gute Arbeit (ebd.:4).² Das durchschnittliche Lohnniveau in der wichtigen Thüringer Auto- und Zulieferindustrie beträgt nur etwa 66% des Bundesdurchschnitts (Olle et al. 2018: 54); teilweise liegt die Lohndifferenz im Ost-West-Vergleich im Extremfall bei 44 Prozent. Deshalb stellt sich in immer schärferem Maße die Frage: Warum sollten mobile, gut qualifizierte Arbeitskräfte in Thüringen bleiben, wenn es anderswo deutlich attraktivere Arbeitsplätze gibt? Unsere Fachkräfteexpertise kam deshalb zu dem Schluss: „Erforderlich sind insbesondere die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Verringerung der Einkommensungleichheit sowie eine Stärkung organisierter Arbeitsbeziehungen. Ohne Veränderungen in diesen Bereichen, die Erhöhung der Tarifbindung und eine stärkere Verankerung betrieblicher Mitbestimmung lässt sich die Fachkräfteproblematik nicht erfolgreich bewältigen.“ (ebd.: 4)
- An dieser Feststellung hat sich – trotz Corona-Krise – grundsätzlich nichts geändert. Bleiben wir im Baugewerbe, für das die CDU-Fraktion sprechen möchte: Zweifellos verändert der Transformationsdruck die Branche. Es gilt einerseits nachhaltig zu bauen und andererseits attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Das Vergabegesetz fordert hier lediglich, was in der Branche längst reale Herausforderung ist. Fachkräfte wollen nach Tarif bezahlt werden, sie verlangen einen guten Gesundheitsschutz und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Unterwanderung der tariflichen Bestimmungen bedeutet für Unternehmen de facto einen Konkurrenznachteil um qualifizierte Arbeitskräfte. Anstatt der überkommenen Strategie der Deregulierung von Arbeit und Niedriglohn zu folgen, gilt es die ökologischen und sozialen Herausforderungen in der Region proaktiv zu gestalten. Ansatzpunkt kann unter anderem eine mitarbeiterorientierte und mitbestimmte Digitalisierung der Bauprozesse sein. Die steigenden Digital-Investitionen der Branche (vgl. ZeTT-Radar 2/2021: 13; Abb. 4) verdeutlichen die Relevanz der digitalen Transformation trotz der aktuellen Corona-Einschränkungen.
- Die Maßgaben des gültigen Vergabegesetzes stellen hier kein Hindernis dar. Im Gegenteil. Ein Vergabegesetz, das innovative Ansätze fördert – so honoriert § 4 die Verwendung von Open-Source-Software – schafft vielmehr sinnvolle Anreize für zukunftsfähige Lösungen. Das Bild einer Überforderung der Betriebe durch soziale und ökologische Kriterien im Vergabeverfahren, wie es im Begründungstext der CDU-Fraktion skizziert wird, verfehlt die Realität nicht nur in der

² In unserer Expertise heißt es: „Vor dem Hintergrund einer deutlich veränderten Arbeitsmarktsituation beobachten wir eine Neukonfiguration der Anspruchsdimensionen von Beschäftigten an Arbeit. Ansprüche an leistungsgerechte Entgelte und Arbeitsplatzsicherheit bleiben bedeutsam. Sie werden aber zusehends durch Ansprüche an Partizipation im Betrieb, an gesundheitsförderliche Arbeitsstrukturen und -zeiten, an die Begrenzung von Arbeitsintensivierung und bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ergänzt und erweitert. Auf eine kurze Formel gebracht: Wenn der Lohn stimmt und Beschäftigungssicherheit gegeben ist, gewinnen qualitative Arbeitsansprüche subjektiv an Bedeutung.“ (Dörre et al 2018: 4)



Baubranche. Es macht die Unternehmen tendenziell „innovationsfaul“ und verleitet sie zur Konservierung von Wettbewerbsstrategien, die gerade nicht zukunftstauglich sind.

- Anstelle eines solchen arbeitspolitischen Rückschritts sind politische Maßnahmen zu empfehlen, die eine fortschreitende Prekarisierung von Arbeit verhindern. Die Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung im Rahmen organisierter Arbeitsbeziehungen sowie die Verringerung von Entgeltungleichheit und Leiharbeit sind wichtige Schritte zur Bearbeitung der Fachkräfteproblematik und damit zu einer verbesserten Leistungsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft – gerade auch in Zeiten einer zunehmenden Bedeutung von Fachwissen und einer beschleunigten Digitalisierung. Die Reduzierung des Vergabegesetzes auf das Kriterium des günstigsten Preises ist kontraproduktiv und fördert letztlich die Deregulierung von Arbeitsbedingungen und eine Benachteiligung Thüringens im Wettbewerb, wie die Erfahrungen mit tariflicher und politischer Deregulierung in den Transformationsjahren nach 1990 gezeigt haben. Die Streichung der Passagen zur Sicherstellung der ILO-Kernarbeitsnormen ist ein fatales arbeitspolitisches Signal. Impliziert es doch, dass die Thüringer Unternehmen nicht einmal jene Standards einzuhalten vermögen, die für jeden Betriebe und jeden Arbeitsplatz selbst im globalen Süden normative Kraft entfalten sollen. Neben Imageschäden wird das eine Vielzahl kontraproduktiver Arbeitsmarkteffekte produzieren. Wissenschaftliche Expertise, darunter auch unsere Forschungen, weisen einen anderen Weg.

3.) Zu Frage 6

6. Wären die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Thüringer Vergabegesetz aus Ihrer Sicht geeignet, Ausschreibungsverfahren attraktiver zu gestalten, die Bürokratie abzubauen und dabei gleichzeitig Arbeitnehmer-Nachteile sowie Nachteile für die Umwelt zu verhindern?

Ob die „Kann-Kriterien“ des Vergabegesetzes eine zielgenaue Anwendung finden, ist eine Frage, die der Klärung bedarf. Vorerst gilt es zu diskutieren, wie sich die Thüringer Wirtschaft auf die kommenden Herausforderungen einstellen kann. Die Einhaltung der im Vergabegesetz formulierten Anforderungen sollten von den zuständigen Behörden verbindlich kontrolliert werden. Fehlende Sozial- und Nachhaltigkeitskriterien und der weitere Abbau von Kontrollen zur Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsstandards tragen nicht zum Ausgleich von Arbeitnehmer- oder Umwelt-Nachteilen bei. Konkret bedeuten die angestrebten Änderungen u.a. die Ermöglichung eines Ausbaus von schlecht entlohnter und vertraglich schwach gesicherter Zeit- und Leiharbeit bei öffentlichen Aufträgen – nach Jahren erfolgreicher Zurückdrängung dieser Arbeitsvertragsformen zugunsten regulärer Beschäftigung (vgl. Dörre / Holst / Thieme 2008).

Steigende Zahlen arbeitsrechtlicher Klagen oder auch gegen die Durchsetzung der zunehmend wirksamen Umweltauflagen der ökologischen Transformation haben für Unternehmen zweifellos Konsequenzen. Die Einhaltung verbindlicher Dekarbonisierungsziele, oder allgemeiner: sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien zu garantieren, muss jedoch für jeden Betrieb, für jedes Unternehmen zu einer Selbstverständlichkeit werden. Dieses als Bürokratisierung zu bezeichnen, ist grob fahrlässig.



Weil Nachhaltigkeitsziele mehr und mehr auch rechtlich verbindlich werden, könnte die vermeintliche „Entbürokratisierung“ der Ausschreibungsverfahren alsbald in Form von Mehraufwendungen, Nachteilsausgleichen, Prozesskosten oder gar Entschädigungszahlungen wie ein Bumerang auf die Unternehmen zurückschlagen. Eine attraktive Ausgestaltung von Ausschreibungsverfahren rechtfertigt keinesfalls Nachteile für Arbeitnehmer, Umwelt und Gesellschaft. Wie die Kommunikation zwischen Bietenden und Vergabestellen zu verbessern ist, muss unbedingt wissenschaftlich evaluiert werden. Dabei könnte sich zeigen, dass die „Bürokratisierung“ eher ein Problem verkrusteter Behörden und ineffizienter Abläufe als das Ergebnis sozialer und ökologischer Standards ist. Dass Teile des Thüringer Staatsapparates ineffizient agieren, dass es den Zuständigen an industrie- und wirtschaftspolitischer Fantasie und Kreativität fehlt, hat sich in der Corona-Krise ein ums andere Mal gezeigt. Diese Apparate und ihre Praktiken sind jedoch in den Jahren von CDU-geführten Regierungen entstanden. Die amtierende Regierung muss sich mit diesen Apparaten auseinandersetzen und arrangieren. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten haben es verdient, durch wissenschaftliche Expertise ans Tageslicht gebracht zu werden. Aus der Perspektive kleiner und mittlerer Unternehmen, die die Thüringer Wirtschaft prägen, könnte eine Untersuchung solcher Praktiken zu manch überraschender Erkenntnis führen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Teilen auch der Thüringer Wirtschaft zu einem Proteststurm führte. Von den damaligen Befürchtungen ist nichts eingetroffen; der Mindestlohn war und ist auch beschäftigungspolitisch ein Erfolgsmodell. Es zeigt, dass Märkte, insbesondere Arbeitsmärkte, sozialer Regulierung bedürfen, um zu funktionieren. Diese Erkenntnis sollte zum Allgemeingut von politischen Akteuren werden, die beanspruchen, die Zukunftsinteressen des Landes vor Augen zu haben.



Literatur:

Dörre, Klaus/ Holzschuh, Madeleine/ Köster, Jakob/ Sittel, Johanna (Hrsg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt: Campus.

Dörre, Klaus (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. In: Berliner Journal für Soziologie. Jg. 30, 130 -165.

Dörre, Klaus/ Engel, Thomas/ Schädlich, Christian/ Sittel, Johanna (Hrsg.) (2020): Kein Abschied von Auto und Auto(zuliefer)industrie – wenn jetzt der sozial-ökologische Umbau der Wertschöpfung beginnt. Stellungnahme zur Anhörung des Thüringer Landtags zum Antrag der CDU-Fraktion „Gemeinsam den Wandel gestalten – Eine Transformationsstrategie für die Auto und Zulieferindustrie in Thüringen“. In: Working Papers: Economic Sociology. Jg. 15 nr. 20.

Dörre, Klaus; Ehrlich, Martin; Engel, Thomas; Hinz, Sarah; Holzschuh, Madeleine; Singe, Ingo (2018): Perspektiven und Strukturen für attraktive Beschäftigung, Arbeitsqualität und Zuwanderung. Working Papers: Economic Sociology Jena, Jg. 12 Nr. 18.

Dörre, Klaus; Holst, Hajo; Thieme, Christoph: Leiharbeit in Thüringen. Eine Bestandsaufnahme. Working Papers: Economic Sociology Jena, Jg. 2 Nr. 5.

Ehrlich, Martin (2020): Die Fachkräftesituation in Thüringer Kindertageseinrichtungen. Berechnungen der Nachfrage und des Angebotes an pädagogischem Personal in Perspektive 2030. Jena: Ms.

IPCC (Hg.) (2021): Climate Change 2021: The Physical Science Basis. <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-i/>

Olle, Werner/Plorin, Daniel/Chmelik, Rico (2018): Wege zur Zukunftsfähigkeit der Automobilzulieferindustrie in Thüringen. Trendscouting, Bestandsaufnahme/Tiefenanalyse, Handlungsempfehlungen, Erfurt. URL: https://www.automotive-thueringen.de/documents/5004146/5082862/Kurzfassung+Automotive-Studie+Th%C3%BCrungen+2018_final.pdf/b857e8ec-2e64-397b-3e44-433416eafd3f (zuletzt aufgerufen 01.08.2021).

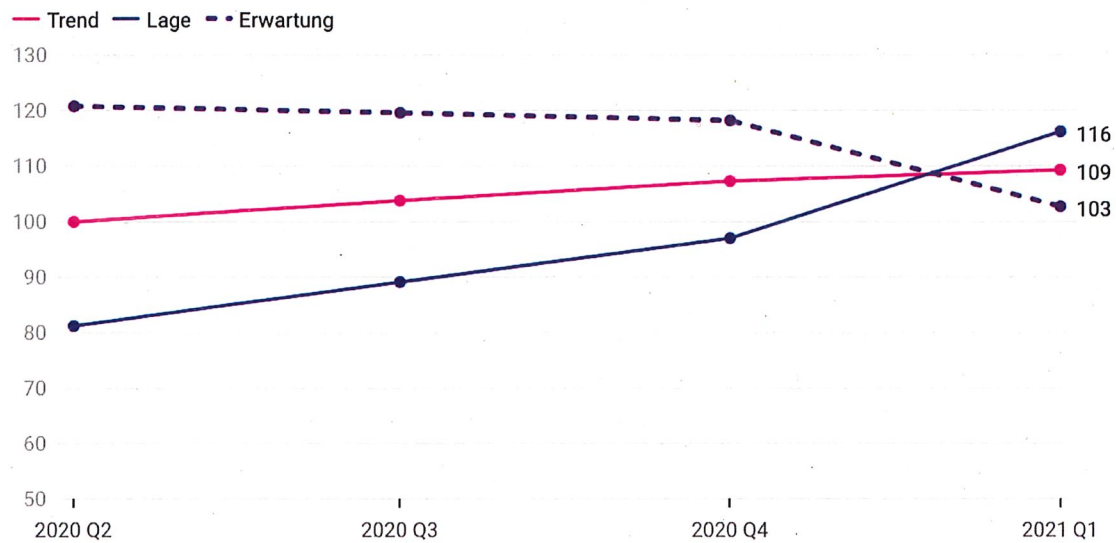
Schmalz, Stefan et al. (2021): Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland. Frankfurt/New York.

Zentrum digitale Transformation (2021): ZeTT- Radar Trends im 2. Quartal 2021. URL: https://zett-thueringen.de/wp-content/uploads/2021/08/ZeTT-Radar-Trends_04_2021_Final.pdf (zuletzt aufgerufen 01.08.2021).

Abbildungen

Abb.1:

ZeTT-Radar Arbeitsvolumen: Erhöhter Arbeitsumfang im IT-Sektor



Obwohl der Trendwert sich kaum bewegt, nimmt der Lagewerte intensiv zu und signalisiert eine starke Erhöhung des Arbeitsaufkommens gegenüber dem ersten Quartal 2020.

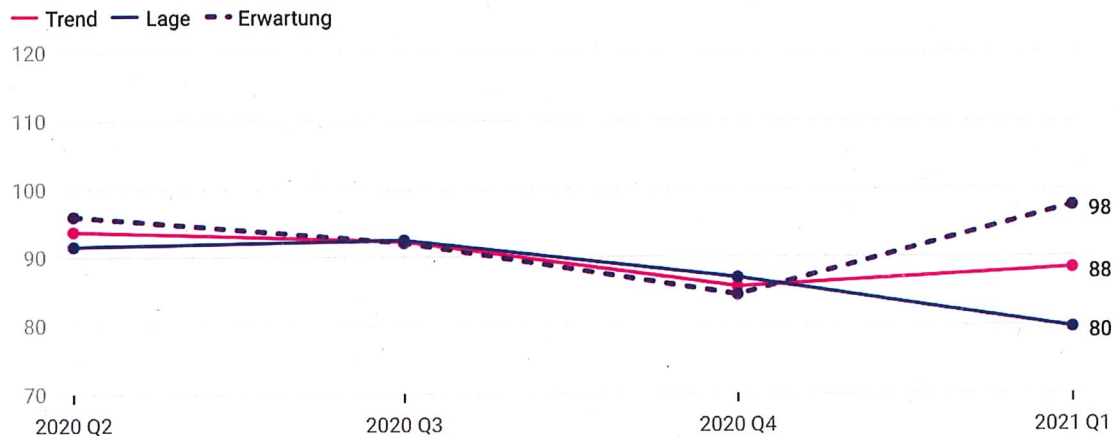
Grafik: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2021 • Erstellt mit Datawrapper



Abb. 2:

ZeTT-Radar: Verringerte Beschäftigung im Dienstleistungssektor trotz Kurzarbeit

(ohne IT-Branche)



Der Dienstleistungssektor bereitet besonders beim Lagewert Sorgen, diesen kennzeichnet eine große Distanz zum Wert von 100. Er signalisiert Personalreduktion im Vergleich zum ersten Quartal 2020. Die Erwartungswerte für das zweite Quartal sind höher und verbreiten etwas Hoffnung. Für den trendwert ergibt sich daraus eine leichte Aufwärtsbewegung.

Grafik: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2021 • Erstellt mit Datawrapper



Abb.3:

Erstes Quartal 2021: Kurzarbeit steigt weiter in vielen Branchen

Kurzarbeit im Q1 2021 ist gegenüber dem Q4 2020...

■ gestiegen ■ unverändert ■ gesunken

Hotel-, Gastgewerbe, Tourismus



Baugewerbe, Handwerk



Dienstleistungen ohne Gastgewerbe und IT



Verarbeitendes Gewerbe



IT-Branche



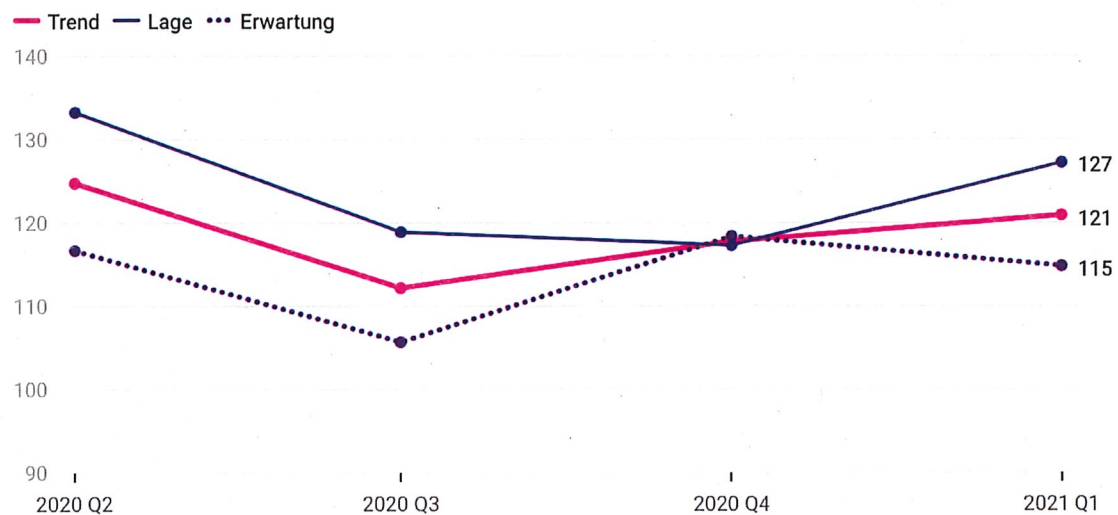
Am Anfang des Jahres erhöhte sich erneut der Anteil der Belegschaft in Kurzarbeit in vielen Branchen. Es waren sowohl Hotel- und Gastgewerbe, als auch andere Teile des Dienstleistungssektor betroffen. In Hotel-, Gastgewerbe und Tourismus konnte niemand aus der Kurzarbeit zurückkehren. Ihr Niveau stieg an oder blieb unverändert. Bei den anderen Dienstleistern (ohne Hotel- und Gastgewerbe sowie IT) konnten 21% der Unternehmer/innen den Anteil der Kurzarbeit im Betrieb verringern, was eine kleine Verbesserung gegenüber dem vorherigen Quartal anzeigt. Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass die Kurzarbeit im Baugewerbe ebenfalls stark gestiegen ist. Dies ist einerseits durch die kalten Wintermonate zu erklären, andererseits zeigen die Lagewerte für die Geschäftssituation, dass die Baubranche eine viel schlechteres Quartal erlebt als in der gleichen Periode des letzten Jahres. Im verarbeitenden Gewerbe verringert sich die Rolle der Kurzarbeit immer mehr. Genauso wie in der IT-Branche, in der seit zwei Quartalen keine Steigerung der Kurzarbeit stattfindet.

Chart: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Source: ZeTT 4/2021 • Created with Datawrapper



Abb.4:

ZeTT-Radar: Digitale Investitionen in Bau und Handwerk genießen weiterhin hohen Stellenwert



In Bau und Handwerk signalisieren die Lagewerte, dass gleichbleibend hoch in digitale Lösungen investiert wird. Die Erwartungswerte deuten darauf hin, dass das Investitionsklima für digitale Lösungen im Baugewerbe weiterhin günstig bleibt.

Grafik: Zentrum digitale Transformation Thüringen • Quelle: ZeTT 4/2021 • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 5:

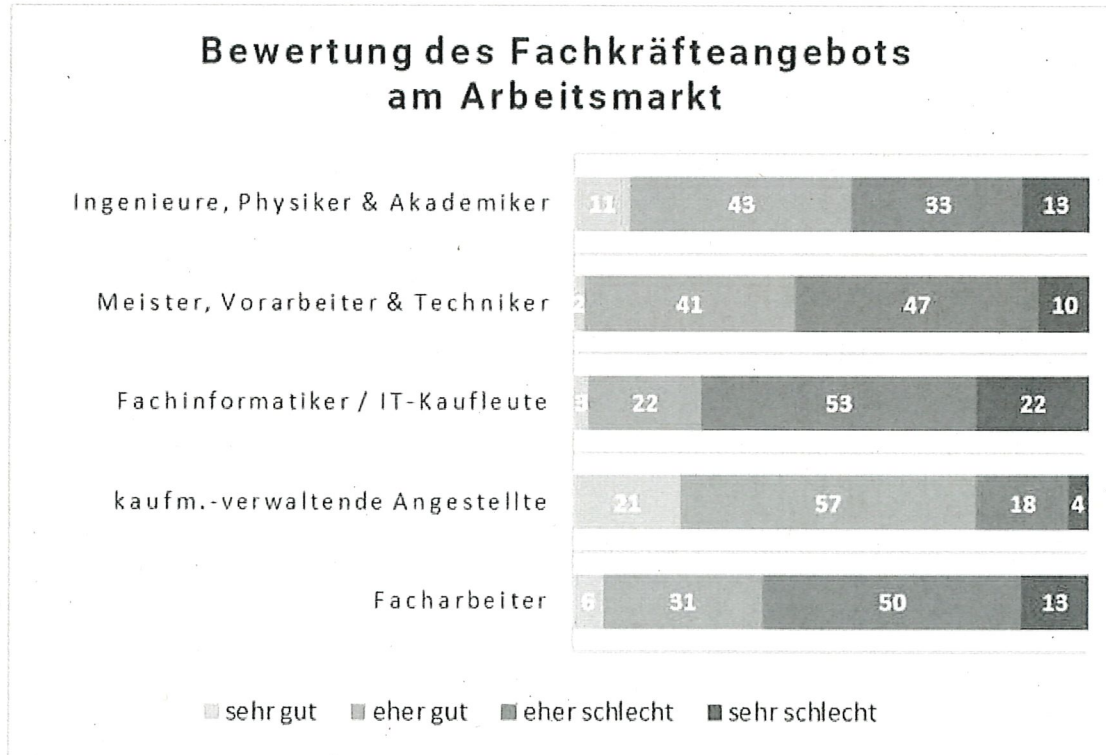
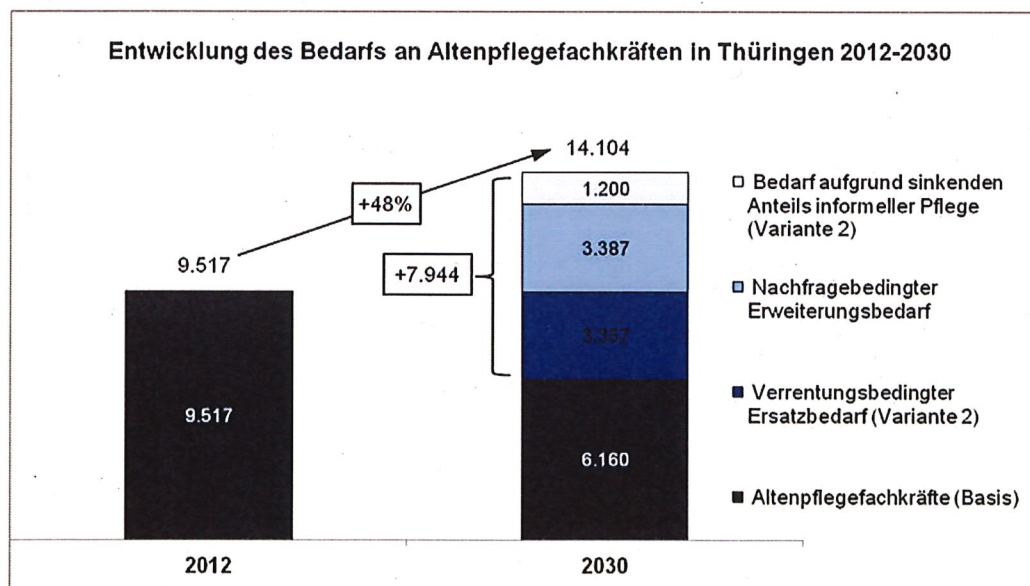


Abb. 6:



4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)